

# A4 A1: GRÜN IST... KONSEQUENTER KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ!

Antragsteller\*in: Stefan Rath

## Text

1 GRÜN IST... Konsequenter Klima- und Umweltschutz!

2 ... wie wir eine klimaneutrale und ökologische Stadt werden wollen...

3 Inhalt

4 1. Verkehrswende mit Tempo (Mobilität)

5 1.1 Mehr Radverkehr in der Stadt

6 1.2 Sauber Autofahren

7 1.3 Besser zu Fuß durch die Stadt

8 1.4 Gutes Angebot im kommunalen ÖPNV

9 1.5 Regionaler Verkehr

10 2. Energie und Klimaschutz

11 2.1 Raum für regenerative Energie

12 2.2 Energiewende vor Ort

13 3. Natur- und Umweltschutz

14 3.1 Natur und Arten schützen

15 3.2 Naturschutz ist Klimaschutz

16 3.3 Umweltschutz für jede\*n

17 4. Tierschutz

18 1. Verkehrswende mit Tempo (Mobilität)

19 Im Frühjahr 2019 wurden die Dortmunder\*innen zum dritten Mal befragt, wie sie  
20 sich hauptsächlich in der Stadt fortbewegen. Das Ergebnis ist enttäuschend: Zwar  
21 hat sich der Anteil des Radverkehrs seit der letzten Befragung 2013 erhöht, doch  
22 insgesamt hat die Nutzung der umweltfreundlichen Verkehrsarten abgenommen,  
23 während der Anteil des Autoverkehrs sogar gestiegen ist.

24 Wir wollen Mobilität, die sauber, sicher, energie-, ressourcen- und platzsparend  
25 ist. Dazu wollen wir die Nutzung des Autos verringern und den Verkehr auf  
26 Fahrräder, Busse und Bahnen verlagern. Außerdem müssen Autos energieeffizienter  
27 werden, um die Klimaziele zu erreichen. 2030 sollen nur noch emissionsfreie  
28 Autos, das heißt solche ohne Verbrennungsmotor, neu zugelassen werden. Doch es  
29 reicht nicht, Verbrennermodelle durch Autos mit alternativen Antrieben zu  
30 ersetzen, weil wir damit die Platzprobleme auf der Straße nicht lösen können.  
31 Unser Ziel ist: Weniger Autoverkehr in der Stadt – mehr Platz für die Menschen.  
32 Dazu können autofreie Quartiere beitragen, in denen nicht nur erfahrbar wird,  
33 dass Mobilität auch ohne das eigene Auto möglich, sondern auch, welcher Zugewinn  
34 an Lebensqualität im Wohnviertel damit verbunden ist.

35 Die autozentrierte Verkehrspolitik ist ein Relikt von gestern. Der Straßenraum  
36 muss neu aufgeteilt werden und den Fußgänger\*innen, den Radfahrer\*innen und dem  
37 ÖPNV den nötigen Platz einräumen.

38 Unser Ziel für eine neue und in der Metropole Ruhr vernetzte Mobilität ist nicht  
39 nur der notwendige Beitrag zum Klimaschutz, sondern auch die Erhöhung der  
40 Lebensqualität in der Stadt.

41 1.1 Mehr Radverkehr in der Stadt

42 Der Anteil der Radfahrer\*innen in unserer Stadt liegt gerade einmal bei 10  
43 Prozent. Unser Ziel ist es, diesen Anteil zu verdreifachen und mehr  
44 Autofahrer\*innen im Stadtgebiet zum Umstieg aufs Rad zu bewegen. Der Radverkehr  
45 sollte in Zukunft mindestens 30 Prozent betragen und in der Stadt- und  
46 Verkehrsplanung eine vorrangige Rolle spielen.

47 Grün wählen für:

48 Grüne Welle für den Radverkehr  
49 Die Verkehrsplanung in Dortmund braucht einen Paradigmenwechsel. Nicht der  
50 Autoverkehr muss attraktiver gestaltet werden, sondern die umweltfreundliche  
51 Mobilität muss in Zukunft Vorfahrt haben. Eine grüne Welle für Radfahrende  
52 fördert den Radverkehr und macht ihn sicherer. Radfahrer\*innen werden hierzu beim  
53 Anfahren auf die Ampel frühzeitig erkannt und ein entsprechendes Programm zur  
54 schnellen Grünschaltung initialisiert.

55 Mehr Straßen zu Fahrradstraßen

56 Fahrradstraßen sind ein sinnvolles Mittel, um die Radinfrastruktur zu  
57 verbessern. Daher muss es deutlich mehr als die bisherigen vier in Dortmund  
58 geben. Gleichzeitig müssen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen zur  
59 Einrichtung von Fahrradstraßen deutlich erleichtert werden. Der Wall muss fürs  
60 Rad in beide Richtungen komfortabel und sicher befahrbar werden. Die jetzige  
61 Ausweisung eines kurzen Stück Radwegs am Ostwall ist für uns nur ein Einstieg.  
62 Außerdem ist eine attraktive Querung der City für den Radverkehr sowohl in Ost-  
63 West- als auch Nord-Süd-Richtung einzurichten.

64 Gute und sichere Radanbindung der Außenbezirke

65 Um die Verbindung von Innenstadt und Außenbezirken für Radfahrende attraktiv zu  
66 machen und als Alternative zum Auto zu etablieren, müssen die Dortmunder  
67 Stadtteilzentren mit guten Radwegen ausgestattet und über sichere  
68 Verbindungsrouten auch untereinander verbunden werden. Dazu kann auch das  
69 regionale Radwegenetz des Regionalverbands Ruhr (RVR) dienen.

70 Zügige Umsetzung des RS1

71 Vor allem Pendler\*innen soll der RS1 durchs Ruhrgebiet eine Alternative für die  
72 tägliche Fahrt zur Arbeit bieten. In Dortmund warten Fahrradfahrer\*innen – und  
73 alle die es werden wollen – auf die Fertigstellung des RS1 und auf den damit  
74 verbundenen Ausbau der lokalen Zubringerstruktur. Radwege dürfen nicht mehr nur  
75 ein Nebenprodukt des Straßenbaus sein.

76 Sichere Radwege durch farbliche Markierungen und Protected Bike Lanes

77 Um den Radverkehr sicherer zu gestalten, sind an vielen Stellen ein sichtbarer  
78 Schutzraum und eine räumliche Trennung vom Pkw- und Lkw-Verkehr wichtig.  
79 Sinnvolle Instrumente sind eine farbliche Markierung der Radwege, vorgezogene  
80 Aufstellflächen und dort geschützte Radfahrstreifen, sog. Protected Bike Lanes,  
81 wo Tempo 30 nicht umsetzbar ist. Auch Vorfahrtsregelungen oder vorgezogene  
82 Grünphasen für Radfahrer\*innen an Kreuzungen machen das Radfahren sicherer. Die  
83 Einrichtung von Umleitungen an Baustellen auch für den Radverkehr muss  
84 konsequent umgesetzt werden.

85 Ausreichend Fahrradparkhäuser und Fahrradabstellanlagen

86 Stadtweit müssen Fahrradabstellanlagen dem steigenden Radverkehrsanteil  
87 angepasst werden. Ihre Zahl muss deshalb in den nächsten Jahren deutlich erhöht

88 werden – ohne dabei den Fußgänger\*innenverkehr zu behindern. Dafür brauchen wir  
89 weitere Fahrradparkhäuser und Flächen mit Ladestationen zum sicheren Abstellen  
90 auch von E-Bikes und Lastenrädern. Neben dem Bau von Fahrradgaragen in  
91 Wohngebieten wollen wir in bestehenden Autoparkhäusern solche  
92 Abstellmöglichkeiten einrichten. Wichtig dabei ist eine konfliktfreie Ein- und  
93 Ausfahrt für Radfahrer\*innen.

94 Die Förderung der Leihinfrastuktur

95 Wir wollen stadtweite und regional vernetzte Sharing-Angebote für Fahrräder,  
96 Lastenräder, Elektroroller usw. Im Rahmen der Stellplatzsatzungen können  
97 fördernde Regelungen für Leihangebote verankert werden. Als weiteres Angebot zur  
98 Mikromobilität einer Großstadt gehören auch Elektroroller. Wie alle anderen  
99 Sharing-Angebote auch, benötigen sie gute Abstellmöglichkeiten, damit sie weder  
100 Fußgänger\*innen noch Radfahrer\*innen gefährden. Diese Möglichkeiten wollen wir  
101 in Zusammenarbeit mit den Anbietern schaffen. Carsharing soll im Rahmen von  
102 Konzeptvergaben auch beim Wohnungsbau berücksichtigt werden.

103 1.2 Sauber Autofahren

104 Der Autoverkehr nimmt immer noch einen großen Platz in Dortmund ein. Doch der  
105 Diesel-Skandal und die Diskussion über zu hohe Stickstoffdioxid-Grenzwerte in  
106 Dortmund zeigen, dass sich beim Autoverkehr in Dortmund einiges ändern muss: Für  
107 die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und für das Klima. Wir wollen  
108 nachhaltige und ökologische Möglichkeiten des Autofahrens schaffen und die  
109 Nutzung effizienter gestalten. Dabei soll jedoch der Anteil des Autoverkehrs  
110 deutlich gesenkt werden, indem wir umweltfreundliche Verkehrsträger fördern.

111 Grün wählen für:

112 Die Erleichterung der Kombination verschiedener Verkehrsmittel

113 Mobilitätsstationen sind ein zentraler Baustein des multimodalen Verkehrs, das  
114 heißt der Nutzung verschiedener Verkehrsmittel für eine Wegstrecke. Sie  
115 ermöglichen eine sinnvolle Kombination der Verkehrsarten durch die Verknüpfung  
116 von Bussen und Bahnen mit Carsharing, Bikesharing, Taxen oder auch  
117 Elektrorollern und dem eigenen Fahrrad. Auf unseren Antrag hin wurde 2019 der  
118 Bau von 12 Mobilitätsstationen mit Ladestationen beschlossen. Wir werden uns  
119 auch weiterhin für den Ausbau dieser Knotenpunkte klimafreundlicher  
120 Verkehrsmittel einsetzen.

121 Tempo 30 in der ganzen Stadt

122 Bei Tempo 30 passieren weniger und weniger schwere Unfälle als bei Tempo 50. Der  
123 Lärm geht zurück, die Belastung der Luft mit Schadstoffen ebenfalls. Dies zeigen  
124 entsprechende Pilotversuche u. a. in Berlin. Deshalb wollen wir innerorts Tempo  
125 30 als Regelgeschwindigkeit. Über ein flächendeckendes Tempo 30 kann nur der  
126 Bund befinden, weil die Straßenverkehrsordnung Tempo 50 als Regelgeschwindigkeit  
127 innerorts festlegt. Wir setzen uns auf Bundesebene für die entsprechende  
128 Änderung der Straßenverkehrsordnung ein und wollen bis dahin alle kommunalen  
129 Spielräume für die Ausweisung von Tempo 30 nutzen.

130 Veränderungen beim Parkplatzangebot für Autos

131 Der Autoverkehr insbesondere in der Innenstadt muss weiter reduziert werden.  
132 Dafür wollen wir die Anzahl der Parkplätze weiter verringern und die Preise fürs  
133 Parken deutlich anheben. Mehreinnahmen durch höhere Parkgebühren möchten wir  
134 dabei in den Ausbau und Finanzierung des ÖPNV-Angebots investieren. Öffentlicher

135 Raum ist ein knappes Gut, und ein knappes Gut hat einen Wert. Seit über 20  
136 Jahren sind die Gebühren an den Parkautomaten unverändert: Immer noch kostet die  
137 erste Stunde nur 1,50 Euro. Mit diesen Preisen werden kostbare Cityflächen unter  
138 Wert bereitgestellt. Das bietet keinerlei Anreiz zum Umstieg auf die  
139 öffentlichen Verkehrsmittel. Gleichzeitig muss zur Kontrolle des ruhenden  
140 Verkehrs vor allem in den Stadtbezirken deutlich mehr Personal zur Verfügung  
141 gestellt werden. Parkmöglichkeiten sollen möglichst flächensparend (z. B.  
142 Parkhäuser) oder über Park-&-Ride-Angebote realisiert werden. Mithilfe der  
143 Digitalisierung, z. B. der Informationen zur Auslastung, kann die Nutzung  
144 verbessert werden.

145 Neue Anreize für eine GRÜNE Logistik  
146 Die kontinuierliche Zunahme von Lieferverkehren führt insbesondere in dicht  
147 bebauten Innenstadtkvartieren zu großen Belastungen. Lieferfahrzeuge, die in der  
148 zweiten Reihe, auf Gehwegen, auf Radwegen und in Kreuzungsbereichen parken,  
149 gefährden andere Verkehrsteilnehmende. Wir setzen uns deshalb für die  
150 Einrichtung anbieterübergreifender Mikro-Depots ein, die eine lärmarme und  
151 emissionsfreie Belieferung durch E-Autos und Lastenrädern auch zu Neben- und  
152 Nachtzeiten ermöglichen. Dafür sollen öffentliche Stellplatzflächen zu  
153 vergünstigten Mietpreisen zur Verfügung gestellt werden.

#### 154 1.3 Besser zu Fuß durch die Stadt

155 In der Umfrage 2019 zur Verkehrsnutzung in Dortmund beträgt der Anteil des  
156 Umweltverbundes und damit der umweltfreundlichen Verkehrsarten zusammen nur 51  
157 Prozent – und damit drei Prozentpunkte weniger als bei der letzten Befragung (53  
158 Prozent). Der Anteil der Fußgänger\*innen verringerte sich deutlich von 27  
159 Prozent auf aktuell 19,2 Prozent. Das wollen wir ändern.  
160 Dortmund ist seit einigen Jahren Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft fahrrad-  
161 und fußgängerfreundlicher Städte und Gemeinden (AGFS). Es wird Zeit, dass die  
162 Stadt im Rahmen der notwendigen Verkehrswende auch dem Fußverkehr mehr  
163 Aufmerksamkeit schenkt.

#### 164 Grün wählen für:

165 Neuaufteilung des Straßenraums  
166 Wir kämpfen für die Rückeroberung des Straßenraums durch Fußgänger\*innen und  
167 Radfahrer\*innen. Dafür muss der zur Verfügung stehende Straßenquerschnitt  
168 zukünftig anders verplant werden: Breite Bürgersteige, sichere Radwege, Platz  
169 für ÖPNV und Baumreihen gehören für uns ebenso dazu, wie barrierefreie und  
170 sichere Querungen (s. auch Kapitel Lebenswerte Stadt).

171 Barrierefreie Infrastruktur für den Fußverkehr  
172 Der Fußverkehr muss bei der Stadtplanung als eigenständige Mobilitätsart  
173 betrachtet und berücksichtigt werden. Um das Zu-Fuß-Gehen attraktiver zu machen,  
174 müssen sinnvolle Wegenetze mit entsprechender Ausschilderung zur Verknüpfung  
175 wichtiger Ziele erarbeitet werden. Mit dem Anspruch, auch zu Fuß Ziele zügig und  
176 direkt zu erreichen, müssen Gehwege mit einer ausreichenden Mindestbreite zur  
177 Verfügung stehen, die nicht durch Verkehrsschilder, Straßenlampen oder parkende  
178 Fahrzeuge wieder zugestellt werden.  
179 Neben den Leitsystemen für Sehbehinderte und abgesenkten Bordsteinen können  
180 zusätzliche Zebrastreifen oder Fußgängerampeln mit kurzen Wartezeiten die  
181 Situation verbessern. Auch die Zugänge zu oberirdischen Stadtbahnhaltestellen  
182 (z. B. Haltestelle Funkenburg) müssen fußgängerfreundlicher gestaltet werden.

183 Eine bessere Überwachung des ruhenden Verkehrs  
184 Zukünftig kann das Parken auf Radwegen bis zu 100 Euro kosten. Doch falsch  
185 geparkte Autos behindern nicht nur Radfahrer\*innen, sondern bilden insbesondere  
186 auch für Fußgänger\*innen und Menschen mit eingeschränkter Mobilität gefährliche  
187 Hindernisse. Um dem Falschparken auf Gehwegen und in Kreuzungsbereichen  
188 wirkungsvoll begegnen zu können, fordern wir deutlich mehr Personal für die  
189 kommunale Verkehrsüberwachung.

190 Ausweitung des Projekts „So läuft das“  
191 Das Konzept zur Förderung der Kinder- und Jugendmobilität „So läuft das“  
192 verfolgt das Ziel, die selbstbestimmte, sichere und nachhaltige Mobilität von  
193 Kindern und Jugendlichen zu fördern. Die Konzepterstellung für weiterführende  
194 Schulen ist Teil des Programms „Emissionsfreie Innenstadt“. Mit einer  
195 zusätzlichen Stelle konnten wir den Ausbau des Projekts zunächst bis 2022  
196 verankern. Wir setzen uns dafür ein, dass das Programm dauerhaft und über den  
197 derzeitigen Geltungsbereich (nur innenstadtnahe Schulen und Kitas) hinaus  
198 weitergeführt und die Akzeptanz gefördert wird.

#### 199 1.4 Gutes Angebot im kommunalen ÖPNV

200 Damit mehr Menschen Bus und Bahn nutzen, müssen die Infrastruktur und das  
201 Angebot ausgeweitet werden. Dafür braucht es insgesamt mehr Geld im System ÖPNV,  
202 aber nicht über höhere Ticketpreise. Wir wollen Autofahrer\*innen vom Umstieg auf  
203 Busse und Bahnen überzeugen. Doch dafür darf die Fahrt mit dem Auto nicht der  
204 bequemste und preiswerteste Weg sein. Dafür brauchen wir ein auf Wachstum  
205 ausgerichtetes, bezahlbares ÖPNV-Angebot, eine Verringerung der Parkplätze sowie  
206 mehr Busspuren und Fahrradstreifen.  
207 Der gültige Nahverkehrsplan, Grundlage der Dortmunder Planungen für den ÖPNV,  
208 ist aus dem Jahr 2014 und geht noch von sinkenden Einwohner\*innenzahlen aus.  
209 Auch das Klimaziel von 1,5 °C ist noch nicht berücksichtigt. Wir wollen deshalb,  
210 dass der Nahverkehrsplan an die veränderten Herausforderungen angepasst wird.

#### 211 Grün wählen für:

212 Freie Fahrt für junge Menschen  
213 Für Schüler\*innen und Azubis wollen wir die Nutzung der öffentlichen  
214 Verkehrsmittel freigeben. So verbinden sich für uns soziale Gerechtigkeit,  
215 Klimagerechtigkeit und das Bedürfnis junger Menschen nach Unabhängigkeit. Darum  
216 möchten wir stufenweise allen Schüler\*innen und Azubis die kostenlose Nutzung  
217 des ÖPNV ermöglichen.

#### 218 Mobilitäts-Flatrate

219 Der ÖPNV als klimafreundliches Verkehrsmittel muss attraktiver werden. Er soll  
220 einfach und komfortabel genutzt werden können, ohne dass man sich mit  
221 Verkehrsverbundgrenzen und der Frage nach dem richtigen Ticket lange  
222 beschäftigen muss. Gleichzeitig müssen die Ticketpreise deutlich gesenkt werden.  
223 Daher wollen wir – in Abstimmung mit den Verkehrsverbänden – eine Mobilitäts-  
224 Flatrate für ganz NRW einführen: Mit dieser Mobilitäts-Flatrate möchten wir  
225 allen Dortmunder\*innen für 1€ pro Tag ein attraktives Angebot machen.  
226 Gleichzeitig zur Preissenkung müssen der Ausbau des Angebots und die Steigerung  
227 der Kapazitäten vorangetrieben werden.

#### 228 Ein Sozialticket, das seinen Namen verdient

229 Solange es keinen grundsätzlich kostenlosen Nahverkehr mit Bussen und Bahnen

230 gibt, sind insbesondere Menschen mit geringem Einkommen auf ein Sozialticket  
231 angewiesen, das diesen Namen auch verdient. Das aktuelle Sozialticket des VRR  
232 wird diesem Anspruch nicht gerecht, es ist mit inzwischen fast 40 Euro viel zu  
233 teuer. Immer weniger einkommensschwache und arme Menschen können sich ein  
234 Sozialticket zu diesem Preis leisten. Die Landesregierung aus CDU und FDP  
235 weigert sich beständig, die Bezuschussung von jährlich 40 Millionen Euro endlich  
236 angemessen zu erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Land seiner  
237 Verantwortung gerecht wird und mehr Gelder zur Verfügung stellt. Sollte das  
238 absehbar nicht passieren, wollen wir gemeinsam mit DSW 21 ein Konzept  
239 entwickeln, wie mit kommunalen Mitteln der Preis des Sozialtickets so gesenkt  
240 wird, dass er höchstens dem Anteil für Verkehrsdienstleistungen im ALG-II-  
241 Regelsatz entspricht.

242 Den konsequenten Ausbau und eine Taktverdichtung bei Stadtbahn und Buslinien  
243 Wir wollen eine Verbesserung bei der Taktung und den Anschlüssen von Stadtbahn,  
244 Bussen und Regionalverkehr sowie eine deutliche Kapazitätserweiterung durch  
245 zusätzliche Fahrzeuge, um ein ÖPNV-Grundangebot rund um die Uhr, auch unter der  
246 Woche, zu ermöglichen. Das Stadtbahnbauplan muss an die aktuelle Situation  
247 und zukünftige Entwicklungen angepasst werden. Das schließt eine sinnvolle  
248 Erweiterung des Stadtbahnnetzes und der H-Bahn ein – auch um Neubau- und  
249 Gewerbegebiete optimal anzubinden.

250 Vorfahrt für den ÖPNV

251 Damit Busse eine attraktive Alternative zum Autoverkehr werden, brauchen wir an  
252 besonders belasteten Straßen sowie an wichtigen Knotenpunkten (wie z. B. Barop-  
253 Parkhaus) separate Busspuren und Vorrangschaltungen an Ampeln. Sie stellen  
254 sicher, dass Busse und Bahnen pünktlich an- und abfahren und Anschlüsse gerade  
255 im Berufsverkehr funktionieren. Infotafeln mit Livedaten an allen Haltepunkten  
256 gehören für uns zum Standard eines kundenorientierten ÖPNV.

257 Barrierefreiheit bei Bussen und Bahnen

258 Immer noch ist rund ein Drittel der Bus- und Bahnhofstestellen nicht  
259 barrierefrei. Wir wollen eine zügige Umsetzung der bestehenden Planungen. An der  
260 B1 setzen wir uns für mehr niveaugleiche Ampelüberwege zur Stadtbahn anstelle  
261 teurer Brücken und reparaturanfälliger Aufzuglösungen ein. Unser Ziel sind kurze  
262 (Umsteige-)Wege, die die Erreichbarkeit der Haltestellen und Haltepunkte  
263 insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen verbessern. Auch für  
264 sehbehinderte Fahrgäste wollen wir die Installation von akustischen  
265 Informationsquellen (Lautsprecheransagen) an Bus- und Bahnhofstestellen, die die  
266 eintreffende Linie und das Fahrtziel nennen.

267 Anbindung neu erschlossener Flächen

268 Bei neuen Baugebieten, Gewerbegebieten oder neu gestalteten Arealen wie HSP-  
269 Gelände, Phoenix-West, Hafenquartier u. ä. muss die ÖPNV- und Radanbindung von  
270 Beginn an mitgeplant und auch durch Ausbau und Verlängerung von Stadtbahn-  
271 Strecken umgesetzt werden (s. auch Kapitel Wirtschaft).

272 Umrüstung der Fahrzeugflotte auf alternative Antriebe und autonome Systeme

273 Die Umrüstung der Busse und Bahnen auf emissionsarme Antriebsarten ist Teil der  
274 Clean-Vehicle-Richtlinie der EU. Wir setzen uns dafür ein, dass DSW21 umgehend  
275 die notwendigen Voraussetzungen zur Umsetzung schafft und zeitnah ein  
276 Betriebskonzept zur Anschaffung entsprechender Busse und zur Errichtung der  
277 notwendigen Ladekapazität vorlegt. Gemeinsam mit den benachbarten

278 Verkehrsverbänden sollen langfristig auch Strategien für das autonome Fahren auf  
279 Straße und Schiene entwickelt werden. Für uns ist entscheidend, dass eine solche  
280 Umstellung in enger Abstimmung mit den Mitarbeitenden und deren Vertretungen  
281 erfolgt.

282 Rückbau des Flughafens

283 Der Dortmunder Flughafen ist weder ökologisch noch wirtschaftlich vertretbar.  
284 Seit dem Ausbau im Jahr 2000 haben die Dortmunder Stadtwerke DSW21 den Flughafen  
285 insgesamt mit mehr als 300 Millionen Euro subventioniert, um dessen Verluste  
286 auszugleichen. Damit ist die Unterstützung der DSW21 für Fluggäste pro Kopf  
287 deutlich höher als für die Nutzer\*innen von Bus und Bahn. Denn während die  
288 Stadtwerke für jeden Fahrgast im klimafreundlichen ÖPNV nur rund 40 Cent  
289 drauflegen, wird jeder Fluggast mit über 6 Euro subventioniert. Neben den  
290 wirtschaftlichen Gründen halten wir GRÜNE einen Ausbau des Flughafens auch  
291 klimapolitisch für unverantwortlich. Abgesehen von den CO<sub>2</sub>-Emissionen  
292 verursachen Flugzeuge auch in den höheren Schichten der Atmosphäre gravierende  
293 Schäden. Zudem ist für die Anwohner\*innen eine Verlängerung der Betriebszeiten  
294 nicht hinnehmbar. Fluglärm ist Lärm, der in besonderer Weise stresst und  
295 Krankheiten verursacht, wie durch Untersuchungen belegt ist.  
296 Wir fordern deshalb den Rückbau des Airports und eine Umnutzung des  
297 Flughafengeländes. Dadurch wird der Stadt eine große Freifläche zurückgegeben –  
298 und damit die Chance auf eine ökologisch wertvolle nachhaltige Neuentwicklung.

299 1.5 Regionaler Verkehr

300 Die hohen Pendler\*innenzahlen zeigen, wie wichtig es für Dortmund ist, die  
301 verschiedenen Verkehrsmittel des Umweltverbunds ruhrgebietsweit miteinander zu  
302 vernetzen. Dazu gehören für uns mehr Mobilitätsstationen, aber auch ein Ticket  
303 für alle Verkehrsmittel und möglichst ein Tarif in der gesamten Metropole Ruhr.  
304 Außerdem müssen die Nahverkehrspläne der einzelnen Städte aufeinander abgestimmt  
305 und Linien über die Stadtgrenzen hinweg ohne Brüche weitergeführt werden. Das  
306 regionale Mobilitätskonzept des RVR bietet gute Lösungsansätze für die  
307 regionalen Herausforderungen.

308 Grün wählen für:

309 Die Überwindung der Tarif- und Stadtgrenzen

310 Für die Kunden des öffentlichen Verkehrs hat es keine Bedeutung, von welchem  
311 Unternehmen sie gefahren werden oder in welchem Verkehrsverbund sie gerade  
312 unterwegs sind. Um vor allem tägliche Pendler\*innen stärker zum Umstieg vom Auto  
313 auf öffentliche Verkehrsmittel zu motivieren, setzen wir uns dafür ein, dass  
314 Kunden in NRW Verbundgrenzen nicht mehr als Tarifgrenzen erleben und  
315 durchgehende Verbindungen über Stadtgrenzen hinweg eingerichtet werden. Dafür  
316 wollen wir kommunale Verkehrspläne zu einem regionalen Nahverkehrsplan  
317 verknüpfen und mit NRW-weiten Tarifen die Mobilität erleichtern.

318 Den Ausbau der Schieneninfrastruktur

319 Die schienengebundenen Verkehrssysteme müssen über die Stadtgrenzen hinaus  
320 ausgebaut und verdichtet werden. Der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke Lünen –  
321 Münster mit Modernisierung des Signalsystems gehört ebenso dazu wie die  
322 Weiterentwicklung des RRR-Netzes. Die Emschertalbahn als wichtige Ost-West-  
323 Verbindung zwischen den Städten des Lippe- und Emscherraums soll durch die  
324 Sanierung der Trassen und durch kürzere Verbindungsintervalle wieder attraktiver  
325 werden. Um die Akzeptanz der notwendigen Arbeiten zu verbessern, muss über

326 anstehende Baustellen und den eingerichteten Ersatzverkehr frühzeitig und  
327 umfassend informiert werden.

328 Die Anbindung der regionalen Schnellbusse an das Umland  
329 Da, wo die Anbindung an das Dortmunder Stadtzentrum über den Schienenverkehr  
330 langfristig nicht umzusetzen ist, wollen wir den Einsatz regionaler Schnellbusse  
331 mit alternativen Antrieben prüfen. So soll der ÖPNV auch für Pendler\*innen aus  
332 dem Umland attraktiver werden.

## 333 2. Energie und Klimaschutz

334 Nur wenn die Kommunen aktiv dazu beitragen, können wir die Pariser  
335 Klimaschutzziele noch erreichen. Die Stadt Dortmund muss mit gutem Beispiel  
336 vorangehen. Sie muss zeigen, dass Energiesparen und Energieeffizienz nicht nur  
337 gut für das Klima sind, sondern sich auch finanziell rechnen. Bund und Land  
338 müssen dafür die notwendigen Rahmenbedingungen setzen, z. B. mit sinnvollen  
339 Abstandsregelungen für Windkraftanlagen, die den Ausbau von erneuerbaren  
340 Energien fördern, statt ihn abzuwürgen, mit einfachen Bedingungen für  
341 Mieterstrommodelle oder mit mehr Anreizen für eine energetische Sanierung von  
342 Bestandsgebäuden.

343 Das jüngst beschlossene Klimaschutzgesetz bleibt stattdessen weit hinter den  
344 Erwartungen zurück, das „Entfesselungspaket“ der schwarz-gelben Landesregierung  
345 hat alle zuvor erzielten Regelungen pro Klimaschutz wieder zurückgedreht. Umso  
346 wichtiger sind die Anstrengungen, die wir in unserer Stadt unternehmen.  
347 In Dortmund wollen wir den Ausbau der regenerativen Energien voranbringen und  
348 unabhängig werden von fossilen Energieträgern. Wir wollen, dass die Stadt schon  
349 2035 klimaneutral wird, nicht erst 2050, und wir wollen, dass die Bürger\*innen  
350 auf diesem Weg mitgenommen werden.

### 351 2.1 Raum für regenerative Energie

352 Das Potenzial für Windenergie und Photovoltaik (PV) ist in Dortmund noch längst  
353 nicht ausgeschöpft. Nach Aussage der Landesregierung auf eine GRÜNE Anfrage  
354 werden nur 20,4 Prozent der möglichen Windkraftleistung und nur 2,9 Prozent des  
355 Potenzials der Photovoltaik auf Dortmunds Dächern aktuell genutzt. Bei den PV-  
356 Freianlagen sind es sogar nur 0,3 Prozent.

357 Unser Ziel: Den im Quartier verbrauchten Strom auch im Quartier zu erzeugen.  
358 Dafür bedarf es eines zielgerichteten Ausbaus der erneuerbaren Energien. Ganze  
359 Quartiere könnten ihren Strombedarf mit Photovoltaikanlagen decken und die  
360 gleiche Strommenge zusätzlich ins Netz einspeisen. Das sind Ergebnisse der  
361 „InnovationCity Ruhr“ in Bottrop, einem Projekt, das sich mit dem klimagerechten  
362 Umbau eines industriell geprägten Stadtquartiers befasst und Modell für alle  
363 Ruhrgebietsstädte werden soll.

### 364 Grün wählen für:

#### 365 Mehr Solarenergie für Dortmund

366 Wir wollen den Ausbau von Photovoltaikanlagen sowohl auf Eigenheimen als auch  
367 auf Mietshäusern und gewerblich genutzten Gebäuden weiter forcieren. Wir  
368 unterstützen Privatpersonen, Genossenschaften und Mietergemeinschaften, die auf  
369 Mieterstrommodelle umsteigen möchten. Ohne weitere Flächenversiegelung ist es so  
370 möglich, die erneuerbaren Energien weiter auszubauen. Wir wollen die rechtlichen  
371 Möglichkeiten zur Auflage einer Solarsatzung prüfen. Damit wollen wir erreichen,  
372 dass auf jedem neu gebauten Gebäude mit entsprechendem Potential eine



373 Solaranlage errichtet wird. Für Bestandsgebäude wollen wir die DEW21  
374 beauftragen, mit einem Beratungsangebot aktiv auf die Wohnungseigentümer\*innen  
375 zuzugehen, die laut Solarkataster das Potenzial für Photovoltaik haben, und  
376 ihnen einen wirksamen Anreiz zur Errichtung einer Solaranlage geben.  
377 Freiflächen-Solaranlagen sollen auf Halden, Altlastenflächen, Konversions- oder  
378 Brachflächen sowie entlang von Infrastrukturachsen konzentriert werden.

379 Grünschnitt und Lebensmittelabfällen für Biomasseanlagen nutzen  
380 Außer für die Nutzung der Abwärme müssen Biomasseanlagen technisch so  
381 ausgestattet werden, dass sie flexibel Strom in das Netz einspeisen. Denn als  
382 einzige erneuerbare Energie kann Biomasse flexibel auf die fluktuierende  
383 Einspeisung von Photovoltaik- und Windenergieanlagen reagieren. Wir wollen  
384 deshalb die Errichtung einer Biogasanlage zur Verwertung des Bioabfalls in  
385 Dortmund. Den Zukauf und den Transport von Biomasse aus der Massentierhaltung  
386 lehnen wir dazu jedoch ab.

387 Die Förderung von Energiesparen  
388 Die Landesregierung NRW fördert über die NRW.BANK Maßnahmen zur  
389 Energieeffizienz. Das Förderprogramm des Landes soll auf kommunaler Ebene  
390 unterstützt werden. Wir wollen, dass die Stadt in Kooperation mit der DEW21  
391 einkommensschwache Haushalte zusätzlich mit Gutscheinen beim Tausch alter  
392 stromfressender Geräte gegen neue energieeffiziente Geräte unterstützt. Die  
393 städtische Wohnungsbaugesellschaft Dogewo21 soll zudem bei energetischen  
394 Modernisierungen mit der Verbraucherzentrale NRW zusammenarbeiten, um über den  
395 „Basis-Check Energie“ kostenlose Vor-Ort-Beratungen für Mieter\*innen zum  
396 optimalen Heizen und Lüften zu ermöglichen.

397 Die Unterstützung von Unternehmen, die benötigte Energie selbst zu produzieren  
398 In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung wollen wir Unternehmen zur  
399 Errichtung von Photovoltaikanlagen oder Nutzung von Wasserstofftechnologien zur  
400 Versorgung hochenergetischer Produktionsprozesse aktiv beraten und bei der  
401 Beantragung von Fördermitteln unterstützen (s. auch Kapitel Wirtschaft).

402 Parkplätze in begrünte Solarflächen umwandeln  
403 Städtische Park-&-Ride-Parkplätze oder Parkplätze von Sporthallen und  
404 Schwimmbädern, die sich nicht für eine Überbauung mit Wohnungen eignen, bieten  
405 die Möglichkeit einer regenerativen energetischen Nutzung. Wir wollen große  
406 Stellplatzflächen, die nicht überbaut werden können, in Solarparkplätze mit  
407 Dachbegrünung umwandeln. Dabei werden sie mit Photovoltaikanlagen überdacht, die  
408 regenerativen Strom für Ladesäulen erzeugen und zugleich Schatten spenden.

409 Energiekonzepte im Quartier umsetzen  
410 Mit den Instrumenten der Bauleitplanung kann die Kommune festlegen, ob und  
411 welche erneuerbare Energieform – z. B. eine solarthermische Wärmeversorgung – an  
412 welcher Stelle und in welchem Umfang im Stadtgebiet genutzt werden soll. Wir  
413 wollen für die Umsetzung solcher Modelle die rechtlichen Möglichkeiten der  
414 Bauordnung ausschöpfen und baugebietsbezogene Energiekonzepte erarbeiten, um den  
415 Anteil der erneuerbaren Energien in der Stadt deutlich zu erhöhen.

## 416 2.2 Energiewende vor Ort

417 Wir erreichen unsere Klimaschutzziele nur, wenn wir unsere gesamte  
418 Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien umstellen und die Energie  
419 effizienter und sparsamer verwenden. Die Energiewende ist nicht nur eine Strom-,

420 sondern gleichzeitig auch eine Mobilitäts- und Wärmewende. Deshalb müssen die  
421 einzelnen Bereiche miteinander vernetzt und Aufeinander abgestimmt werden.  
422 Dortmund bietet aufgrund seiner hohen Siedlungs- und Industriedichte dafür  
423 optimale Voraussetzungen: besonders die Kopplung von Wärme- und Stromproduktion  
424 sowie die Auskopplung und auch Nutzung von Wärme aus und für Produktionsprozesse  
425 in der Industrie. Projekte, wie die von der DEW21 jetzt angestoßene Umstellung  
426 der Dortmunder Wärmeversorgung auf dezentrale Wärmenetze („Innovative  
427 Quartierslösungen Nahwärme“), gehen in die richtige Richtung und müssen  
428 weitergedacht werden. Auch die Umstellung der Fernwärme von Dampf auf Heißwasser  
429 durch die DEW21 hat zum Ziel, ein Wärme-Verbundnetz zu schaffen. Dadurch können  
430 45.000 Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr eingespart werden.

431 Die Stromversorgung der Zukunft soll nicht mehr nur in der Hand einiger weniger  
432 Großunternehmen liegen, sondern aus vielen kleinen Stromproduzent\*innen  
433 bestehen. Die Bürger\*innen- und Energiegenossenschaften werden zusammen mit dem  
434 kommunalen Energieversorger DEW21 die Energieerzeuger\*innen der Zukunft und  
435 holen die Wertschöpfung in die Stadt.

436 Grün wählen für:

437 100 % DEW21 in städtischer Hand

438 Wir wollen, dass zukünftig kein börsennotiertes Unternehmen bei der städtischen  
439 Energieversorgung mitbestimmt. Die DEW21 muss zu 100 Prozent der Stadt gehören,  
440 um den Ausbau der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen voranzutreiben, die  
441 energetische Modernisierung des Dortmunder Wohnungsbestands zu fördern, eine  
442 wirksame Energieberatung sicherzustellen und bei Neubauvorhaben nachhaltige  
443 Energieversorgungskonzepte umzusetzen.

444 Im Jahr 2015 – 20 Jahre nach Gründung der DEW21 – wurde die Chance zur  
445 Kommunalisierung der Energieversorgung nicht genutzt. RWE blieb mit 39,1  
446 Prozent, diesmal sogar unbefristet, an DEW21 beteiligt. Der aktuelle Deal  
447 zwischen RWE und EON ermöglicht wegen des Besitzerwechsels der RWE-Anteile die  
448 Anwendung der „Change-of-Control-Klausel“ (Klausel zur Sonderkündigung). Dies  
449 bietet womöglich zum letzten Mal die Möglichkeit, dass die Stadt die Anteile des  
450 börsennotierten Partners übernimmt. Über die Zukunft von DEW21 muss eine  
451 öffentliche Debatte geführt werden.

452 Die Beteiligung der Dortmunder\*innen an der Energieversorgung

453 Wir wollen den Ausbau erneuerbarer Energien dezentral unter Beteiligung von  
454 Bürgerenergiegesellschaften und Energiegenossenschaften gezielt vorantreiben und  
455 so Klimaschutz und regionale Wertschöpfung zusammenbringen. Wir wollen uns dafür  
456 einsetzen, dass Mieter\*innenstrommodelle unbürokratisch möglich werden. Auch auf  
457 Bundesebene kämpfen wir GRÜNE für die notwendigen gesetzlichen Änderungen, um  
458 die Umsetzung solcher Modelle einfacher zu gestalten.

459 Wir brauchen auch eine grundlegende Stärkung der Windenergie. Dortmund ist eine  
460 dicht besiedelte Stadt. Durch die neuen Abstandsregelungen der schwarz-gelben  
461 Landesregierung gibt es vor Ort nur noch wenige Flächen, wo der Bau von  
462 Windrädern möglich ist. Deshalb wollen wir öffentliche Potenzialflächen zum  
463 Ausbau der Windenergie mit Bürger\*innenbeteiligung vorhalten und gezielt  
464 Projekte unterstützen, die auf bereits versiegelten Flächen (Altlasten, Halden,  
465 Deponien) entstehen könnten. Gleiches gilt für Projekte auf Infrastrukturflächen  
466 sowie in Gewerbe- und Industriegebieten.

467 Öffentliche Gelder in nachhaltig handelnde Unternehmen investieren

468 Dortmund soll keine Gewinne mehr aus klimaschädlichen Finanzanlagen beziehen.

469 Deshalb fordern wir GRÜNE, dass Verwaltung und städtische Töchter öffentliche  
470 Gelder nur in solche Unternehmen investieren, die auf nachhaltige und  
471 klimafreundliche Energiegewinnung setzen und sich grundlegenden ethischen  
472 Mindeststandards verpflichtet fühlen (Divestment). Dortmund setzt sich mit  
473 seinem Handlungsprogramm Klima Luft 2030 für umweltfreundliche Energieerzeugung,  
474 Nachhaltigkeit und Klimaschutz ein. Dazu gehören auch die Finanzanlagen und  
475 Beteiligungen der Stadt und ihrer Töchter. Vor diesem Hintergrund fordern wir  
476 den Verkauf der RWE-Aktien und den Ausstieg aus der STEAG-Beteiligung.

### 477 3. Natur- und Umweltschutz

478 Die Lebensqualität in unserer Stadt hängt maßgeblich von unserer Umwelt ab.  
479 Deshalb treten wir GRÜNE für die Entwicklung und den Erhalt der Grünflächen, der  
480 natürlichen und naturnahen Lebensräume im Stadtgebiet und für die naturnahe  
481 Gestaltung der Wasserläufe ein. Damit schaffen wir die Grundlagen, um im  
482 städtischen Raum das Artensterben zu verlangsamen und aufzuhalten. Wir sorgen  
483 für den Schutz der Menschen vor Lärm und Schadstoffen und wir haben den Schutz  
484 des Klimas im Blick. Der Klimawandel schreitet immer weiter voran, auch wenn das  
485 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens erreicht werden sollte. Deshalb fordern  
486 wir neben Klimaschutzmaßnahmen auch gute Klimaanpassungskonzepte.

487 Wir kämpfen gemeinsam mit den Initiativen gegen den Weiterbau der OW III a/L 663  
488 n, einer Umgehungsstraße quer durch ein Gebiet zwischen Kurl, Brackel, Asseln  
489 und Wickede, das der neue Landschaftsplan der Stadt Dortmund als besonders  
490 erhaltenswert bezeichnet, weil es einer der wenigen unzerschnittenen und  
491 lärmarmen Räume ist und das lokale Klima schützt.

492 Wir setzen uns für den Erhalt von ökologisch wertvollen Flächen wie Rhader Hof,  
493 Wickede-West, Asseln-Süd, Groppenbruch und Buddenacker ein. Sie sollen im  
494 Landschaftsplan als Landschaftsschutzgebiete und im Flächennutzungsplan als  
495 Freiraum dargestellt werden.

496 Und wir wollen Naturschutzprojekte weiterentwickeln. Dazu gehören Blühflächen  
497 auf Dortmunds Dächern – nicht nur in Hitzeinseln –, in unseren Grünanlagen und  
498 am Straßen- und Ackerrand.

#### 499 3.1 Natur und Arten schützen

500 Biologische Vielfalt und die Schaffung leistungsfähiger Grünstrukturen zur  
501 Reduktion von Feinstaub, zur Kühlung des städtischen Klimas und für eine bessere  
502 Versickerung von Regenwasser sind wichtige Funktionen von Grünflächen in der  
503 Stadt. Urbanes Grün übernimmt aber auch vielfältige soziale, gesundheitliche und  
504 wirtschaftliche Aufgaben und leistet einen zentralen Beitrag für die Sicherung  
505 und Verbesserung der Lebensqualität. Insbesondere in den Quartieren, wo Menschen  
506 mit geringem Einkommen leben, wo die Verdichtung größer ist, muss in den Aufbau  
507 und die Pflege von Grünflächen investiert werden. Dieser soziale Aspekt muss bei  
508 der Umsetzung bedacht werden. Dazu bedarf es nicht nur weiterer, verstärkter  
509 Aktivitäten im Dortmunder Naturschutz, sondern auch der Festlegung von mehr  
510 Wald- und Grünflächen im Flächennutzungsplan.

511 Grün wählen für:

512 Wirksame Konzepte zur Klimaanpassung

513 Starkregen, überflutete Straßen und immer häufiger extrem hohe Temperaturen:

514 Längst hat der Klimawandel Dortmund erreicht. Für den Stadtbezirk Hörde wurde

515 deshalb ein Konzept mit verschiedenen Maßnahmen zur Klimaanpassung beschlossen.  
516 Solche Konzepte müssen für alle anderen Stadtbezirke erarbeitet und  
517 schnellstmöglich umgesetzt werden.

518 Die Erhaltung siedlungsnaher Freiräume  
519 Freiflächen dienen nicht nur Menschen als Erholungsraum, sondern sind wichtige  
520 Lebensstätten für Tiere und Pflanzen. Der Erhalt von Freiflächen wie Wickede-  
521 Westoder Rhader Hof ist ein wichtiger weicher Standortfaktor für die  
522 wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensqualität der Stadt. Zusätzliche  
523 Bauflächen sollen deshalb möglichst auf ehemals genutzten Brachflächen  
524 realisiert werden. Naturnahe Freiräume sollen unter Berücksichtigung des  
525 Naturschutzes für die Menschen nutzbar und als Erholungsräume möglichst  
526 fußläufig erreichbar sein.

527 Die Vernetzung und den Ausbau unserer Grünzüge  
528 Dafür werden wir den Schutz zusammenhängender Freiräume vorantreiben und den  
529 Biotopverbund erhalten und stärken. Dazu gehört auch, Flächen für den  
530 Naturschutz zu reservieren und Teilflächen sich selbst zu überlassen.  
531 Verbundkorridore zwischen den Naturschutzgebieten müssen zudem räumlich  
532 verbindlich definiert und in den Landschaftsplan aufgenommen werden.

533 Den Erhalt der biologischen Vielfalt  
534 Auf GRÜNEN Antrag hin, wurde für Dortmund die Entwicklung einer  
535 Biodiversitätsstrategie beschlossen. Damit wollen wir die Ziele der Kommunen für  
536 biologische Vielfalt, deren Gründungsmitglied Dortmund ist, vorantreiben. Vor  
537 dem Hintergrund des massiven Rückgangs von Insekten und der daraus  
538 resultierenden abnehmenden Vielfalt bei Vögeln müssen umgehend wirksame  
539 Maßnahmen ergriffen werden, um mehr Flächen naturverträglich zu nutzen. Dazu  
540 gehört unter anderem der vollständige Verzicht auf Pestizide, der Erhalt von  
541 Hecken, Natursteinmauern und Gehölzen sowie die Neuanlage von Kleingewässern.  
542 Das Verbot von Glyphosat auf städtischen Flächen und der Beschluss gegen  
543 Schottergärten in Neubaugebieten – beides Grüne Erfolge – sind ein Anfang. Doch  
544 das Thema muss auch im Landschaftsplan, der aktuell neu aufgestellt wird,  
545 verstärkt berücksichtigt werden.

546 Die Forderung nach einem ökologischen Grünflächenkonzept  
547 Wir wollen die Artenvielfalt von Flora und Fauna in der Stadt fördern. Dortmund  
548 wendet bereits für 30 Prozent der öffentlichen Wiesenflächen ein ökologisches  
549 und die Artenvielfalt steigerndes Pflegeprogramm an. Das neue Grünflächenamt  
550 soll in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden – analog zum „Label  
551 Stadtgrün“ – auch für städtische Flächen im Siedlungs- und Straßenraum ein  
552 naturnahes Grünflächenkonzept aufstellen. Dazu gehören neben Erhalt und Ausbau  
553 zusammenhängender Grünzüge und artenreicher Wildblumenwiesen auch mehr  
554 Streuobstwiesen und naturnahe Parkanlagen. Mit privaten Gartenbesitzer\*innen und  
555 mit dem Verband der Kleingartendaueranlagen wollen wir in einen Dialog kommen  
556 und in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt Beratungsangebote zur ökologischen  
557 Gartengestaltung auflegen.

### 558 3.2 Naturschutz ist Klimaschutz

559 Unsere Ziele sind der Erhalt und der Ausbau von Natur- und  
560 Landschaftsschutzgebieten sowie mehr Grün in der Stadt durch viele  
561 unterschiedliche Maßnahmen: grüne Inseln im Straßenraum, an Gebäuden und in

562 Höfen, begrünte Dächer und Parkplätze in Gewerbegebieten, Fassadenbegrünung und  
563 mehr Bäume in den Straßen.

564 Grün wählen für:

565 Den Erhalt und die Erweiterung der vorhandenen Frischluftschneisen  
566 Die Hitzesommer der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig eine gute Belüftung  
567 der Stadt ist. Dichte Bebauung, versiegelte Flächen, eine fehlende Durchgrünung  
568 sowie Abgase oder Abwärme erhöhen die Schadstoffe in der Luft.  
569 Frischluftkorridore sind deshalb für das Stadtklima und die Gesundheit der  
570 Menschen besonders wichtig. Bei Bauvorhaben muss deshalb der Erhalt von  
571 Belüftungsschneisen berücksichtigt werden.

572 Kein Weiterbau der OW III a/L 663

573 Wir wollen lärmarme und ungeteilte Landschaftsräume erhalten und vor weiteren  
574 Zerschneidungen durch Umgehungsstraßen schützen. Das gilt insbesondere für das  
575 Planungsgebiet der OW III a, das vom Umweltamt als wertvoll eingestuft und im  
576 Umweltplan der Stadt als Fläche mit der geringsten Belastung durch  
577 Straßenverkehrslärm ausgewiesen ist.

578 Mehr Bäume für unsere Stadt

579 Die Pflanzung standortgerechter und an den Klimawandel anpassungsfähiger  
580 Laubbäume ist eine effektive Maßnahme zur Begrünung von Straßen und kommunalen  
581 Grünflächen. Bäume spenden Schatten, bieten Nistplätze für Vögel und tragen  
582 durch ihre Fähigkeit zur CO<sub>2</sub>-Bindung entscheidend zur Verbesserung des Klimas  
583 bei. Deshalb wollen wir die Zahl der Bäume in der Innenstadt erhöhen. Durch die  
584 Umgestaltung des Straßenraums und zusätzliche Standorte für Baumscheiben sollen  
585 zukünftig deutlich mehr Bäume Platz finden.

586 Die Förderung von Fassaden-, Dach- und Gartenbegrünung

587 Begrünte Flächen sollen nicht nur in Hitzeinseln auf Dächern geplant werden,  
588 sondern in allen Bereichen der Stadt, auch in Gewerbegebieten.  
589 Hausbesitzer\*innen wollen wir mit einer Informationskampagne von der  
590 energiesparenden und klimaschützenden Begrünung der Dächer oder Fassaden ihrer  
591 Häuser überzeugen. In Neubaugebieten sollen Gründächer im Sinne der  
592 Klimafolgeanpassung grundsätzlich verbindlich werden, um für eine bessere  
593 Versickerung des Regenwassers und zur Verbesserung des Mikroklimas zu sorgen.

594 Mehr naturpädagogische Initiativen

595 Insbesondere Kinder und Jugendliche sollen die Natur vor der Haustür erfahren  
596 können, um einen positiven Bezug zu ihrem Erhalt zu gewinnen. Neben dem auf  
597 GRÜNE Initiative hin beschlossenen Schulgärtenprogramm und dem Schulbiologischen  
598 Zentrum setzen wir uns für weitere Angebote zur Nachhaltigkeitsbildung ein (s.  
599 auch Kapitel Bildung).

600 Den Ausbau von Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Projekten

601 Urbane Gärten werden wir in ihren wichtigen gemeinnützigen, sozialen und  
602 ökologischen Funktionen stärken. Wir unterstützen Initiativen, die ungenutzte  
603 Orte als Bürger\*innengärten gestalten möchten. Die Beratung zu möglichen Flächen  
604 und Hilfestellungen für Bürger\*innen bei der Koordination und Einrichtung von  
605 Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Projekten sollen Bestandteil von  
606 Quartiersmanagement sein.

607 Die Rückkehr der Nutzgärten in die Stadt liegt uns am Herzen. Wir unterstützen  
608 deshalb Projekte wie die „UrbanOase“ im Unionviertel und Permakultursysteme wie

609 den UmweltKulturpark in Dortmund-Barop. Dazu gehört aber auch die Förderung  
610 kleinräumiger, landwirtschaftlich genutzter Flächen wie die SoLawi, Kleingärten  
611 und Grabeland.

612 Die Begrünung von Gewerbegebieten und Gewerbeflächen  
613 Gewerbeflächen bieten große Potenziale für eine ökologische Aufwertung. Durch  
614 eine naturnahe Gestaltung des Firmengeländes lassen sich Bereiche mit einer  
615 hohen Aufenthaltsqualität für Mitarbeitende und zur Verbesserung des Stadtklimas  
616 schaffen. Zusätzliche Baum- und Heckenpflanzungen filtern Luftschadstoffe,  
617 insektenfreundliche Beleuchtung kann die Lichtverschmutzung minimieren,  
618 Fassadenbegrünung den Energieverbrauch senken. Die Anlage von Grünzügen  
619 innerhalb von Gewerbegebieten eröffnet zudem die Möglichkeit, die entsprechenden  
620 Maßnahmen in ein gesamtstädtisches Grünordnungskonzept einzubinden. Unternehmen,  
621 die ihre Gewerbeflächen und Gebäude zum Beispiel durch den Bau von Anlagen zur  
622 Rückhaltung bzw. zur Versickerung von Niederschlagswasser aufwerten, wollen wir  
623 unterstützen. Sie können bei den Kosten für die Abwassergebühr entlastet werden.  
624 Ein\*e im Umweltamt angesiedelte Gewerbegebietsmanager\*in kann Unternehmen über  
625 die Veränderungsmöglichkeiten in Richtung Nachhaltigkeit beraten sowie Lösungen  
626 zusammen mit den Fachämtern der Verwaltung entwickeln.

627 Nachhaltige Forstwirtschaft

628 Wir wollen eine Forstwirtschaft, die sich stärker an „natürlichen  
629 Waldgesellschaften“ orientiert, damit auch unsere Wirtschaftswälder anpassungs-  
630 und widerstandsfähiger werden. Dazu gehört, dass sich heimische Baumarten durch  
631 natürliche Aussaat vermehren können und mehr Altbäume an unbedenklichen  
632 Standorten erhalten bleiben. Um die biologische Vielfalt im Wald zu fördern, ist  
633 die Fläche zu erweitern, auf der Totholz als Lebensraum zahlloser Insekten und  
634 Pilze im Wald belassen wird. Der „Urwald-Anteil“ im städtischen Wald muss  
635 deshalb auf mindestens 10 Prozent erhöht werden.  
636 Besondere Belastungen des forstwirtschaftlich genutzten Waldes durch  
637 Hitzeschäden müssen bei anstehender Holzentnahme und im Betriebsplan frühzeitig  
638 Berücksichtigung finden. Ebenso sollen möglichstbodenschonende Ernteverfahren  
639 genutzt werden. In diesem Sinne ist unter Einbeziehung der Naturschutzverbände  
640 und der Öffentlichkeit das Waldpflegekonzept der Stadt von 1993 zu überarbeiten.

641 Nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft

642 Die landwirtschaftlichen Flächen in Dortmund haben sich seit 1950 fast halbiert.  
643 Die verbliebenen Flächen sind aus Gründen des Landschaftsschutzes und der  
644 Nahversorgung mit Nahrungsmitteln unbedingt zu erhalten. Die Stadt als  
645 Verpächterin des größten Teils der landwirtschaftlichen Flächen muss mit  
646 langfristigen Pachtverträgen die Umstellung auf Ökolandwirtschaft fördern.  
647 Insbesondere in Randbereichen von Naturschutzgebieten müssen aber schon jetzt  
648 Ackerrandstreifen als ökologisch bewirtschaftete Pufferzonen verbindlich werden  
649 und das bisher auf städtische Flächen beschränkte Glyphosatverbot muss auf alle  
650 landwirtschaftlichen Flächen ausgeweitet werden.  
651 Landwirtschaftliche Flächennutzung darf nicht als Zwischenlösung auf dem Weg zur  
652 Nutzung für Wohn- und Gewerbebebauung verstanden werden. Sie ist ein wichtiger  
653 Teil regionaler Lebensmittelproduktion und -versorgung. Wir setzen uns dafür  
654 ein, dass Produkte regional vermarktet werden, beispielsweise auf den Dortmunder  
655 Wochenmärkten. Außerdem wollen wir regionale Vertriebsstrukturen wie das  
656 Ökonetzwerk Dortmund oder Ernährungsräte fördern.

657 3.3 Umweltschutz für jede\*n

658 Die Umwelt, in der wir leben, wird durch unser Verhalten beeinflusst. Ob  
659 Wasserqualität, Lärm- und Luftbelastung oder auch der zunehmende (Plastik-)Müll:  
660 Wir können auch als Einzelne etwas dafür tun, dass die Belastungen in unserem  
661 direkten Umfeld geringer werden, indem wir zum Beispiel nicht verbrauchte  
662 Medikamente in die Apotheke bringen oder auch beim Coffee-to-go auf Mehrweg  
663 setzen.

664 Grün wählen für:

665 Den Schutz von sauberem Wasser  
666 Nach Angaben des Umweltbundesamtes gelangen Schwermetalle,  
667 Medikamentenrückstände und auch Mikroplastik verstärkt über das kommunale  
668 Abwasser in unsere Flüsse und Gewässer. Das Trinkwasser in Dortmund hat eine  
669 sehr gute Qualität, dies muss auch für das Abwasser gewährleistet sein. Wir  
670 setzen uns im Sinne des Vorsorgeprinzips für eine bessere Aufklärung von  
671 Landwirt\*innen und Verbraucher\*innen ein.  
672 Die Einführung der 4. Reinigungsstufe soll in allen städtischen Kläranlagen  
673 erfolgen. Um gegen illegale Abwassereinleitungen vorzugehen, fordern wir – in  
674 Zusammenarbeit mit der Emschergenossenschaft – mehr Kontrollen für die  
675 renaturierten Bäche.

676 Die Reduzierung von Müll in der Stadt  
677 Wir produzieren immer mehr Müll, nicht nur global, sondern auch in Dortmund.  
678 Deshalb haben wir uns schon vor langer Zeit für Pfandsysteme bei  
679 Großveranstaltungen in der Stadt eingesetzt. Auch für die Einführung eines  
680 stadtweiten Mehrwegsystems für Coffee-to-go-Becher haben wir uns stark gemacht.  
681 Ein Konzept dafür ist die Verwaltung allerdings weiterhin schuldig.  
682 Zudem wollen wir ein regelmäßiges Angebot für eine kostenlose die Sperrmüll-  
683 Entsorgung, damit weniger Müll illegal in der Stadt oder in der Natur entsorgt  
684 wird. Dies wurde bisher von der Mehrheit im Rat immer wieder abgelehnt.  
685 Pfandringe und -kästen in öffentlichen Parkanlagen sowie die Installation von  
686 sog. Ballot Bins (Aschenbechern für Zigarettenstummel) sind ergänzende  
687 Maßnahmen.

688 Reduzierung von Feuerwerken und die Ausweitung von Feuerwerksfreien Zonen  
689 Dortmund hat schon jetzt Bereiche am Hauptbahnhof und auf dem Westenhellweg an  
690 Silvester zur feuerwerksfreien Zone erklärt, um die Sicherheit für Besucher und  
691 Besucherinnen der Dortmunder Innenstadt zu erhöhen. Wir setzen uns für die  
692 Ausweitung dieser Zonen auf besonders sensible Bereiche der Stadt, wie zum  
693 Beispiel den Zoo, ein. Insgesamt sollen zukünftig weniger Feuerwerke  
694 stattfinden, sowohl im Sinne des Tierschutzes als auch zur Reduzierung der CO2-  
695 und Feinstaubbelastung.

696 4. Tierschutz

697 Seit 2002 steht der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz. Dennoch spielt  
698 Tierschutz gerade in der Kommunalpolitik oft eine nachrangige Rolle. Das hat  
699 sich auch in der langjährigen Diskussion um eine Katzenschutzverordnung gezeigt,  
700 die inzwischen dank der Hartnäckigkeit von Tier- und Katzenschutzvereinen mit  
701 unserer Unterstützung eingeführt worden ist. Wir wollen in Dortmund den Schutz  
702 von Nutztieren sowie von Wild- und Haustieren stärken.

703 Grün wählen für:

704 Rettet die Insekten - Lebensraum schützen

705 Der Lebensraum von Wildtieren, insbesondere von Vögeln und Insekten, wird auch  
706 in Dortmund immer kleiner. Auch in Dortmund sind Tier- und Pflanzenarten bereits  
707 in ihrem Bestand deutlich zurückgegangen. Besonders Insekten sind davon stark  
708 betroffen. Dieser Rückgang geht einher mit dem Rückgang blühender Wiesen und  
709 anderer natürlicher Lebensräume, die Insekten für Nahrung und Fortpflanzung  
710 benötigen. Darunter leiden auch alle Insektenfresser, allen voran viele  
711 Vogelarten. Dieser Rückgang ist ein Verlust unserer Lebensqualität und eine  
712 konkrete Gefahr für unsere Zukunft. Wir setzen uns dafür ein, den Rückgang der  
713 Arten mit geeigneten Maßnahmen aufzuhalten. Auf städtischen Flächen wollen wir  
714 einen vogel- und insektenfreundlichen Gartenbau stärken.

715 Artenschutzfachliche Berater\*innen

716 Viele Flächen sind von Baumaßnahmen bedroht, gerade auch durch dringend  
717 notwendigen Wohnungsbau. Das führt zu weiterem Verlust notwendiger Flächen für  
718 die Artenvielfalt. Wir wollen künftig bei städtebaulichen Wettbewerben  
719 artenschutzfachliche Berater\*innen hinzuziehen, um bei der Neugestaltung von  
720 städtischen Flächen auch den Tierschutz angemessen zu berücksichtigen.

721 Dortmunder Zoo

722 Im Dortmunder Zoo setzen wir auf eine artgerechte Haltung aller Tierarten. Im  
723 Rahmen der Bildungsaufgabe des Zoos wollen wir Tierschutz, Biodiversität und  
724 Artenschutz stärken.

725 Dortmunder Tierschutzzentrum

726 Über 1.000 Tiere werden jährlich im Dortmunder Tierschutzzentrum / Tierheim  
727 aufgenommen. Viele Tiere werden gefunden, aber nicht wieder abgeholt. Steigend  
728 ist die Zahl von Tieren, die zur Notpflege abgegeben werden, sowie die Zahl der  
729 Welpen, die illegal im Ausland gekauft wurden. Sie haben oft keine Impfungen oder  
730 ungültige Gesundheitszertifikate und müssen aus tierseuchenrechtlichen Gründen  
731 in Quarantäne genommen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Tierheim ein  
732 tragfähiges Konzept bekommt, das auf die stetig wachsenden Herausforderungen wie  
733 die Zunahme der Abgabtiere und den Welpenhandel besser reagieren kann.

734 Wildtiere schützen

735 Wildtiere gehören nicht in die Zirkusmanege, denn sie stellen besonders hohe  
736 Ansprüche an ihre Haltung und Unterbringung. In einem Zirkusunternehmen ist eine  
737 verantwortbare Haltung von Wildtieren grundsätzlich nicht möglich. In  
738 Deutschland sind Elefanten, Tiger, Bären und viele andere Wildtiere weiterhin  
739 gezwungen, fragwürdige Kunststücke in der Manege vorzuführen – ein unhaltbarer  
740 Zustand, den andere Länder längst verändert haben. Wir setzen uns für kommunale  
741 Regelungen ein, damit Zirkusse in Dortmund künftig nur wildtierfreie Shows  
742 zeigen.

743 Keine Werbung für Trophäenjagden

744 Legale Trophäenjagden sind ein wesentlicher Faktor für den Rückgang bestimmter  
745 Wildtierarten. Selbst die Tötung bedrohter und international geschützter Arten  
746 wie Löwen, Leoparden, Eisbären, Nashörner oder Elefanten ist Teil solcher  
747 Angebote. Allein in Afrika erlegen 18.000 Großwildjäger aus dem Ausland jedes  
748 Jahr über 100.000 Wildtiere und reduzieren damit die Tierwelt in erheblichem  
749 Ausmaß. Wir unterstützen das Anliegen von Tierschutzorganisationen, zukünftig  
750 auf der Messe „Jagd & Hund“ oder bei anderen Messeprogrammen in den  
751 Westfalenhallen keine Anbieter mehr von Trophäenjagden zuzulassen.



752 Kommunale/r Tierschutzbeauftragte/r  
753 Um den Tierschutz in Dortmund weiter zu stärken und die Arbeit der im Tierschutz  
754 tätigen Organisationen und Behörden besser zu vernetzen, setzen wir uns für die  
755 Ernennung eines/einer Tierschutzbeauftragten ein. Der/Die Tierschutzbeauftragte  
756 steht außerdem in Tierschutzfragen als Ansprechpartner\*in für die Bürgerinnen  
757 und Bürger zur Verfügung und soll durch gezielte Informations- und  
758 Aufklärungskampagnen mehr Bewusstsein für die Bedeutung des Tierschutzes  
759 schaffen.

## A5 A2: GRÜN IST... VIELFALT UND TEILHABE FÜR ALLE!

Antragsteller\*in: Stefan Rath

### Text

- 1 GRÜN IST... Vielfalt und Teilhabe für alle!
- 2 ... Wie wir gleiche Chancen und Möglichkeiten für alle Menschen schaffen wollen!
- 3 Inhalt
- 4 1. Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft: Vielfalt ist unsere Stärke
- 5 1.1. Stärkung einer Kultur der Vielfalt und eines gleichberechtigten
- 6 Miteinanders
- 7 1.2 Schutz und Hilfe für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus
- 8 1.3 Förderung der politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe von
- 9 Migrant\*innen und Menschen aus Einwandererfamilien
- 10 1.4. Gerechte Teilhabe und soziale Sicherheit für alle
- 11 1.5. Bildungsgerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft
- 12 1.6. Gerechte Verteilung der Kosten der Integration
- 13 2. Die Hälfte der Macht den Frauen: Geschlechtergerechtigkeit schaffen
- 14 2.1. Gerechte Teilhabe im Erwerbsleben
- 15 2.2 Gegen Gewalt gegen Frauen
- 16 2.3 Sicherer und sozialer Wohnraum für Frauen
- 17 3. LSBTTIQ-Menschen: Verschiedenheit leben und anerkennen
- 18 3.1 Stärkung der LSBTTIQ-Organisationen und Initiativen
- 19 3.2 LSBTTIQ-Leben in Dortmund
- 20 4. Teilhabe und Teilnahme für alle: Inklusion umsetzen
- 21 5. Freie und offene Stadtgesellschaft: Kunst und Kultur stärken
- 22 6. Zusammenleben in Bewegung: Sport verbindet
- 23
- 24 7. 365 Tage im Jahr für Menschenrechte, Vielfalt und Demokratie: Aufstehen gegen
- 25 Rechts
- 26 1. Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft: Vielfalt ist unsere Stärke
- 27 Dortmund ist eine Stadt der Vielfalt mit über 600.000 eigenständigen
- 28 Geschichten. Jung oder alt, weiblich, männlich oder divers, geboren am
- 29 Borsigplatz oder am Bosphorus, Hetero oder LSBTTIQ, Atheist\*in oder religiös –
- 30 Vielfalt ist unsere Stärke. Wir begreifen Vielfalt als Bereicherung und als
- 31 Chance für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Dazu zählt auch die Vielfalt
- 32 durch Zuwanderung.
- 33 Die Dortmunder Geschichte ist immer auch die Geschichte von Migration gewesen:
- 34 Von der Einwanderung vieler Menschen und Familien aus Osteuropa gegen Ende des
- 35 19. Jahrhunderts über die Zuwanderung sogenannter „Gastarbeiter\*innen“ in den
- 36 sechziger und siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts bis hin zu den
- 37 Geflüchteten und Eingewanderten der letzten Jahre. Aktuell haben über ein
- 38 Drittel der Dortmunder Bürger\*innen eine Migrationsgeschichte. Viele leben seit
- 39 vielen Jahrzehnten in Dortmund, viele sind hier geboren, zur Schule gegangen,
- 40 leben und arbeiten hier. Dortmund ist unser gemeinsames Zuhause.

41 Das gilt auch für die große Anzahl der seit 2015 aus ihren Heimatländern nach  
42 Dortmund geflüchteten Menschen. Sie stießen auf eine überwältigende  
43 Willkommenskultur und die Solidarität vieler Dortmunder\*innen. Viele der in  
44 diesen Jahren mit großem Engagement aufgebauten Strukturen zur Unterstützung der  
45 Geflüchteten bestehen bis heute.

46 1.1. Stärkung einer Kultur der Vielfalt und eines gleichberechtigten  
47 Miteinanders

48 Grün wählen für:

49 Schaffung eines eigenen Amtes für Integration und Vielfalt

50 Eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre ist die Stärkung einer Kultur  
51 der Vielfalt in Dortmund. Denn Vielfalt ist die Stärke einer lebendigen, offenen  
52 und demokratischen Stadt - die Vielfalt der Lebensformen, der Kulturen, der  
53 unterschiedlichen Herkunft. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dieser Vielfalt  
54 mit der Schaffung eines eigenen Amtes für Integration und Vielfalt auch in der  
55 Verwaltung eine ganz eigene und starke Stimme zu geben.

56 In ein solches Amt soll auch das Kommunale Integrationszentrum MIA-DO als ein  
57 wichtiger Akteur bei der Erarbeitung und Umsetzung integrationsfördernder  
58 Maßnahmen integriert werden. Wir wollen die Arbeit des Integrationszentrums  
59 weiter stärken und fortsetzen und den dort federführend bearbeiteten „Masterplan  
60 Integration“ in Zusammenarbeit zwischen Vertreter\*innen aus Verwaltung, Politik  
61 und Zivilgesellschaft weiterentwickeln.

62 Serviceorientierung der Ausländerbehörde

63 Durch eine Aufstockung des Personals wollen wir Mitarbeiter\*innen und  
64 Migrant\*innen entlasten sowie Wartezeiten verkürzen. Transparenz, Respekt und  
65 Kundenorientierung sollen den Beratungscharakter der Behörde stärken. Gegenüber  
66 allen Antragsteller\*innen und Ratsuchenden muss die Achtung der Menschenwürde  
67 höchste Priorität haben.

68 Einrichtung eines kommunales Flüchtlingsforums

69 Wir unterstützen die Forderung der Träger in der Flüchtlingshilfe in Dortmund  
70 nach Einrichtung eines kommunalen Flüchtlingsforums. Damit soll ein ständiger  
71 Dialog zwischen Ausländerbehörde und Hauptberuflichen institutionalisiert  
72 werden, um kommunale Konzepte und Maßnahmen, wie das Bleiberechtsprogramm u.a.zu  
73 entwickeln.

74 Anerkennung und Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit in der Flüchtlingshilfe

75 Die Projekte der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe sind in den letzten Jahren  
76 wichtige Bausteine bei der Unterstützung Geflüchteter geworden. Sie leisten für  
77 die gesamte Stadt eine unverzichtbare Arbeit bei der schrittweisen Integration  
78 vieler Menschen, bei Beratung, Betreuung und konkreter Unterstützung. Wir wollen  
79 diese Initiativen weiter stärken und setzen uns dafür ein, den Dialog zwischen  
80 der Ausländerbehörde und Ehrenamtlichen zu verstetigen und die ehrenamtliche  
81 Arbeit intensiv zu unterstützen.

82 Dezentrales Auszugsmanagement für geflüchtete Menschen

83 Seit der Ankunft vieler Geflüchteter 2015/16 haben sich die kommunalen Aufgaben  
84 für geflüchtete Menschen grundsätzlich verändert. Ging es zunächst um die reine  
85 Versorgung und Unterbringung, geht es heute insbesondere um die dauerhafte  
86 Integration in die Dortmunder Stadtgesellschaft. Ein wesentlicher Bestandteil  
87 der Integration ist dabei neben dem Zugang zum Arbeitsmarkt ein eigener und

88 bezahlbarer Wohnraum. Wir halten an dem Ziel fest, möglichst schnell möglichst  
89 viele Geflüchtete dezentral in eigenen Wohnungen unterzubringen. Durch ein  
90 kommunal unterstütztes Auszugsmanagement sollen Geflüchtete auf der Suche nach  
91 Wohnraum unterstützt werden. Zur Unterstützung wollen wir das  
92 Integrationsnetzwerk „lokal willkommen“ in den Stadtbezirken weiter ausbauen.  
93 Sofern im Ausnahmefall auf die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften  
94 zurückgegriffen werden muss, sind insbesondere die Bedarfe von Frauen und  
95 weiteren besonders schutzbedürftigen Personengruppen zu berücksichtigen.

96 Gründung eines Museums für Migration

97 Wir werden uns dafür einsetzen, dass Dortmund ein eigenes festes Museum der  
98 Migration bekommt. Damit soll die Geschichte der Zuwanderung dauerhaft  
99 dokumentiert und der Beitrag der zugewanderten Menschen bei der Entwicklung der  
100 Stadt gewürdigt werden.

101 Gerechte Verteilung der Kosten für kommunale Aufgaben der Integration

102 Dortmund wird seit langem seiner Aufnahmeverpflichtung für Geflüchtete gerecht.  
103 Aber: Ob bei den Monatspauschalen für Geflüchtete oder der Erstattung der Kosten  
104 für Geduldete – Land und Bund finanzieren die anfallenden Kosten an vielen  
105 Stellen bisher nur unzureichend. Wir setzen uns dafür ein, dass Bund und Land  
106 ihre Verantwortung und die tatsächlich entstehenden Kosten übernehmen.

107 1.2 Schutz und Hilfe für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus

108 Grün wählen für:

109 Erarbeitung eines kommunalen Bleiberechtsprogramms

110 Mehr als tausend Menschen leben seit vielen Jahren als Geduldete und damit ohne  
111 gesicherten Aufenthaltsstatus in Dortmund. Sie sind formal ausreisepflichtig,  
112 ihre Abschiebung ist aber ausgesetzt, weil sie zum Beispiel aus humanitären  
113 Gründen nicht durchgeführt werden kann. Eine Duldung wird dabei immer nur für  
114 eine begrenzte Zeit erteilt und muss dann erneuert werden. Für die Betroffenen  
115 sind eine wirkliche Integration und eine gesicherte Perspektive kaum möglich.  
116 Auch Zugänge zu Arbeitsstellen und Wohnungen sind erschwert. Geduldete haben  
117 keinen Zugang und Sprach- und Integrationskursen. Wir wollen hier kommunal  
118 zusätzliche Möglichkeiten schaffen.

119 Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung vorhandene Ermessensspielräume  
120 konsequent nutzt, um für möglichst viele Geduldete, ihre Familien und Kinder ein  
121 dauerhaftes Bleiberecht zu schaffen. Zusätzlich wollen wir ein separates  
122 kommunales Bleiberechtsprogramm entwickeln, um mit und für Geduldete eine  
123 Bleiberechtsperspektive aufzubauen. Das gilt auch für Geflüchtete, die sich als  
124 ehemalige unbegleitete minderjährige Geflüchtete in einer Schul- oder  
125 Berufsausbildung befinden oder bereits einen Arbeitsplatz haben.

126 Petitionsausschuss und Härtefallkommission des Landes sind darüber hinaus für  
127 viele Menschen oft die letzte Hoffnung hinsichtlich einer Bleibeperspektive. Wir  
128 setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung positiven Beschlüssen und Ersuchen von  
129 Petitionsausschuss und Härtefallkommission folgt.

130 Verbesserung der rechtlichen und soziale Situation für Menschen ohne Papiere

131 Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus gehören auch in Dortmund zur  
132 gesellschaftlichen Realität. Viele von ihnen sind abgelehnte Asylsuchende,  
133 ehemalige Geflüchtete, Studienabbrecher\*innen – Menschen, die ihr  
134 Aufenthaltsrecht verloren haben und trotzdem bleiben. Sie alle leben in  
135 ständiger Angst, aufgegriffen und abgeschoben zu werden. Sie sind nicht

136 krankenversichert, leben oft in überbelegten und unwürdigen Wohnungen und sehen  
137 sich Vermieter\*innen oftmals schutzlos ausgeliefert. Viele von ihnen arbeiten  
138 schwarz ohne aufenthalts- und arbeitsrechtliche Absicherung zu inakzeptablen  
139 Bedingungen und Löhnen. Unter den Menschen ohne Papiere befinden sich auch  
140 Kinder. Wir setzen uns dafür ein, die Situation der betroffenen Menschen zu  
141 verbessern und Wege aus der Illegalität in den gesicherten Aufenthalt zu  
142 schaffen.

143 Dortmund als „Sicherer Hafen“ für geflüchtete Menschen  
144 Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass Dortmund sich zum Sicherem Hafen für  
145 aus dem Mittelmeer gerettete Geflüchtete erklärt. Der Rat hat im Sommer 2019  
146 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Wir wollen erreichen, dass der Beschluss  
147 des Rates mit Leben gefüllt und durch die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten  
148 im Rahmen zukünftiger bundesweiter Aufnahmeproramme umgesetzt wird. Das betrifft  
149 zum Beispiel die zusätzliche Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen  
150 Geflüchteten aus südosteuropäischen Flüchtlingslagern oder auch die Beteiligung  
151 Dortmunds am Aufnahmeprogramm „NeSt – Neustart im Team“.

152 1.3 Förderung der politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe von  
153 Migrant\*innen und Menschen aus Einwandererfamilien

154  
155 Grün wählen für:

156 Förderung der Migrant\*innen-Selbstorganisationen  
157 Wir möchten die politische, soziale und kulturelle Teilhabe von Menschen aus  
158 Einwandererfamilien fördern. Wir wollen das Engagement von und für Migrant\*innen  
159 sichtbar machen. Migrant\*innen-Selbstorganisationen (MSO) sind dabei ein  
160 wichtiger Baustein – bei der Integration von Neuzugewanderten, aber auch von  
161 Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die schon lange hier leben. Sie  
162 unterstützen den interkulturellen Dialog, fördern den Zusammenhalt und nehmen  
163 eine Brückenfunktion zwischen zugewanderten Menschen und der  
164 Mehrheitsbevölkerung ein. Wir wollen die Arbeit der vorhandenen MSO weiter  
165 stärken und die Selbstorganisation und soziale Teilhabe neuer  
166 Zuwanderungsgruppen fördern. Das betrifft zum Beispiel Initiativen von  
167 geflüchteten Menschen oder von Zugewanderten aus Südosteuropa. Mit dem Haus der  
168 Vielfalt gibt es bereits ein Zentrum für Selbstorganisationen von Migrant\*innen.  
169 Wir setzen uns dafür ein, bei steigendem Bedarf zusätzliche Räumlichkeiten zu  
170 schaffen.

171 Stärkung des Integrationsrates  
172 Wir wollen den Integrationsrat als eine starke kommunale Interessenvertretung  
173 von Migrant\*innen stärken. Der Integrationsrat tritt für die kulturelle,  
174 soziale, rechtliche und politische Gleichstellung von Migrant\*innen ein und  
175 berät über viele Inhalte der Dortmunder Kommunalpolitik mit. Damit ist er eine  
176 wichtige Unterstützung für Entscheidungen der Ausschüsse und des Rates. Leider  
177 hat er nur eine beratende Funktion. Wir wollen seine Rolle in der Dortmunder  
178 Kommunalpolitik stärken und setzen uns für die Prüfung zusätzlicher Kompetenzen  
179 und Rechte ein.

180 Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für alle  
181 Migrantinnen und Migranten dürfen keine Bürger\*innen zweiter Klasse sein. Nach  
182 wie vor sind aber viele Eingewanderte, die nicht aus der EU kommen, von  
183 kommunaler Mitbestimmung ausgeschlossen. Viele von ihnen leben und arbeiten seit

184 Jahrzehnten in Dortmund, können aber bei der Wahl eines/einer  
185 Oberbürgermeister\*in sowie über die Zusammensetzung des Rates und der  
186 Bezirksvertretungen nicht mitbestimmen. Für uns ist eine gleichberechtigte  
187 Mitbestimmung eine Grundvoraussetzung für eine gelingende Integration. Deshalb  
188 treten wir ein für das kommunale Wahlrecht aller in Dortmund lebenden  
189 nichtdeutschen Einwohner\*innen und werden uns dafür auf Landes- und Bundesebenen  
190 stark machen.

191 1.4. Gerechte Teilhabe und soziale Sicherheit für alle

192

193 Grün wählen für:

194

195 Integrative Stadtentwicklung

196 Wir wollen eine auf Dauer angelegte soziale und ethnische Abgrenzung in unserer  
197 Stadt verhindern. Deshalb müssen Integration und Stadtentwicklung für uns Hand  
198 in Hand gehen. Wir setzen uns für eine ressortübergreifende Stadtentwicklung  
199 ein, die eine stadtweite Integration fördert und eine Armuts- oder ethnische  
200 Separierung in den Stadtbezirken verhindert.

201 Kultursensible Gesundheitsversorgung und Pflege

202 Soziale und kulturelle Angebote für Senior\*innen sollen immer auch auf die  
203 Bedarfe von älteren Migrant\*innen abgestimmt werden. Finanzielle Sicherheit im  
204 Alter, der Wunsch nach Teilhabe sowie eine kultursensible Gesundheitsversorgung  
205 und Pflege im Alter müssen insbesondere auch für ältere Migrant\*innen  
206 sichergestellt werden. Wir setzen uns für eine soziale Infrastruktur ein, die  
207 den verschiedenen Lebensbiografien gerecht wird.

208 Programm „Überlebenshilfe Zuwanderung Südosteuropa“

209 In den vergangenen Jahren sind viele Menschen aus Südosteuropa als EU-  
210 Bürger\*innen legal nach Dortmund gezogen. Fast 3.000 von ihnen arbeiten  
211 inzwischen sozialversicherungspflichtig oder als geringfügig Beschäftigte. Für  
212 viele der Zugewanderten gestaltet sich die Arbeitssuche und Arbeitsaufnahme nach  
213 wie vor schwierig. Die intensiven Bemühungen einer differenzierten und fachlich  
214 fundierten Beratung bei Arbeitssuche, -aufnahme und beruflicher Bildung sind  
215 deshalb verstärkt fortzusetzen.

216 Da viele der Eingewanderten weder einen Anspruch auf Sozialleistungen noch eine  
217 Krankenversicherung besitzen und größtenteils von integrierenden Hilfeleistungen  
218 ausgeschlossen sind, ist ein Teil von ihnen zunehmend von Armut und Verelendung  
219 betroffen oder bedroht, lebt in prekären Wohnverhältnissen oder ist obdachlos.

220 In dieser existenziellen und sozialen Notlage sehen insbesondere einige Frauen  
221 die Prostitution als einzigen Ausweg aus ihrer Perspektivlosigkeit. Das  
222 existierende Netz von Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten reicht absehbar  
223 nicht aus. Wir setzen uns deshalb für ein gesondertes städtisches Programm  
224 „Überlebenshilfe Zuwanderung Südosteuropa“ ein. Bestandteil eines solchen  
225 Programms muss insbesondere auch die medizinische Versorgung sein.

226 Die bestehenden Unterstützungsstrukturen sind personell aufzustocken, um  
227 Projekte zu begleiten, zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Zusätzlich halten  
228 wir die Einrichtung einer unabhängigen Stelle zur Akquise von Finanzmitteln zur  
229 Co-Finanzierung von Projekten und Programmen für notwendig. Damit sollen Lücken  
230 geschlossen werden, die durch das vorhandene Unterstützungsangebot noch nicht  
231 abgedeckt werden.

232 Anders als Geflüchtete haben EU-Zuwander\*innen keinen Rechtsanspruch auf die  
233 Teilnahme an Integrationskursen. Das erschwert eine schnellere Integration. Wir

234 wollen deshalb entsprechende Angebote schaffen. Wir unterstützen die Bemühungen,  
235 möglichst viele Menschen in die gesetzliche Regelversorgung der  
236 Krankenversicherung aufzunehmen. Zusätzlich braucht es ausreichende Angebote für  
237 Nichtkrankenversicherte. Die Angebote für Kinder in Kitas und Schulen  
238 insbesondere bei der Sprach- und Integrationsförderung sind weiter auszubauen.  
239 Wir setzen uns dafür ein, dauerhafte Wohnungslosigkeit von Eingewanderten von  
240 Beginn an zu verhindern. Im Rahmen einer Notunterbringung muss eine gemeinsame  
241 geschützte Unterbringung von Familien in Männer- und Frauenübernachtungsstellen  
242 möglich sein. Wir wollen das Projekt „Boarding-House“ entwickeln und umsetzen.  
243 Dort können aus einer Hand kurzzeitiges Wohnen und Sozialberatung und  
244 Vermittlung in Maßnahmen angeboten werden.

#### 245 1.5. Bildungsgerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft

246 Grün wählen für:

247 Aufstockung der Mittel für die kommunale Bildungsarbeit  
248 Deutschland ist längst zur Einwanderungsgesellschaft geworden. Und auch in  
249 Dortmund haben Zuwander\*innen, Migrant\*innen und Geflüchtete eine neue Heimat  
250 gefunden. Wir setzen uns dafür ein, ihnen persönliche und berufliche  
251 Perspektiven zu eröffnen und sie so in die Gesellschaft zu integrieren. Die  
252 Unterstützung bei Bildung und Qualifizierung ist dabei die wichtigste Aufgabe.  
253 Wir wollen die Mittel für kommunale Bildungsarbeit, insbesondere für die  
254 Unterstützung der Elternarbeit bei Migrant\*innen, aufstocken.

255 Passgenaue Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche  
256 Auch geflüchtete Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Bildung. Wir setzen  
257 uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in regulären Schulen und Klassen  
258 unterrichtet werden und durch passgenaue Unterstützungsangebote im Spracherwerb  
259 und darüber hinaus gefördert werden. Schon in der Kinderbetreuung können  
260 Grundsteine für ein gelingendes Ankommen in Dortmund gelegt werden. Dafür sind  
261 Betreuungsplätze für alle Kinder – unabhängig ihrer Herkunft – sicherzustellen.  
262 Dabei ist die Förderung von Mehrsprachigkeit und Herkunftssprachen ein wichtiger  
263 Baustein. Wir setzen uns für die Einführung eines bilingualen Zweigs  
264 mindestens in einer weiterführenden Schule in jedem Stadtbezirk ein. Wir setzen  
265 uns dafür ein, dass die Ausländerbehörde ihre Ermessensspielräume nutzt, um für  
266 junge Geflüchtete in Ausbildung ein Aufenthaltsrecht zu gewähren.

#### 267 2. Die Hälfte der Macht den Frauen: Geschlechtergerechtigkeit schaffen

268 Wir treten dafür ein, Zeit, Macht, Geld und Chancen zwischen Frauen und Männern  
269 gerecht zu teilen. Wir GRÜNE praktizieren das in unseren eigenen Strukturen mit  
270 quotierten Vorständen und Fraktionen von Beginn an. Die Hälfte der Macht den  
271 Frauen – das heißt auch Aufwertung der sozialen Berufe, mehr Frauen als  
272 Chef\*innen und eine gerechte Aufteilung der Sorgearbeit zwischen Frauen und  
273 Männern. An vielen Stellen unseres Programms finden sich dazu themenübergreifend  
274 Anmerkungen und Forderungen.  
275 Wir sagen zudem deutlich: Null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen! Gewalt gegen  
276 Frauen und Mädchen ist ein gleichbleibend großes gesellschaftliches Problem.  
277 Nach wie vor sind vor allem Frauen Opfer sexualisierter und häuslicher Gewalt.  
278 In diesem Zusammenhang ist das eigene Zuhause oft der gefährlichste Ort für sie.  
279 Wir wollen diese Gewalt entschieden bekämpfen.  
280 Männer, Frauen und Diverse haben unterschiedliche Lebensbedingungen, Ansprüche  
281 und Bedürfnisse. Wir wollen, dass die unterschiedlichen Perspektiven der

282 Menschen in allen Politikbereichen und innerhalb der Stadtverwaltung unter den  
283 Leitzielen von Gleichstellung und gleicher Teilhabe für alle Geschlechter  
284 wahrgenommen und berücksichtigt werden. Für uns ist die konsequente Anwendung  
285 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes selbstverständlich: Niemand darf wegen  
286 seines Geschlechts oder seiner sexuellen Identität diskriminiert werden.

## 287 2.1. Gerechte Teilhabe im Erwerbsleben

288 Grün wählen für:

### 289 Mehr Frauen in Führungspositionen

290 Wir sind überzeugt, dass unsere Gesellschaft die Perspektiven und Lebens- und  
291 Berufserfahrungen von Frauen braucht. Die Stadt Dortmund ist Arbeitgeberin: In  
292 ihrer Verwaltung und in den Betrieben mit städtischer Beteiligung arbeiten viele  
293 Frauen; in einigen Arbeitsbereichen überwiegt ihr Anteil. Aber in  
294 Führungspositionen sind sie noch immer erheblich unterrepräsentiert. Wir wollen  
295 Frauen ermutigen und unterstützen, sich auf Führungspositionen zu bewerben. Dies  
296 geschieht z. B. durch Mentoring-Programme und Vernetzung. Wir wollen, dass die  
297 Stadt hierzu spezifische Angebote für Frauen bereitstellt. In Kooperation mit  
298 dem Gleichstellungsbüro sollen zudem mehr Programme gegen geschlechterstereotype  
299 Berufswahl aufgelegt werden.

300 Umsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“  
301 Seit Jahrzehnten verdienen Frauen im Durchschnitt 20 % weniger als Männer: 2019  
302 erhielten Frauen 17,72 brutto Stunde, Männer dagegen 22,16 €. Die wesentlichste  
303 Ursache für diesen „Gender Pay Gap“ liegt darin, dass Frauen häufiger in Berufen  
304 und Branchen arbeiten, die geringer bezahlt werden; das hat v.a. mit der  
305 Bewertung von Arbeit zu tun. Diese ist nach wie vor von einer Geringschätzung  
306 von Berufen geprägt. Vor allem frauendominierte Berufe in personennahen sozialen  
307 Dienstleistungen (Pflege, Erziehung, Betreuung, Soziale Arbeit, Beratung) werden  
308 nicht ihren Anforderungen entsprechend gerecht bewertet und damit auch nicht  
309 gerecht bezahlt. Weiter erhalten Frauen nach einer Berufsunterbrechung wegen  
310 Erziehungs- bzw. Pflegearbeit ein geringeres Entgelt. Frauen sind seltener in  
311 Führungspositionen; aber auch die Frauen in den Chefetagen werden oft geringer  
312 bezahlt als ihre männlichen Kollegen.

313 Der Equal Pay Day ist der internationale Aktionstag, um auf den „Gender Pay Gap“  
314 aufmerksam zu machen. In Deutschland markiert der Aktionstag symbolisch den Tag,  
315 bis zu dem Frauen ohne Lohn arbeiten. Wir unterstützen die Aktionen zum Equal  
316 Pay Day in Dortmund. Auf Bundesebene fordern wir ein effektives  
317 Entgeltgleichheitsgesetz.

### 318 Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

319 Wir wollen Rahmenbedingungen verändern, damit Beruf und Familie besser vereinbar  
320 sind, insbesondere auch für alleinerziehende Frauen. Dazu gehört maßgeblich der  
321 weitere und vermehrte Ausbau qualitativ guter Ganztags-Kitas und Ganztags-  
322 Schulen. Eine gute, zeitlich flexible und verlässliche Betreuung und Bildung von  
323 Kindern schafft Freiraum für berufliche Ansprüche. Wir setzen uns dafür ein, die  
324 Anzahl der Plätze insbesondere für unter dreijährige Kinder sowie in der Offenen  
325 Ganztagschule so auszubauen, dass jedes Kind bei Bedarf einen entsprechenden  
326 Platz erhält.

## 327 2.2 Gegen Gewalt gegen Frauen

328 Grün wählen für:



329 Unterstützung der Arbeit des Dortmunder Frauenhauses  
330 Gewalt gegen Frauen bleibt ein alarmierendes gesellschaftliches Problem.  
331 Bundesweit haben im Jahr 2018 über 140.000 Frauen Gewalt durch ihre Partner und  
332 Ex-Partner zur Anzeige gebracht. Gleichzeitig gibt es für betroffene Frauen  
333 nicht ausreichend Plätze in Frauenhäusern, um ihnen und ihren Kindern Schutz,  
334 Unterkunft und Beratung zu gewährleisten. Es gibt weder einen Rechtsanspruch auf  
335 Schutz und Hilfe noch eine bundeseinheitliche Regelung zur Finanzierung. Die  
336 Frauenhäuser und Beratungsstellen sind noch immer auf freiwillige Leistungen des  
337 Landes und der Kommune angewiesen, was jegliche Planung erschwert. Auf  
338 Bundesebene wollen wir GRÜNE deshalb einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe  
339 bei Gewalt gesetzlich verankern, um die Finanzierung und die Arbeit der  
340 Frauenhäuser dauerhaft zu sichern.

341 Das Dortmunder Frauenhaus verfügt zurzeit über 32 Plätze: 16 für Frauen und 16  
342 für Kinder. Die Finanzierung erfolgt durch Mittel des Landes, mit Spenden sowie  
343 mit jährlichen Zuwendungen der Stadt. Auf GRÜNEN Antrag sind zusätzlich 40.000  
344 Euro zur Verfügung gestellt worden, um die Besetzung der Pforte zumindest bis 23  
345 Uhr und an den Wochenenden zu gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, die  
346 städtischen Gelder bei Bedarf weiter zu erhöhen und verbindlich zu verstetigen.  
347 Sollte der Bedarf an Plätzen steigen, muss eine Erweiterung der Angebote geprüft  
348 werden. Außerdem ist sicherzustellen, dass die Aufnahme von Frauen mit  
349 Behinderungen gewährleistet werden kann. Dazu ist zu prüfen, ob Gelder aus dem  
350 Investitionsprogramm des Bundes für einen Umbau des Frauenhauses beantragt  
351 werden können.

352 Neben der Unterbringung der Frauen ist eine entsprechende Beratung zur weiteren  
353 Planung wichtig. Dafür braucht es teilweise auch mehrsprachige  
354 Beratungsangebote. Wir setzen uns dafür ein, diese Angebote auszubauen und zu  
355 finanzieren. Eine professionelle psychosoziale Beratung braucht Kommunikation in  
356 der Muttersprache. Deshalb sind Fachkräfte mit vielfältigen Sprachkenntnissen  
357 notwendig. Wir setzen uns dafür ein, die Finanzierung und Fortbildung von  
358 Honorarkräften und Dolmetscherinnen zu sichern, um nicht deutschsprachige  
359 Bewohnerinnen angemessen zu unterstützen.

360 Wir unterstützen Initiativen einer konzeptionellen Weiterentwicklung des  
361 Frauenhauses. Das betrifft insbesondere die Unterbringung in sicheren Wohnungen  
362 nach der Zeit im Frauenhaus mit intensiver Begleitung und Beratung, um den  
363 Übergang in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Dabei muss der Schutz der  
364 Frauen, Kinder und Mitarbeiterinnen gewährleistet sein.

365 Viele Frauen bringen ihre Kinder mit ins Frauenhaus. Wir setzen uns dafür ein,  
366 dass Angebote, die den Kindern dort gemacht werden, durch die Jugendhilfe  
367 passgenau und längerfristig auch nach dem Aufenthalt im Frauenhaus fortgesetzt  
368 werden. Jungen können nur dann mit ihren Müttern im Frauenhaus aufgenommen  
369 werden, wenn sie maximal 14 Jahre alt sind. Hier braucht es Lösungen für Frauen  
370 mit älteren Kindern.

371 Intensivierung der Arbeit mit Tätern häuslicher Gewalt  
372 Das Projekt „Echte Männer reden“ des SKM berät Männer, die gegenüber ihren  
373 Partnerinnen gewalttätig geworden sind. Dabei können Männer lernen, die  
374 Hintergründe ihrer Krise zu verstehen, Verantwortung zu übernehmen und ihr  
375 Verhalten zu verändern. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeit des Projektes  
376 zum Schutz von Frauen intensiviert wird. Polizei und Staatsanwaltschaft sollen  
377 bei Einsätzen und Ermittlungen gegen gewalttätige Männer über dieses Projekt  
378 informieren.

### 379 2.3 Sicherer und sozialer Wohnraum für Frauen

380 Grün wählen für:

#### 381 Gendersensible Stadtplanung

382 Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Vielfalt unserer Stadt auch in der  
383 Gestaltung unserer Quartiere und Stadtteile widerspiegelt. Stadtplanung und  
384 Stadtentwicklung müssen ebenfalls ihren Beitrag zu Chancengleichheit und  
385 Geschlechtergerechtigkeit leisten und die Interessen aller Bürger\*innen adäquat  
386 berücksichtigen.

#### 387 Förderung von Frauen-Wohnprojekten

388 Wohnen wird auch in Dortmund immer teurer. Dabei ist gerade für Frauen  
389 preiswerter Wohnraum von besonderer Bedeutung. Sie sind häufiger alleinerziehend  
390 oder von Altersarmut betroffen als Männer. Und deshalb sind sie und ihre Kinder  
391 besonders auf günstige Wohnungen angewiesen. Wir setzen uns dafür ein, dass  
392 gezielt Wohnprojekte für Frauen gefördert und unterstützt werden.

#### 393 Unterstützung wohnungsloser Frauen

394 Frauen ohne Unterkunft und ohne finanzielle Mittel können in der neuen  
395 Frauenübernachtungsstelle der Diakonie in Hörde jederzeit eine Unterkunft  
396 finden. Die dabei vorgenommene Ausweitung der Plätze ist die Antwort auf den  
397 steigenden Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten. Der Aufenthalt ist allerdings  
398 auf ein halbes Jahr begrenzt. Wir unterstützen alle Ansätze, um ausreichend  
399 Wohnraum nach dem Aufenthalt in der Frauenübernachtungsstelle zur Verfügung  
400 stellen zu können

### 401 3. LSBTTIQ-Menschen: Verschiedenheit leben und anerkennen

402 Dortmund ist eine offene Stadt mit einer bunten Stadtgesellschaft. Dazu gehört  
403 die Anerkennung jeder sexuellen Identität und sexuellen Orientierung. Wir wollen  
404 Diskriminierungen in allen Bereichen verhindern und bestehende Diskriminierungen  
405 beseitigen. Geschlechtliche Vielfalt kann gelebt werden; lesbische, schwule,  
406 bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen  
407 (LSBTTIQ) gehören zu unserer vielfältigen Stadt. Wir stehen für eine (Stadt-  
408 )Gesellschaft, in der alle Menschen ohne Angst verschieden sein und ihre  
409 Verschiedenheit selbstbewusst und selbstbestimmt leben können.

#### 410 3.1 Stärkung der LSBTTIQ-Organisationen und Initiativen

411 Grün wählen für:

#### 412 Unterstützung von SLADO und Sunrise

413 Ob SLADO als Dachverband der zahlreichen Dortmunder Schwulen-, Lesben-,  
414 Bisexuellen- und Transidentenvereine und -initiativen, ob das KCR als Lesben-  
415 und Schwulenzentrum, ob der Gesundheitsladen Pudelwohl oder die Jugendbildungs-  
416 und Beratungseinrichtung Sunrise – die Dortmunder LSBTTIQ-Landschaft ist  
417 vielfältig. Für uns ist jede einzelne Gruppierung und Organisation eine  
418 Bereicherung der Stadtgesellschaft. Mit SLADO gibt es eine starke Stimme, die  
419 die Interessen bündelt und vertritt. Wir setzen uns dafür, die Arbeit der  
420 Initiativen zu fördern und zu unterstützen. Das gilt insbesondere für  
421 Beratungsangebote für Jugendliche.  
422 Die Jugendbildungs- und Beratungseinrichtung Sunrise im Fritz-Henßler-Haus  
423 bietet queeren Jugendlichen und junge Erwachsenen einen Schutzraum, in dem sie  
424 offen mit Gleichaltrigen über ihre Erfahrungen sprechen können. Zusätzlich gibt

425 es Angebote für Angehörige sowie pädagogische Kräfte. Wir unterstützen die  
426 weitere Förderung von Sunrise durch das Jugendamt.

427 Förderung des Antidiskriminierungsprojekts SCHLAU  
428 Das von SLADO durchgeführte SCHLAU-Projekt ist ein Antidiskriminierungsprojekt,  
429 bei dem es um sexuelle und geschlechtliche Vielfalt von Jugendlichen geht. Das  
430 Projekt läuft an Schulen und in Jugendzentren. Die jeweiligen Workshops vor Ort  
431 werden von Ehrenamtlichen durchgeführt. Um die vielen Anfragen und die Anzahl  
432 der durchgeführten Workshops bewältigen zu können, reichen die vorhandenen  
433 Strukturen nicht mehr aus. Auf Antrag der GRÜNEN Ratsfraktion hat der Rat  
434 beschlossen, das SCHLAU-Projekt für die Jahre 2020 und 2021 mit jeweils 70.000  
435 Euro zu bezuschussen. Wir setzen uns dafür ein, diese Förderung auch darüber  
436 hinaus zu verstetigen.

437 Feiern des Christopher Street Day  
438 Bei den Aktionen und Demonstrationen zum Christopher Street Day machen auch in  
439 Dortmund tausende Menschen selbstbewusst sexuelle Vielfalt und ihre Forderungen  
440 sichtbar. Wir GRÜNE werden die Aktionen zum CSD sowie zum Trans\*CSD weiterhin  
441 unterstützen.

442 3.2 Förderung eines gleichberechtigten Miteinanders

443 Grün wählen für:

444 Weiterentwicklung „Runder Tisch“ und „Koordinierungsstelle für Lesben, Schwule  
445 und Transidente“

446 Seit vielen Jahren gibt es in Dortmund sowohl einen Runden Tisch zur Förderung  
447 der Emanzipation und Akzeptanz von Lesben, Schwulen und Transidenten als auch  
448 eine städtische Koordinierungsstelle. Sie kümmert sich um die Belange von  
449 LSBTTIQ-Beschäftigten in der Verwaltung und ist das Bindeglied zwischen  
450 Verwaltung und der Community. Wir setzen uns dafür ein, den Runden Tisch und die  
451 Koordinierungsstelle auch in den kommenden Jahren fortzuführen und  
452 weiterzuentwickeln.

453 Erarbeitung eines Aktionsplans zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher  
454 Vielfalt

455 Viele lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle  
456 und queere Menschen erleben Diskriminierungen aufgrund ihrer sexuellen  
457 Orientierung bis hin zu körperlichen Angriffen. Wir setzen uns deshalb dafür  
458 ein, dass die Stadt einen Aktionsplan zur Akzeptanz sexueller und  
459 geschlechtlicher Vielfalt erarbeitet. Der Aktionsplan soll ein kommunales  
460 Handlungskonzept gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung von Lesben, Schwulen,  
461 Bissexuellen, Transsexuellen, Transgender, intersexuellen und queeren Menschen  
462 sein. Ziel ist es, sowohl die gesellschaftliche Akzeptanz als auch die Chance  
463 auf eine diskriminierungsfreie Teilhabe zu fördern.

464 Austausch mit Partnerstädten

465 Auch in den Dortmunder Partnerstädten gibt es Szenen lesbischer, schwuler,  
466 bisexueller, transsexueller, transgender, intersexueller und queerer Menschen,  
467 die auch aufgrund des jeweiligen kulturellen Hintergrunds Diskriminierungen  
468 erleben. Wir regen an, dass unter Beteiligung von SLADO ein internationaler  
469 Austausch mit LSBTTIQ-Aktivist\*innen initiiert und gefördert wird – auch um die  
470 politische Teilhabe und Akzeptanz in den Partnerstädten zu verbessern.

471 „Lebensort Vielfalt“ in Senioren\*innenheimen

472 Mit dem Wohn- und Begegnungszentrum Zehnthof der Städtischen Seniorenheime gibt  
473 es das erste Dortmunder Seniorenheim, das besonders gute Voraussetzungen für  
474 lesbische, schwule, bisexuelle oder transgender Bewohner\*innen schafft. Es ist  
475 sogar das erste dieser Art in NRW und hat das Qualitätssiegel "Lebensort  
476 Vielfalt" der Schwulenberatung Berlin verliehen bekommen. Das Siegel erhalten  
477 Einrichtungen, die besonders gute Voraussetzungen für sexuelle und  
478 geschlechtliche Minderheiten schaffen und die sexuelle und geschlechtliche  
479 Vielfalt ihrer Bewohner\*innen als wesentlichen Aspekt ihrer Persönlichkeit  
480 berücksichtigen. Wir setzen uns dafür ein, weitere Einrichtungen für  
481 Senior\*innen zum „Lebensort Vielfalt“ zu machen.

482 Unterstützung für Geflüchtete

483 Auch unter den in den letzten Jahren nach Dortmund Geflüchteten gibt es  
484 lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und  
485 queere Menschen. Zum Teil mussten sie gerade wegen ihrer sexuellen Orientierung  
486 fliehen. Sie sind aufgrund ihrer Herkunft oft mehrfacher Diskriminierung  
487 ausgesetzt, Wir setzen uns für zusätzliche Unterstützungsangebote ein.

488 4. Teilhabe und Teilnahme für alle: Inklusion umsetzen

489 Die Teilhabe aller Menschen am Leben in der Gesellschaft steht für uns GRÜNE im  
490 Mittelpunkt unseres politischen Handelns. Inklusion ist ein Menschenrecht, das  
491 vielen Menschen noch viel zu häufig verwehrt wird. Nach der UN-  
492 Behindertenrechtskonvention wird Behinderung als individuelle Beeinträchtigung  
493 gesehen, die erst durch psycho-soziale Faktoren und gesellschaftliche wie  
494 räumliche Barrieren zur Behinderung wird. Dies erleben Menschen mit Handicaps  
495 täglich, wenn Fahrstühle auf den Bahnhöfen fehlen, wenn die realen Kosten für  
496 Gebärdensprachdolmetscher\*innen nicht übernommen werden oder die Kita bzw.  
497 Schule nicht barrierefrei ist. Wir setzen uns für einen barrierefreien  
498 öffentlichen Raum ein, in dem Gebäude, Medien, Produkte, Dienstleistungen und  
499 Veranstaltungen besser zugänglich und nutzbar sind. Und trotz aller Fortschritte  
500 und Bemühungen: Auch Dortmund befindet sich noch am Beginn der Entwicklung zu  
501 einer inklusiven Stadt.

502 Deshalb wollen wir GRÜNE Inklusionsbedarfe in allen Politikbereichen von Beginn  
503 an mitdenken und mitplanen. Wichtige Unterstützer\*innen sind dabei das  
504 Behindertenpolitische Netzwerk und der Inklusionsbeirat. Ihre Expertise wollen  
505 wir noch besser in die Arbeit des Rates und der Bezirksvertretungen sowie der  
506 Verwaltung einbinden.

507 Grün wählen für:

508 Inklusion im Arbeitsmarkt

509 Ein wichtiger Aspekt sozialer Teilhabe ist die Inklusion im Arbeitsmarkt. Ideal  
510 wäre ein inklusiver erster Arbeitsmarkt, so dass keine Werkstätten für Menschen  
511 mit Beeinträchtigung und kein sozialer Arbeitsmarkt benötigt werden. Wir wollen  
512 Impulse setzen für einen inklusiven Arbeitsmarkt, der auch Menschen mit schweren  
513 gesundheitlichen Beeinträchtigungen Chancen ermöglicht. Den Aufbau eines  
514 inklusiven Arbeitsmarktes, die weitere Gründung von Integrationsbetrieben oder  
515 Integrationsabteilungen begrüßen und unterstützen wir.

516 Gewährleistung der Mobilität

517 Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am Leben in der  
518 Gemeinschaft. Wir GRÜNE haben in der Vergangenheit mehrfach die Einführung eines

519 Begleitservice bei Fahrten mit Bussen und Bahnen in die politische Diskussion  
520 gebracht. Ein solcher Service richtet sich an Fahrgäste, die einen Rollstuhl,  
521 Rollator oder eine Gehhilfe nutzen, an seheingeschränkte, blinde oder gehörlose  
522 Menschen sowie an Fahrgäste, die sich bei der Nutzung von öffentlichen  
523 Verkehrsmitteln unsicher fühlen. Wir werden uns weiterhin für ein solches  
524 Angebot zur Sicherstellung der Mobilität vieler Menschen in Dortmund einsetzen.  
525 Ebenso werden wir uns weiterhin für einen gut funktionierenden Fahrdienst für  
526 Menschen mit Behinderung einsetzen. Das Angebot des Fahrdienstes muss die  
527 Teilhabe von Menschen mit besonders schweren Mobilitätseinschränkungen  
528 sicherstellen. Wir haben uns bei der Neukonzeptionierung des  
529 Behindertenfahrdienstes an der Seite des Behindertenpolitischen Netzwerks gegen  
530 eine gleichzeitige Kürzung der Mittel eingesetzt. Ob der geänderte Fahrdienst  
531 den gestiegenen und weiter steigenden Ansprüchen gerecht wird, werden wir  
532 kritisch beobachten und bei Bedarf gegensteuern.

#### 533 Ausbau öffentlicher Toiletten

534 Gerade für Menschen mit Beeinträchtigung sind ausreichende, barrierefreie und  
535 qualitativ gute öffentliche Toiletten von großer Bedeutung. Ansonsten sind ihre  
536 Mobilität und ihre gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben  
537 eingeschränkt. Die vorhandene Anzahl öffentlicher Toiletten mit jeweils einer  
538 pro Stadtbezirk reicht nicht aus. Wir setzen uns für ein Konzept zum Ausbau  
539 öffentlicher Toiletten sowie für die stadtweite Umsetzung des Projekts „Nette  
540 Toilette“ ein.

#### 541 Inklusive städtische Veranstaltungen

542 Wir setzen uns dafür ein, dass städtische Veranstaltungen grundsätzlich inklusiv  
543 sind. Städtische Räumlichkeiten müssen mit induktiven Höranlagen ausgestattet  
544 bzw. nachgerüstet werden, damit hörgeschädigte Menschen problemlos teilnehmen  
545 können. Und auch die Anwesenheit von Gebärdendolmetscher\*innen muss bei Bedarf  
546 gewährleistet sein.

#### 547 Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderung

548 Familien mit Migrationshintergrund und behinderten Angehörigen haben in der  
549 Regel eine doppelte Herausforderung zu bewältigen und oft einen unzureichenden  
550 Zugang zu Hilfesystemen. Der Beratungs- und Unterstützungsbedarf ist groß und  
551 steigt. Wir unterstützen deshalb die Beratungs- und Kontaktstelle für Menschen  
552 mit Migrationshintergrund und Behinderung als erste Anlaufstelle für  
553 Begegnungen, Information und Hilfestellungen.

#### 554 5. Freie und offene Stadtgesellschaft: Kunst und Kultur stärken

555 Kunst und Kultur prägen nachhaltig das Gesicht und das Image einer Stadt.

556 Kulturpolitik bedeutet für uns GRÜNE in erster Hinsicht die Sicherung der  
557 kulturellen Infrastruktur und Vielfalt in den Stadtteilen für alle Bürger\*innen.  
558 Dabei müssen insbesondere die besonderen Herausforderungen der Inklusion und  
559 Integration berücksichtigt werden. Gerade in Zeiten zunehmender  
560 rechtsextremistischer Tendenzen und neuer populistischer Bewegungen steht Kultur  
561 für eine Auseinandersetzung um Werte, Haltungen und Einstellungen in unserer  
562 Stadt. Kultur tritt sichtbar für eine offene Gesellschaft ein.  
563 Sie braucht deshalb Freiräume, um Werte- und Grundsatzfragen jenseits  
564 ökonomischer und ideologischer Zwänge behandeln zu können. Der Zugang zu Kultur  
565 und kultureller Bildung darf weder vom Geldbeutel abhängen noch vom Wohnort.  
566 Kultur ist ein Gemeinschaftsgut, dessen Infrastruktur zu großen Teilen

567 öffentlich finanziert wird – und das muss so bleiben.

568 In Dortmund existiert eine bunte Landschaft aus etablierten Kultureinrichtungen.

569 Neben der sog. Hochkultur gibt es eine starke freie Kulturszene sowie

570 vielfältige sozio- und interkulturellen Einrichtungen. Es ist unser Ziel, diese

571 Angebote zu erhalten und Zusammenarbeit zu fördern. Gerade die nicht

572 institutionalisierte Kunst- und Kulturszene liegt uns GRÜNEN am Herzen.

573 Grün wählen für:

574 Gewährleistung kultureller Teilhabe

575 Bei der Programmgestaltung der städtischen Kultureinrichtungen ist stärker

576 darauf zu achten, dass die Einrichtungen vermehrt für Menschen mit

577 Migrationshintergrund geöffnet und sie damit als Besucher\*innen gewonnen werden.

578 Das kann z. B. durch mehrsprachige Veranstaltungskalender, zweisprachige

579 Lesungen, Puppenspiele usw. geschehen.

580 Um eine uneingeschränkte Nutzung der Dortmunder Kultureinrichtungen auch für

581 Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen, halten wir ein umfassendes Konzept

582 zur Barrierefreiheit für erforderlich.

583 Kultur soll in allen Stadtteilen stattfinden und sich nicht auf die Innenstadt

584 beschränken. Gemeinnützige Vereine sorgen dafür, dass kulturelle Teilhabe nicht

585 an ein gewisses Einkommen gebunden ist. Orte wie das Kulturhaus Lütgendortmund,

586 Balou, Musik- und Kulturzentrum Güntherstraße und viele weitere leisten einen

587 wertvollen Beitrag zur Stadtgesellschaft. Wir wollen diese Vereine unterstützen

588 und insbesondere bestehende und neue Vereine bei der Suche nach Räumlichkeiten

589 unterstützen.

590 Wir wollen soziokulturelle Zentren strukturell besser fördern, da gerade sie das

591 Prinzip „Kultur für alle“ umsetzen und die Teilhabe vieler ermöglichen.

592 Und wir machen uns stark für die Einführung eines „Kombitickets Kultur“, das

593 eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV zu den Veranstaltungen aller Dortmunder

594 Kultureinrichtungen ermöglicht.

595 Stärkung der freien Kulturszene

596 Wir GRÜNE werden uns auch in Zukunft für eine einfallsreiche, vielfältige und

597 zeitgemäße Ausrichtung der Dortmunder Kulturszene einsetzen. Zu einer

598 städtischen Kultur in einer Stadt unserer Größenordnung gehören neben einer

599 lebendigen Kunstszene mit Ausstellungs-, Konzert-, Atelier- und

600 Veranstaltungsräumen auch Feste, Gastronomie sowie eine Club- und

601 Kneipenlandschaft.

602 Wir GRÜNE werden weiterhin darauf achten, dass Nischen für Kultur gefunden und

603 verteidigt werden können. Zwischennutzungen wollen wir ausdrücklich fördern,

604 auch gemeinsam mit Gesellschaften, an denen die Stadt Dortmund beteiligt ist.

605 Wir unterstützen die temporäre Nutzung des öffentlichen Raums für Kulturvents.

606 Erhalt der Kinder- und Jugendangebote

607 Angebote wie die Kunstkurse des Museums Ostwall oder anderer Museen für Kinder

608 und Jugendliche oder das Kindermuseum mondo mio ermöglichen interkulturelle

609 Entdeckungsreisen und bieten bereits Kindern einen wichtigen Beitrag zum

610 besseren Verständnis unterschiedlicher Kulturen. Wir wollen diese Angebote

611 unterstützen und für die Zukunft sichern.

612 Auch die Familienkonzerte, Konzerte für junge Leute und die Sitzkissenkonzerte

613 der Dortmunder Philharmoniker sowie die Familienkonzerte des Domizils wollen wir

614 erhalten und fördern.

615 Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen  
616 Wir wollen die Zusammenarbeit der freien Szene, der Kulturvereinen und der  
617 Bildungseinrichtungen stärken und ausbauen, um kreative Freiräume für  
618 gestalterische Mitbestimmung zu schaffen.  
619 Eine Wirkung der Kulturhauptstadt Ruhr.2010 ist die Kooperation von Kunstmuseen  
620 und öffentlich getragenen Bühnen im Ruhrgebiet und die Einführung einer  
621 RuhrKultur.Card. Die Kooperationen sind Teil der regionalen Kulturplanung  
622 vonseiten des RVR und der Kultur Ruhr GmbH. Diese Form der Zusammenarbeit von  
623 Kulturträger\*innen in der Region unterstützen wir und setzen uns für eine  
624 Ausweitung auch auf andere Kulturbereiche ein.

625 Förderung des Zugangs zu Museen  
626 Die städtischen Museen sind Orte der Erinnerung, des öffentlichen Stadtraums und  
627 zugleich außerschulische Bildungseinrichtungen. Der Eintritt in die meisten  
628 Museen ist mittlerweile kostenlos. Das soll auch so bleiben. Wir GRÜNE setzen  
629 uns für eine stärkere ganzjährige Vernetzung der musealen Einrichtungen und  
630 ihrer Angebote sowie für eine breitere gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit ein.  
631 Lernen beinhaltet in allen Altersstufen auch kulturelles Lernen. Vor diesem  
632 Hintergrund ist die Zusammenarbeit von Museen und Schulen, aber auch  
633 Bildungseinrichtungen für Erwachsene zu intensivieren.

634 Erhalt der Bibliotheken und Büchereien  
635 Büchereien und Bibliotheken sind wichtig für die Leseförderung und tragen dazu  
636 bei, dass Menschen mit unterschiedlichem Bildungshintergrund und Einkommen  
637 Zugang zu einem breiten Literaturangebot haben. Neben der Stadt- und  
638 Landesbibliothek in der Innenstadt gehören auch wohnortnahe Ausleihstellen in  
639 den Stadtteilen dazu. In Dortmund gibt es zudem in den Hochschulbibliotheken ein  
640 gutes Angebot für den Zugang zu wissenschaftlicher Literatur. Deshalb setzen wir  
641 uns für eine zunehmende Kooperation der Stadt- und Landesbibliothek mit den  
642 Hochschulbibliotheken ein.  
643 Wir wollen, dass sich die Bibliotheken auch hinsichtlich des sich ändernden  
644 Nutzerverhaltens und der Möglichkeiten der Digitalisierung weiterentwickeln,  
645 damit sie dem Auftrag der Bildungsgrundversorgung weiterhin gerecht werden  
646 können.

647 Mehr Freiheit für eine lebendige Nachtkultur  
648 Dortmund ist eine der wenigen Städte, die noch an der Sperrstunde festhalten.  
649 Dabei gibt es auch hier immer mehr Clubs, Labels und öffentliche  
650 Kulturinstitutionen, die experimentelle Formate umsetzen und das urbane Leben  
651 prägen. Mit der derzeit gültigen strikten zeitlichen Regelung durch die  
652 Sperrstunde, wird diese Entwicklung immer wieder begrenzt. Dabei dient die  
653 Sperrstunde nicht dem Lärmschutz, denn die im Umweltrecht verankerten  
654 Schallemissionsgrenzen müssen die Clubs ohnehin grundsätzlich einhalten. Wir  
655 wollen, dass sich in Dortmund eine kreative, vielfältige und lebendige (Nacht-  
656 )Kultur mit jungen Angeboten entwickelt. Die Abschaffung der Sperrstunde gehört  
657 für uns zwingend dazu.

658 Erhalt und Förderung der Erinnerungskultur  
659 In Dortmund gibt es eine lebendige und vielfältige Arbeit gegen Rechts. Dazu  
660 gehört auch, das Andenken an die Opfer rechtsextremer Gewalttaten und  
661 Naziverbrechen lebendig zu halten. Vorbildliche Beispiele hierfür sind die  
662 Stolpersteine und insbesondere die Arbeit der Gedenkstätte Steinwache. Die  
663 Steinwache als ehemaliges Gefängnis der Gestapo oder das Mahnmal für

664 Zwangsarbeiter am Phoenix-See sind Orte in Dortmund, die noch heute die  
665 Naziverbrechen nachvollziehbar machen.  
666 Diese Projekte sind wichtiger denn je, erschüttern doch auch heute wieder  
667 rechtsextreme Verbrechen unsere Gesellschaft. Die Einrichtung eines „Mehmet-  
668 Kubasik-Platzes“ in der Nordstadt dient der dauerhaften und mahnenden Erinnerung  
669 an heutige Taten mit nationalsozialistischem Hintergrund (s. auch Kapitel  
670 Rechtsextremismus). Wir GRÜNE treten dafür ein, weitere Projekte der  
671 Erinnerungskultur zu fördern.

## 672 6. Zusammenleben in Bewegung: Sport verbindet

673 Sport und Bewegung sind wichtige Aspekte unseres gesellschaftlichen  
674 Zusammenlebens und Ausdruck einer lebendigen und bunten Gesellschaft.  
675 Schwimmbäder, Turnhallen, Bolzplätze und andere Sportstätten gehören zur  
676 kommunalen Daseinsfürsorge. Die Sportförderung wird in Deutschland zu 80 Prozent  
677 von den Kommunen getragen. Um die Bewegungsinfrastruktur vor Ort zukunftsfähig  
678 gestalten zu können, brauchen die Kommunen mehr Unterstützung von Bund und Land.  
679 Denn die Sportentwicklung steht vor vielfältigen Herausforderungen wie ein  
680 verändertes Sportverhalten, schulpolitische Entwicklungen, demografischer  
681 Wandel, Inklusion und ein spürbarer Sanierungsstau bei der  
682 Sportstätteninfrastruktur.  
683 Mit einem „Masterplan Sport“ will die Stadt sich auf diese neuen Gegebenheiten  
684 einstellen. In diesen Prozess wollen wir unsere Vorstellungen für den Sport  
685 einbringen.  
686 Wir Grüne setzen uns ein für mehr Sport und Bewegung – im Verein, als  
687 Leistungssport oder selbstorganisiert. Wir setzen auf soziale Dimensionen des  
688 Sports wie Inklusion von Menschen mit Behinderung, Integration der zugewanderten  
689 Menschen und das gemeinsame Miteinander von Generationen und unterschiedlichen  
690 Milieus.  
691 Vielfalt im Sport ist uns wichtig: Deswegen muss der Sport auf allen Ebenen  
692 nachhaltig gefördert werden. Er braucht neben intakten Sportstätten auch eine  
693 sport- und bewegungsfreundliche Verkehrs- und Stadtpolitik sowie den Ausbau des  
694 bürgerschaftlichen Engagements. Sporthallen sind nicht der einzige Ort, an dem  
695 man Sport treiben kann. Wir wollen die Spiel- und Bewegungsbedürfnisse von  
696 Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen – das ist auch auf (Spiel-  
697 )Straßen und Plätzen möglich.

## 698 Grün wählen für:

### 699 Förderung des Breitensports

700 Aktiver Sport ist nicht an Vereine gebunden. Zu 59 Prozent wird der weitaus  
701 größte Teil sportlicher Aktivität in Dortmund privat organisiert. Deshalb wollen  
702 wir die Möglichkeiten der vielen nichtorganisierten Freizeitsportler\*innen  
703 verbessern. Angebote für den Breitensport müssen ein gleichberechtigter  
704 Bestandteil im „Masterplan Sport“ und der generellen Stadtentwicklung werden.  
705 Wir treten deshalb dafür ein, mehr Freiflächen kostenlos für Sport, Spiel und  
706 Freizeit zur Verfügung zu stellen.  
707 Sporthallen und -stätten müssen auch für nichtvereinsgebundene Aktivitäten  
708 möglich sein. Wir wollen ein Konzept, das eine weitestgehende Zugänglichkeit  
709 unserer Sportanlagen für jedermann sichert.

### 710 Sanierung und Ausbau der Sportstätten

711 Wir werden uns weiterhin für intakte und attraktive Sportanlagen stark machen.



712 Dies wollen wir vor allem durch die Sanierung bestehender Sporthallen und -  
713 plätze erreichen. Wir wollen, dass Sportanlagen zukünftig multifunktional  
714 nutzbar sind: sowohl für unterschiedliche Sportarten als auch für verschiedene  
715 Generationen,. Die vom Land im Rahmen des Sanierungsprogramms „Gute-Sportstätte-  
716 2022“ eingebrachten 300 Millionen Euro Fördergelder für ganz NRW reichen dafür  
717 nicht aus. Auf Landesebene machen wir uns dafür stark, dass Schule und Sport  
718 nicht um ohnehin geringe Finanzmittel streiten müssen. Die Sportpauschale und  
719 die Schulpauschale müssen im Gemeindefinanzierungsgesetz wieder als getrennte  
720 Töpfe ausgewiesen werden.  
721 Sportanlagen gehören in das Wohnumfeld, denn Wohnortnähe ist das entscheidende  
722 Nutzungskriterium von Sport- und Bewegungsmöglichkeiten. Wir setzen uns deshalb  
723 für einen umfassenden Bestandsschutz und den Ausbau von offenen Sportstätten  
724 ein.

725 Intensive Kooperation von Schule und Sportvereinen  
726 Die Einführung des offenen Ganztags an immer mehr Schulen macht eine zunehmende  
727 Kooperation mit Sportvereinen notwendig. Jede Schule soll mindestens einen  
728 Sportverein als Kooperationspartner haben. Dabei setzen wir uns auf Landesebene  
729 für eine leistungsgerechte Vergütung von Vereinsübungsleiter\*innen und für die  
730 kommunale Stärkung des ehrenamtlichen Engagements ein. Dies gilt auch für Kitas  
731 (s. Kapitel Kinderbetreuung).  
732 Immer weniger Kinder können schwimmen. Wir fordern deshalb mehr  
733 Lehrschwimmbecken für Kleinkinder, insbesondere in der Nähe von Kitas und  
734 Schulzentren. Die Nutzung solcher Becken auch für den Reha-Sport sorgt für die  
735 Rentabilität dieser zusätzlichen Becken.  
736 Für mehr Wassergewöhnung und Schwimmunterricht in Kindergärten und Schulen  
737 wollen wir die Zusammenarbeit von Schulen, Kitas und Schwimmvereinen fördern. In  
738 Kooperation mit dem Stadtsportbund müssen zusätzliche Schulschwimmlehrer\*innen  
739 finanziert werden, um die notwendige Betreuung zu gewährleisten.

740 Umsetzung der Inklusion im Sport  
741 Menschen mit Behinderung müssen zum Sport einen gleichberechtigten Zugang haben.  
742 Daher wollen wir Grüne inklusive Sportangebote weiterentwickeln und an die  
743 speziellen Anforderungen von Menschen mit Behinderung anpassen. Dazu gehören  
744 barrierefreie Umkleiden, Sanitäranlagen, Spiel- und Sportflächen. In  
745 ausgewählten Hallen sollen behindertengerechte Grundsportgeräte, wie  
746 beispielsweise Sport-Rollis, zur Verfügung stehen. Die Vereine leisten hier  
747 schon wertvolle Arbeit. Wir wollen sie dabei unterstützen, mehr inklusive  
748 Projekte umzusetzen. Dafür müssen in Zusammenarbeit mit dem Stadtsportbund  
749 vermehrt besonders qualifizierte Übungsleiter\*innen ausgebildet werden.  
750 Kooperationen zwischen den Vereinen bieten die Möglichkeit, Angebote gemeinsam  
751 bereitzustellen und Übungsleiter\*innen zu teilen.

752 Wertevermittlung im Sport  
753 Sport vermittelt Werte wie Fairness, Toleranz und Respekt und kann Vorurteile  
754 abbauen. Insbesondere Sportvereine leisten hierzu einen großen Beitrag. Wir  
755 unterstützen daher Projekte, die sich gegen Rassismus, Diskriminierung und  
756 Gewalt im Sport wenden wie z. B. stadtteilbezogene Veranstaltungen und Turniere,  
757 die alle Kinder unabhängig von Herkunft und sportlichem Können einladen.  
758 Wir unterstützen die Arbeit des Fan-Projekts Dortmund. Dieses leistet u. a. in  
759 Form der politischen Jugendbildung am "Lernort Stadion" und durch  
760 interkulturelle Fußballturniere für Kinder/Jugendliche wie auch durch Besuche

761 von NS-Gedenkstätten einen für die Stadtgesellschaft insgesamt wichtigen Beitrag  
762 für Demokratie und Menschenrechte.

763 Bewegungsorientierte öffentliche Räume  
764 Sport und Bewegung finden im gesamten städtischen Raum statt. Eine große Rolle  
765 spielen Räume, die nicht explizit für sportliche Betätigung erbaut wurden, wie  
766 z. B. Parkanlagen, Straßen und Wege. Kinder und Jugendliche, aber auch  
767 Erwachsene müssen sich begegnen, spielen, toben, klettern und an der frischen  
768 Luft erholen können. Dafür wollen wir unter Beteiligung der Nutzer\*innen und  
769 unter Einbeziehung der klimatischen Veränderungen geeignete Standorte festlegen.  
770 Skateparks, Bolzplätze, Boule-Bahnen und Basketballanlagen gehören für uns dabei  
771 ebenso zur Gestaltung des öffentlichen Raums wie Sportgeräte für Senior\*innen.  
772 Bei der Planung neuer Quartiere setzen wir deshalb auf eine  
773 bewegungsorientierte Infrastruktur. Im Zuge der Umgestaltung unserer städtischen  
774 Parks setzen wir uns dafür ein, die Möglichkeiten für den Freizeitsport zu  
775 verbessern, z. B. durch beleuchtete Joggingstrecken oder offene  
776 Kleinspielfelder. Und wir wollen, dass alle Sportanlagen sicher und schnell mit  
777 dem Rad zu erreichen sind.

778 7. 365 Tage im Jahr für Menschenrechte, Vielfalt und Demokratie: Aufstehen gegen  
779 Rechts

780 Viele Menschen in Dortmund engagieren sich tagtäglich für Vielfalt und  
781 Demokratie und für ein solidarisches Zusammenleben. Ob in unterschiedlichen  
782 Initiativen, Einrichtungen und Institutionen, ob in Schulen, Gewerkschaften,  
783 Kirchen und Parteien – die Arbeit gegen Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus,  
784 gegen Rassismus, Antisemitismus und Homophobie wird an vielen Stellen an 365  
785 Tagen im Jahr geführt. Und das aus guten Gründen. Dortmund ist keine Nazi-  
786 Hochburg. Aber Dortmund hat nach wie vor eine gewaltbereite Nazi-Szene, die  
787 bundes- und europaweit vernetzt ist und kommunal mit Einschüchterungen,  
788 Drohungen und Übergriffen arbeitet. Auch ihre Einbindung in die Planung des  
789 Mordes an Mehmet Kubasik durch den NSU ist noch immer nicht abschließend  
790 geklärt. Im Gegenteil morden rechte Extremist\*innen weiterhin. Das zeigen die  
791 Beispiele in Halle, Kassel und Hanau. Viele Menschen auch in unserer Stadt  
792 erleben alltäglich Rassismus, Antisemitismus und Abwertung. Den Boden dafür  
793 bereiten die Rechtspopulisten der AFD und rechtsextreme Parteien in den  
794 Parlamenten, auch im Rat der Stadt Dortmund. Unter dem Deckmantel der  
795 Meinungsfreiheit versuchen sie die Grenzen des Sagbaren nach Rechts zu  
796 verschieben.

797 Alledem stellen wir GRÜNE uns mit einem klaren Bekenntnis gegen Rassismus und  
798 Antisemitismus und für Vielfalt und Demokratie an vorderster Stelle entgegen.

799 Grün wählen für:

800 Aktionsplan gegen Rechtsextremismus  
801 Der vor 10 Jahren auch auf Antrag der GRÜNEN erstmals erstellte Aktionsplan  
802 gegen Rechtsextremismus ist ein Erfolg. Seine sieben Handlungsfelder sind die  
803 Grundlage für die städtischen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und  
804 Rechtspopulismus. Im Laufe der Jahre sind damit zahlreiche Aktivitäten der  
805 Stadtgesellschaft für Vielfalt und Demokratie gefördert worden. Zusätzlich sind  
806 neue Beratungsstellen und Unterstützungsangebote gegen Rechts entstanden. Wir  
807 setzen uns dafür ein, den Aktionsplan kontinuierlich weiter zu entwickeln. Unser  
808 Ziel ist es, dass möglichst viele Gruppen und Projekte in der Stadt in ihrem

809 Einsatz für Vielfalt und Demokratie unterstützt und gefördert werden. Die  
810 Öffentlichkeitsarbeit für den Aktionsplan wollen wir ausweiten. Die dafür  
811 benötigten Mittel sind auch in den kommenden Jahren bereitzustellen und bei  
812 Bedarf auszuweiten.

813 Stärkung der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie  
814 Die städtische Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie -  
815 gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aktiviert,  
816 berät, bündelt und vernetzt zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie  
817 und Toleranz. Zusätzlich entwickelt sie partizipative Handlungsstrategien auf  
818 Basis des Aktionsplans gegen Rechtsextremismus. Wir fordern, die Arbeit der  
819 Koordinierungsstelle weiter zu stärken, insbesondere auch die Funktion der  
820 Vernetzung von Aktivitäten im Sinne des Aktionsplans.

821 Unterstützung der Ausstiegs- und Opferberatung  
822 Wir unterstützen die Ausstiegs- und Opferberatung BackUp-ComeBack. ComeBack –  
823 You are not alone (CoBa-Yana) begleitet, berät und unterstützt Menschen, welche  
824 die rechtsextreme Szene verlassen möchten und entwickelt gemeinsam mit ihnen  
825 neue Lebensperspektiven. Backup bietet Beratung für Opfer rechter Gewalt, deren  
826 Freund\*innen und Angehörige und unterstützt bei rechtlichen, finanziellen und  
827 psychischen Fragen. Wir werden die finanzielle Unterstützung der  
828 Beratungsstellen dauerhaft absichern.

829 Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Initiativen und Akteure gegen Rechts  
830 In Dortmund setzen sich unterschiedliche Arbeitskreise und Bündnisse gegen den  
831 Rechtsextremismus ein. Ihre jeweilige Arbeit und Sichtweise ist geprägt von der  
832 Geschichte der einzelnen Organisationen und der Zusammensetzung ihrer  
833 Mitglieder. Wir unterstützen diese Bündnisse in ihren Aktionen, solange das  
834 Prinzip der Gewaltfreiheit gewährt ist. Wir engagieren uns aktiv für eine  
835 bessere Vernetzung der Bündnisse, um damit den Widerstand gegen die  
836 rechtsextreme Szene und ihre Aktionen zu stärken.

837 In verschiedenen Stadtteilen haben sich Organisationen, Vereine, Kirchen und  
838 Einzelpersonen zu Runden Tisch gegen Rechts zusammengeschlossen. Wir  
839 unterstützen diese Ansätze, sich direkt vor Ort gegen Rechtsextremismus  
840 einzusetzen und gemeinsam an Konzepten für Vielfalt und Demokratie zu arbeiten.  
841 Wir setzen uns dafür ein, in möglichst allen Stadtteilen derartige Runde Tische  
842 zu gründen und sie durch die Koordinierungsstelle zu unterstützen und zu  
843 vernetzen.

844 Widerstand gegen Nazi-Aufmärsche  
845 Der große Widerstand der Stadtgesellschaft im Herbst 2019 gegen die  
846 wöchentlichen Aufmärsche der Dortmunder Nazis hat mit dazu geführt, dass die  
847 Zahl der größeren rechtsextremen Aktionen in den folgenden Monaten  
848 zurückgegangen ist. Wir wollen Aufmärsche und Aktionen der Nazis mit allen  
849 rechtlichen Mittel verhindern. Wir unterstützen den Widerstand dagegen mit  
850 gewaltfreien Aktionen, insbesondere auch mit Sitzblockaden.  
851 Wir begrüßen, wenn Polizei und Justiz gewalttätige Nazis konsequent verfolgen  
852 und verurteilen. Wir fordern aber auch, dass Gegendemonstranten geschützt und  
853 ihre Demonstrationen nicht unverhältnismäßig behindert werden.

854 Vollständige Aufklärung der NSU-Unterstützungsstrukturen  
855 Unvergessen bleibt: Auch in Dortmund ist mit Mehmet Kubasik einer unserer  
856 Mitbürger vom NSU ermordet worden. Bis heute sind viele Zusammenhänge dieses

857 Mordes ebenso wenig geklärt wie die der Morde in anderen Städten. Ungeklärt ist  
858 auch, ob und welche Helfershelfer\*innen der NSU bei seinem Mord in Dortmund  
859 hatte. Vieles deutet darauf hin, dass es sie gab und dass sie noch unter uns  
860 leben. Der bisherige NSU-Prozess war deshalb kein Schlussstrich. Wir fordern  
861 stattdessen die rückhaltlose Aufarbeitung des NSU-Terrors und die Aufdeckung der  
862 Verflechtungen mit der Nazi-Szene in Dortmund.

863 Bekämpfung des Institutionellen Rassismus  
864 Betroffene erleben alltäglich Rassismus und Diskriminierung. Institutioneller  
865 Rassismus meint die strukturell bedingte systematische Herabsetzung und  
866 Benachteiligung sozialer Gruppen in Organisationen, Institutionen und Behörden.  
867 Dabei wird institutioneller Rassismus häufig geleugnet oder verharmlost. Für uns  
868 Grüne ist deshalb notwendig, eine breite Diskussion in Politik und Gesellschaft  
869 über institutionellen Rassismus zu führen. Auf kommunaler Ebene setzen wir uns  
870 dafür ein, dass Konzeptionen für die Sensibilisierung und Weiterbildung der  
871 Beschäftigten in der kommunalen Verwaltung erarbeitet und umgesetzt werden. Auch  
872 das Land ist aufgefordert, das Thema in der Aus- und Weiterbildung der  
873 Polizeibeamt\*innen zu verankern.

874 Konsequente Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der AfD  
875 Die AfD ist eine rechtspopulistische Partei, deren Grenzen zum Rechtsextremismus  
876 fließend sind. Seit Jahren hetzen und agitieren viele ihre Mitglieder gegen  
877 Geflüchtete, Migrant\*innen und People of Colour und relativieren den  
878 Nationalsozialismus und seine Verbrechen. Die AfD ist eine der geistigen  
879 Wegbereiter\*innen für die unzähligen Angriffe auf Geflüchtete und Zugewanderte  
880 und letztlich auch für die Morde in Halle, Kassel und Hanau. Im Rat und in den  
881 Ausschüssen ist das bestimmende Thema der AfD immer wieder die Hetze gegen  
882 Geflüchtete in Dortmund. Gleichzeitig will sie die Mittel für alles streichen,  
883 was eine offene, freie, pluralistische und demokratische Stadtgesellschaft  
884 ausmacht. Diesem Klima der Einschüchterung und Ausgrenzung stellen wir uns nicht  
885 nur entschieden entgegen. Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit der AfD jedweder  
886 Art ab und fordern dies auch von den anderen demokratischen Parteien in  
887 Dortmund.

## A6 A3: GRÜN IST... SOZIALE GERECHTIGKEIT!

Antragsteller\*in: Stefan Rath

### Text

- 1 GRÜN IST... Soziale Gerechtigkeit
- 2 ... wie wir sozialen Zusammenhalt, Fairness und Miteinander stärken wollen...
- 3 Inhalt
- 4 1. Wohnen und Stadtentwicklung
- 5 1.1 Wohnen muss bezahlbar sein
- 6 1.2 Grund und Boden sind Gemeingut
- 7 1.3 Lebenswertes Dortmund
- 8 2. Wohnungslosenhilfe
- 9 3. Kommunale Arbeitsmarktpolitik – Teilhabe für Langzeitarbeitslose
- 10 4. Alt werden in Dortmund
- 11 4.1 Inklusive und starke Infrastruktur für Senior\*innen
- 12 4.2 Selbstbestimmt alt werden
- 13 5. Drogenhilfe in Dortmund: Hilfe statt Sanktion
- 14 6. Hilfe für Menschen in Prostitution
- 15 7. Sicherheit in Dortmund: Bürger\*innenrechte achten
- 16 7.1 Polizei, Stadt und Bürger\*innen in partnerschaftlichem Zusammenwirken
- 17 7.2 Bürgerschaftliches Engagement für ein sicheres Dortmund
- 18 7.3 Zukunftsfähigkeit von Feuerwehr und Katastrophenschutz
- 19 Ein Land und auch eine Stadt sind nur dann sozial, wenn sie eine selbstbestimmte
- 20 Teilhabe für Alle ermöglichen und ihre Bürger\*innen wirkungsvoll vor Armut
- 21 schützen. Das ist unser GRÜNER Anspruch. Wir stehen für eine inklusive
- 22 Gesellschaft und Stadt, in der alle dazu gehören und niemand ausgegrenzt wird.
- 23 Die Realität sieht allerdings auch in Dortmund anders aus.
- 24
- 25 Im Februar dieses Jahres waren über 33.000 Personen arbeitslos gemeldet, die
- 26 Arbeitslosenquote lag bei 10,5 Prozent. Insgesamt leben ca. 90.000 Menschen in
- 27 sogenannten Bedarfsgemeinschaften und bekommen Leistungen nach SGB II (Hartz IV)
- 28 oder Sozialgeld – unter ihnen auch viele Kinder und Alleinerziehende. Dazu
- 29 kommen ca. 15.000 sogenannte Aufstocker\*innen, die von ihrer Erwerbsarbeit nicht
- 30 leben können und ergänzende Sozialleistungen erhalten. Der gesetzliche
- 31 Mindestlohn hat an dieser Situation wenig geändert, weil er zu niedrig ist, um
- 32 die Menschen von Transferleistungen unabhängig zu machen; dies gilt insbesondere
- 33 für Familien mit mehreren Kindern. Und: Immer mehr Menschen in Dortmund sind
- 34 neben ihren Altersbezügen auf staatliche Unterstützung angewiesen. Die Zahl der
- 35 Bezieh\*innen von Grundsicherung im Alter stieg innerhalb von zehn Jahren um 43
- 36 Prozent und liegt inzwischen ebenfalls bei ca. 15.000 Menschen.
- 37
- 38 Damit gehört Dortmund nach den Zahlen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu
- 39 den zehn Regionen mit der höchsten Armutsquote: In Dortmund liegt sie konstant
- 40 bei gut 20 %. Der Sozialbericht 2018 betrachtet die soziale Lage in Dortmund
- 41 nach Kriterien wie Höhe des Einkommens, Bildungschancen der Kinder, Teilhabe am

42 Arbeitsmarkt, Wohnsituation, Gesundheit und macht deutlich: Die soziale  
43 Ungleichheit ist in bestimmten Sozialräumen sehr groß. Damit können und wollen  
44 wir uns nicht zufriedengeben. Der Bericht zur sozialen Lage muss kontinuierlich  
45 fortgeschrieben werden und die Grundlage für entsprechende Konzepte zur  
46 Armutsbekämpfung sein, die mit anderen Prozessen wie etwa der Kommunalen  
47 Arbeitsmarktstrategie abstimmt werden.

48 Als GRÜNE wissen wir: Es kann keine ökologische Nachhaltigkeit geben ohne eine  
49 soziale Nachhaltigkeit. Das eine ist vom anderen nicht zu trennen. Ob in der  
50 Kinderbetreuung und in der Schulpolitik, ob bei der Politik für Senior\*innen, in  
51 der Arbeitsmarktpolitik oder beim bezahlbaren Wohnen – an vielen Stellen unseres  
52 Programms finden sich deshalb Vorschläge, um die soziale Situation vieler  
53 Dortmunder\*innen zu verbessern.

## 54 1. Wohnen und Stadtentwicklung

### 55 1.1 Wohnen muss bezahlbar sein

56 Dortmund wächst. Die Bevölkerungszahl erhöhte sich seit 2014 um rund 13.300  
57 Personen. Der Wohnungsmarkt kommt trotz vieler Neubauten mit diesem stetigen  
58 Zuwachs nicht mit. Folge: Die Wohnkosten steigen, Wohnraum für Menschen mit  
59 geringem und normalem Einkommen ist zur Mangelware geworden. Die  
60 durchschnittliche Nettokaltmiete stieg seit 2014 um insgesamt 20 Prozent auf  
61 aktuell 7,00 €/qm (2019) im Mittel. Bei neu gebauten Wohnungen lag der  
62 Mittelwert im Jahr 2019 schon bei 10,50 €/qm. Nur noch 7,5 Prozent des gesamten  
63 Dortmunder Wohnungsbestands waren im Jahr 2018 geförderte Wohnungen – und die  
64 Entwicklung ist weiterhin rückläufig. Gleichzeitig aber steigt die Zahl der  
65 Haushalte, die auf eine Unterstützung durch das Wohnungsamt angewiesen sind.  
66 2018 waren insgesamt 5.000 Haushalte anspruchsberechtigt, rund 2.000 davon  
67 standen auf der Warteliste für eine öffentlich geförderte Wohnung.  
68 Alle Dortmunder\*innen sollen eine gute Wohnung finden und sich diese Wohnung  
69 auch leisten können. Das heißt auch, dass für den Durchschnittshaushalt die  
70 Miete nicht mehr als 30 Prozent des verfügbaren Einkommens betragen sollte. Für  
71 alle Dortmunder\*innen müssen ausreichend Wohnungen zur Verfügung stehen, die  
72 barrierefrei und bezahlbar sind.

73 Grün wählen für:

74 Der Anteil von geförderten Wohnungen in jedem Neubaugebiet soll auf mindestens  
75 30 Prozent erhöht werden.

76 Seit dem Ratsbeschluss vom 10. April 2014 gibt es eine Regelung, die festlegt,  
77 dass in jedem Baugebiet mindestens 25 Prozent der entstehenden Wohneinheiten  
78 öffentlich geförderte Mietwohnungen sein müssen. Diese Quote reicht aufgrund der  
79 steigenden Nachfrage und der wachsenden Bevölkerung heute nicht mehr aus und  
80 muss an die neuen Entwicklungen angepasst werden.

81 In jedem Neubaugebiet sollen mindestens 10 Prozent der Wohnungen im sog.  
82 preisgedämpften Segment, also mit Quadratmeterpreisen zwischen Angebotsmiete und  
83 Sozialmiete angeboten werden. Es gibt viele Dortmunder\*innen mit niedrigem oder  
84 mittlerem Einkommen, die die durchschnittliche Neubaumiete von 10,50 €/qm in  
85 Dortmund nicht aufbringen können. Deshalb muss in den Bebauungsplänen zukünftig  
86 festgesetzt werden, dass ein Mindestanteil an Wohnungen für Preise zwischen 6  
87 und 9 €/qm vermietet wird. Eine Sicherung der Quotierung erfolgt zum Beispiel  
88 über einen städtebaulichen Vertrag.

89 Bewahren gewachsener Quartiere durch eine soziale Erhaltungssatzung bzw.  
90 Milieuschutzsatzung  
91 Bei zunehmendem Wohnungsmangel findet verstärkt eine bauliche Aufwertung von  
92 meist innenstadtnahen Wohngebieten statt. Das ist ein positiver Prozess, solange  
93 er nicht zur Verdrängung der alteingesessenen Mieter\*innen mit niedrigem  
94 Einkommen durch eine neue, finanzkräftige Bevölkerung führt und das Viertel  
95 seine soziale Struktur komplett verändert. Durch den Erlass sozialer  
96 Erhaltungssatzungen kann die Gefahr der Verdrängung durch Umwandlung in  
97 Eigentumswohnungen und Luxusmodernisierungen verringert werden. Zudem kann die  
98 Stadt Vorkaufsrechte geltend machen und bebaute oder unbebaute Grundstücke  
99 selbst kaufen, um Immobilienspekulationen vorzubeugen. Und sie kann verhindern,  
100 dass bisher günstige Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden.  
101 Nach dem Vorbild der Stadt Leipzig sollte zudem die gesamte Stadt Dortmund  
102 hinsichtlich von Verdrängung bedrohter Stadtteile und Quartiere untersucht  
103 werden.

104 Förderung von Investitionen im Bestand  
105 Die Stadt Dortmund setzt bei ihren eigenen Liegenschaften hohe Standards  
106 bezüglich der Energieeffizienz. Der größte Teil der Gebäude in Dortmund,  
107 insbesondere der Wohngebäude, ist jedoch in privater Hand. Für viele Menschen  
108 sind gerade die Heizkosten eine enorme Belastung. Diese können durch eine  
109 energetische Sanierung deutlich gesenkt werden. Gleichzeitig bringt eine solche  
110 Sanierung viel für den Klimaschutz. Wir wollen, dass die Kosten dafür auch über  
111 zusätzliche städtische Fördergelder abgedeckt werden, statt über eine Umlage  
112 allein von den Mieter\*innen finanziert. Ein entsprechendes kommunales  
113 Förderprogramm schafft zudem einen zusätzlichen Investitionsanreiz.  
114 Für die Mieter\*innen der städtischen Wohnbaugesellschaft Dogewo21 sollen sich  
115 Mieterhöhungen aufgrund energetischer Modernisierungen und die sich daraus  
116 ergebende Energieeinsparung finanziell ausgleichen.

117 Verstärkter Bau von geförderten Wohnungen durch Dogewo21 bzw. die Dortmunder  
118 Stadtentwicklungsgesellschaft (DSG)  
119 Wohnen ist ein Grundrecht und gehört zur Daseinsvorsorge der Stadt. Sie muss  
120 durch ihre stadteigene Wohnungsbaugesellschaft dafür Sorge tragen, den  
121 Wohnungsmarkt zu entspannen. Dies wird durch den verstärkten Bau von geförderten  
122 Wohnungen durch die Stadt erreicht. Dafür muss die Dogewo21 in die Pflicht  
123 genommen werden. Dazu gehört auch der strategische Ankauf von Wohnungsbeständen  
124 in problematischen Lagen.  
125 Das Ziel ist es, über Dogewo 21 bzw. die DSG in der kommenden Wahlperiode  
126 jährlich rund 500 geförderte Wohnungen für alle Generationen und Zielgruppen vom  
127 Einpersonenhaushalt bis zu Familien mit Kindern zu errichten. Hierfür sind  
128 geeignete Grundstücke an Dogewo21 bzw. DSG zu übertragen und Baurecht zu  
129 schaffen.

130 Begrenzung der Mietenentwicklung  
131 Die Leerstandsquote in Dortmund hat sich in den letzten 15 Jahren halbiert.  
132 Während sie im Jahr 2004 noch bei über 4 Prozent lag, betrug sie Ende 2018 nur  
133 noch 2 Prozent. Manche Stadtteile erreichen mit einer Quote von 1 Prozent de  
134 facto Vollvermietung. Diese Entwicklung zeigt, dass auch in Dortmund Instrumente  
135 zur Mietbegrenzung nötig sind. Auf Landesebene machen wir uns deshalb dafür  
136 stark, dass Kappungsgrenzen, Mietendeckel und  
137 Mietpreisbremse auch in NRW zum Schutz für Mieter\*innen eingeführt werden.

---

### 138 Wohnen als Grundrecht

139 In Dortmund gibt es verschiedene Gruppen von Menschen, die aus unterschiedlichen  
140 Gründen Schwierigkeiten haben, eine eigene Wohnung zu finden. Wir wollen allen  
141 Einheimischen und Zugezogenen ermöglichen, selbstbestimmte Mieter\*innen zu sein.  
142 Die Betroffenen benötigen – neben der städtischen Wohnungslosenhilfe –  
143 Unterstützung und Hilfe ohne große Hürden. Wir unterstützen deshalb Konzepte wie  
144 Housing First, die Wohnungslosigkeit direkt beenden und flexible wohnbegleitende  
145 Hilfen zum dauerhaften Wohnungserhalt anbieten.  
146 Menschen, die ALG II, Grundsicherung oder Sozialgeld beziehen, erhalten bei der  
147 Berechnung der Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft einen Klimabonus  
148 für energetisch sanierte Wohnungen, angelehnt an die Zuschläge des Mietspiegels.

### 149 Barrierefreies Wohnen

150 Wir unterstützen den (Um-)Bau von barrierefreien und altersgerechten Wohnungen.  
151 Dabei wollen wir Wohnungseigentümer\*innen von den Vorzügen barrierearmer und -  
152 freier Wohnungen überzeugen. In städtebaulichen Wettbewerben sollen  
153 barrierefreie Wohnungen eingefordert und bevorzugt werden.

### 154 1.2 Grund und Boden sind Gemeingut

155 Der Rat hat 2018 auf GRÜNE Initiative die Erarbeitung von Grundsätzen für die  
156 Vergabe städtischer Grundstücke verabschiedet. Dazu gehört, dass in Dortmund  
157 Baugrundstücke zukünftig über sog. Konzeptverfahren vergeben werden: Nicht  
158 allein der Preis ist das entscheidende Kriterium für die Grundstücksvergabe,  
159 sondern es fließen auch Kriterien wie zum Beispiel ein Mobilitätskonzept für die  
160 künftigen Bewohner\*innen, eine klimafreundliche Energieversorgung usw. in die  
161 Entscheidung für einen Investor ein. Bei Konzeptverfahren werden außerdem der  
162 Anteil geförderten Wohnraums (über die verpflichtende 25-Prozent-Quote hinaus)  
163 und verlängerte Bindungsfristen (über die 20 bzw. 25 Jahre hinaus gemäß den  
164 aktuellen Förderbestimmungen) berücksichtigt.  
165 Um die künftige Stadtentwicklung ökologisch und nachhaltig steuern zu können,  
166 muss die Stadt Eigentümerin des kommunalen Grund und Bodens bleiben und in die  
167 Lage versetzt werden, auch Grundstücke dazuzukaufen.

### 168 Grün wählen für:

#### 169 In der öffentlichen Hand Halten städtischer Grundstücke

170 Städtische Grundstücke sollen nicht mehr verkauft, sondern durch Erbpacht in der  
171 öffentlichen Hand gehalten werden. Durch die Vergabe von Erbbaurechten wird die  
172 Stadt Dortmund in die Lage versetzt, im Sinne des Gemeinwohls aktiv und steuernd  
173 Einfluss zu nehmen auf den Bodenmarkt und seine (städtebauliche) Entwicklung.  
174 Denn nach Ablauf des Erbbaurechts fällt das Grundstück wieder an die Stadt  
175 zurück und die Stadt kann die weitere Nutzung an den aktuellen Bedarf anpassen.  
176 Dies gilt auch für Gewerbeflächen.  
177 Grundstücksvergaben in Erbpacht erhalten nicht nur das kommunale Grundvermögen,  
178 sondern durch den Erbbauzins wird auch eine dauerhafte Einnahme erzielt. Das  
179 Erbbaurecht kann einen sinnvollen Beitrag zur Daseinsvorsorge und zur  
180 nachhaltigen Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum leisten, indem zum  
181 Beispiel für geförderte Wohnungen geringere Erbpachtzinsen und/oder reduzierte  
182 Verkehrswerte gemäß Gemeindeordnung angesetzt und längere Bindungsfristen  
183 vereinbart werden.

#### 184 Verhinderung von Bodenspekulation

185 Gemeinwohl vor Rendite ist unsere Forderung für die städtische Boden- und



186 Wohnungspolitik. Bauland und Wohnungen dürfen nicht zu Spekulationsobjekten  
187 werden. Dagegen können Vorkaufsrechte (zum Beispiel über Bauleitplanung,  
188 Sanierungsgebiete und Milieuschutzgebiete) helfen, die sowohl für die Stadt als  
189 auch für Genossenschaften festgelegt werden.

190 Unser Ziel ist es, den Bestand von Wohnungen und Boden im Besitz der  
191 öffentlichen Hand mit einer aktiven Ankaufstrategie zu vergrößern. Dazu gehört  
192 auch die Verankerung eines kommunalen Vorkaufsrechts für ganze Stadtgebiete  
193 (Gebiete mit sozialer Erhaltungssatzung). Akteur\*innen wie Genossenschaften oder  
194 Stiftungen, die gemeinwohlorientiert handeln, sollen diese kommunale Strategie  
195 ergänzen.

196 Vereinbarungen mit Eigentümer\*innen / Investor\*innen zu einer nachhaltigen und  
197 sozialen Quartiersentwicklung  
198 Um die Stadt und die Quartiere nachhaltig und sozial zu entwickeln, braucht  
199 Dortmund die Zusammenarbeit mit engagierten Investor\*innen. Über städtebauliche  
200 Verträge und Konzeptvergaben wird erreicht, dass – neben dem Kaufpreis – noch  
201 weitere Kriterien eine entscheidende Rolle spielen: die Verbesserung des  
202 Angebots von Wohnraum im unteren Preissegment, die Förderung alternativer  
203 Mobilität (zum Beispiel mit Carsharing-Angeboten, E-Ladestationen, gesicherten  
204 Abstellflächen für Fahrräder, Stellflächen für Lastenräder usw.),  
205 Quartierskonzepte, Entwicklung des Mikroklimas sowie ökologisches Bauen.

206 Effizientere Bodennutzung durch flächensparendes Bauen  
207 In der Innenstadt sind die Flächen für den Wohnungsbau begrenzt. In zentralen  
208 Neubaugebieten haben Mietgeschosswohnungen deshalb für uns eindeutig Vorrang vor  
209 Einfamilienhäusern. Um mit wenig Flächenverbrauch mehr Wohnungen bauen zu  
210 können, halten wir sowohl den Ausbau von Dachgeschossen als auch eine höhere  
211 Geschossigkeit bei Neubauten für sinnvoll. Angesichts des mit zunehmendem  
212 Wachstum immer kostbarer werdenden Bodens wird Dortmund in Zukunft nach oben  
213 wachsen müssen. Grüne Hochhäuser, die Arbeiten und Wohnen vereinbaren, können im  
214 Innenstadtbereich entstehen. Die „doppelte Innenentwicklung“, das heißt die  
215 Qualifizierung und Erweiterung von Grün- und Freiflächen, der Erhalt von  
216 Frischluftbahnen oder von mikroklimatisch wirksamem Grün ist für uns dabei eine  
217 entscheidende Voraussetzung. Das heißt aber auch, dass in Konfliktfällen immer  
218 wieder individuell zwischen Nachverdichtung und Erhalt von Grün- und Freiflächen  
219 abgewogen werden muss.

220 Flächenkreislaufwirtschaft: Wiederverwerten von Flächen, statt Versiegelung  
221 neuer Flächen  
222 Wir wollen in Dortmund nach Möglichkeit keine neuen Flächen versiegeln. Die  
223 Umnutzung und Wiederverwertung bereits erschlossener Grundstücke und die  
224 Aktivierung brachliegender Flächen hat absoluten Vorrang vor einer Neuausweisung  
225 – sowohl für Baugebiete als auch für Gewerbeflächen.

226 Effizientere Bodennutzung durch Überbauung von Stellplatz- und Handelsflächen  
227 In Dortmund wird für Supermärkte künftig der mehrgeschossige Bau mit Büros  
228 und/oder Wohnungen in den oberen Stockwerken zum Standard. Um weitere schon  
229 versiegelte Flächen besser zu nutzen, sollen auch bestehende Stellplatzflächen  
230 entsprechend überbaut werden.

231 Bedarfsgerechte Verteilung des bestehenden Wohnangebots  
232 Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes wollen wir Möglichkeiten schaffen,  
233 dass Wohnungen freiwillig, zum vergleichbaren Quadratmeterpreis und möglichst im

234 Quartier getauscht werden können. Wohnungstauschbörsen beim Wohnungsamt oder bei  
235 den Wohnungsbaugesellschaften können helfen, die passenden Wohnungen für die  
236 jeweilige Lebenslage zu finden. Lösungsansätze bietet das „Frankfurter Programm  
237 zum Wohnungstausch“, das auf den festgelegten Mietpreisen im geförderten  
238 Wohnungsbau aufsetzt. Auch Vereinbarungen der Stadt mit der Dogewo21 und den  
239 großen Wohnbaugesellschaften sind möglich.

240 Stärkere Förderung von Genossenschaften und gemeinwohlorientierte  
241 Baugemeinschaften

242 Genossenschaftliches Wohnen und Baugemeinschaften zeichnen sich durch  
243 Solidarität und gemeinsame Verantwortung aus. So kann nicht nur preiswerter  
244 Wohnraum geschaffen werden, sondern es werden auch Chancen für kreatives,  
245 vielfältiges und buntes Wohnen und Leben eröffnet. Das hilft, sowohl die soziale  
246 Balance in den Quartieren der Stadt zu erhalten als auch die gesellschaftliche  
247 Vielfalt zu stärken. Schon jetzt werden auf GRÜNE Initiative hin 10 Prozent der  
248 Grundstücksfläche in Neubaugebieten für solche Projekte vorgehalten. Diesen  
249 Anteil gilt es zu verdoppeln und zur Verfügung stehende Grundstücke primär  
250 genossenschaftlichen, gemeinschafts- und gemeinwohlorientierten  
251 Baugemeinschaften anzubieten.

252 Wir wollen Möglichkeiten schaffen, dass die Stadt durch die Gewährung zinsloser  
253 Darlehen auch einkommensschwächeren Haushalten den Eintritt in eine  
254 Wohnbaugenossenschaft ermöglicht.

255 1.3 Lebenswertes Dortmund

256 Die Lebensqualität in unserer Stadt hängt maßgeblich von unserer Umwelt ab.  
257 Deshalb treten wir GRÜNE für die Entwicklung und den Erhalt der Grünflächen  
258 sowie der natürlichen und naturnahen Lebensräume im Stadtgebiet und für die  
259 naturnahe Gestaltung von Wasserläufen ein. Damit schaffen wir die Grundlagen für  
260 Artenvielfalt auch im städtischen Raum. Wir sorgen für den Schutz der Menschen  
261 vor Lärm und Schadstoffen und wir haben auch den Schutz des Klimas im Blick.  
262 Das Konzept der „autogerechten Stadt“ muss abgelöst werden durch das Ziel der  
263 „menschengerechten Stadt“. Eine dichtere und urbanere Stadt kann nur mit weniger  
264 Autoverkehr und höherer Aufenthaltsqualität des Stadtraums funktionieren.  
265 Entscheidend für unsere dynamische Stadt ist es, den öffentlich nutzbaren Raum  
266 zu erhalten und ihn zum Bewegungsraum weiterzuentwickeln.

267 Ziel GRÜNER Politik ist eine Stadt, deren Gestaltung sich an der Gesamtheit der  
268 Lebensbedürfnisse der Menschen orientiert statt den Verkehrsfluss der Autos und  
269 entsprechende Abstellmöglichkeiten zum alleinigen Maßstab zu machen.  
270 Lebensqualität bedeutet vor allem: weniger Autoverkehr, mehr Ruhe, mehr  
271 Freiräume, Parks und Seen, Schatten spendende Bäume, begrünte Dächer und eine  
272 sozial durchmischte Stadt ohne abgeschottete Wohnviertel – weder für die Armen  
273 noch für die Reichen. Eine GRÜNE Stadt ist kein Selbstzweck. Es geht zuallererst  
274 darum, das Leben im Sinne der Menschen zu verbessern, und zwar vor allem für die  
275 einkommensschwächeren Dortmunder\*innen, die oft diejenigen sind, die  
276 beispielsweise an lauten Straßen mit hoher Luftverschmutzung leben müssen. Sie  
277 sind auf eine soziale und ökologische Weiterentwicklung der Stadt besonders  
278 angewiesen.

279 Grün wählen für:

280 Am Gemeinwohl ausgerichtete Quartiersentwicklung

281 Bei der Entwicklung neuer Wohnquartiere muss der gemeinwohlorientierte Bedarf

282 des umliegenden Stadtteils stärker berücksichtigt werden: Beispiele sind ein  
283 bedarfsgerechtes Wohnungsangebot, soziale Einrichtungen wie Kitas,  
284 Begegnungszentren und Pflegeeinrichtungen sowie eine wohnungsnahe  
285 Einzelhandelsversorgung. Wir wollen Nutzungsmöglichkeiten und Einrichtungen  
286 schaffen, die eine kostenfreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.  
287 Gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung und einem guten Quartiersmanagement  
288 wollen wir den Einzelhandel stärken und Leerstände insbesondere in den  
289 Stadtteilzentren verhindern.

290

291 Beteiligung der Menschen vor Ort bei Planungsprozessen  
292 Die Entwicklung großer Areale in der Stadt ist nicht allein Thema von  
293 Stadtverwaltung und Investor\*innen. Die Menschen vor Ort müssen auf Augenhöhe  
294 und frühzeitig in Planungsprozesse als legitime Kooperationspartner\*innen in die  
295 Stadtentwicklung einbezogen werden. Es gibt viele Initiativen, die sich mit viel  
296 Know-how bei der Entwicklung zum Beispiel des Hafenuartiers, des ehemaligen  
297 HSP-Geländes oder der Nordfläche am Hauptbahnhof einsetzen.

298 Wir wollen die Bürger\*innen an städteplanerischen Entwicklungen beteiligen und  
299 ihre Anregungen in die weiteren Planungen einfließen lassen – mit der Option,  
300 dass sich Pläne auch ändern können.

301 Wir wollen, dass Bestandserhalt ernst genommen wird und kreative Gestaltungs-  
302 und Umnutzungsideen entwickelt werden. Die Einbindung von Baugruppen, die  
303 Bereitstellung von Räumen für Gemeinschaftsnutzungen sowie Experimentier- und  
304 Freiräume sind wichtige Bestandteile einer gemeinwohlorientierten  
305 Stadtentwicklung. Akteur\*innen, die einen sozialen und kulturellen Mehrwert für  
306 die Nachbarschaft und Stadtgesellschaft leisten, haben für uns den gleichen  
307 Stellenwert wie wirtschaftliche Akteur\*innen.

308 Schaffen öffentlicher Räume

309 Für uns GRÜNE ist die Erweiterung, Entwicklung und Gestaltung des öffentlichen  
310 Raums eine zentrale Zukunftsaufgabe, um Teilhabe und Zusammenhalt in der  
311 Gesellschaft zu fördern. Hinter dem Begriff „öffentlicher Raum“ verbergen sich  
312 nicht nur Parks und öffentliche Plätze.

313 Öffentliche Räume bringen Menschen jedweder Herkunft, Geschlecht, sozialer  
314 Schicht und Alter zueinander. Wir wollen Angebote schaffen, die es den Menschen  
315 ohne Hürden möglich machen, zusammenzukommen, sich kennenzulernen, Kontakte zu  
316 pflegen und am öffentlichen Leben teilzuhaben.

317 Nicht zuletzt ist der öffentliche Raum ein wichtiger Ort des politischen  
318 Diskurses. Dafür wollen wir Orts- und Stadtteilzentren stärken, eine Stadt der  
319 kurzen Wege bieten. Wir wollen im öffentlichen Raum eine hohe  
320 Aufenthaltsqualität für alle schaffen: mit Grün und Wasser, guten  
321 Sitzmöglichkeiten, Spielplätzen, Veranstaltungsflächen, Kunst, Trinkbrunnen,  
322 Toiletten, Foodsharing-Stationen, Bücherschränken und mehr. Angebote zum  
323 kostenlosen und angenehmen Aufenthalt in der Öffentlichkeit sind eine  
324 Investition in eine lebendige und gerechte Gemeinschaft, ein wichtiger Beitrag  
325 zu Inklusion und Teilhabe.

326 Barrierefreiheit für den gesamten öffentlichen Raum

327 Senior\*innen, Kinder und Menschen mit Behinderungen sollen sich sicher und  
328 selbstständig in der Stadt bewegen können. Ein barrierefreier öffentlicher Raum  
329 mit Nahversorgung im Wohnumfeld gibt Senior\*innen und Menschen mit Behinderung  
330 die Möglichkeit, sich lange selbstbestimmt zu versorgen und zugleich am  
331 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

332 Neuaufteilung des Straßenraums zugunsten von Fußgänger\*innen und Radverkehr  
 333 Öffentlicher Raum ist ein Gemeingut und sollte gleichermaßen für alle zugänglich  
 334 sein. Doch ein großer Teil der Fläche ist derzeit den Autos – fahrenden oder  
 335 parkenden – vorbehalten. Damit hat sich der Stadtraum vom Bewegungs- und  
 336 Aufenthaltsraum zu einem Raum für den motorisierten Verkehr entwickelt.  
 337 Wir setzen uns dafür ein, dass der Straßenraum wieder zum Raum für den Menschen  
 338 wird und allen Verkehrsteilnehmer\*innen gleichberechtigt zur Verfügung steht. Er  
 339 soll zur Begegnungszone nach Schweizer Vorbild werden – attraktiver und sicherer  
 340 für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen. Auch wenn es derzeit in Deutschland  
 341 noch keine rechtliche Grundlage für Begegnungszonen nach Schweizer Vorbild gibt  
 342 (eine Begegnungszone ist eine Form der Verkehrsberuhigung, in der  
 343 Fußgänger\*innen Vorrang vor Fahrzeugen haben), wollen wir bei der zukünftigen  
 344 Stadt- und Straßenplanung den Menschen mit all seinen Mobilitätsbedürfnissen und  
 345 nicht nur das Auto vorrangig in den Blick nehmen (s. auch Kapitel Mobilität).

#### 346 Verminderung von Lärm

347 Lärm beeinflusst nicht nur die Lebensqualität, sondern wirkt sich auch auf die  
 348 Gesundheit aus. Der Lärmaktionsplan der Stadt muss kontinuierlich  
 349 weiterentwickelt werden und dazu beitragen, besonders verlärmte Orte vor allem  
 350 an verkehrsreichen Straßen konsequent zu beruhigen – unter anderem durch die  
 351 Reduzierung von Geschwindigkeit und Verkehrsaufkommen.  
 352 Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 km/h müssen die Regel sein (s. auch Kapitel  
 353 Mobilität). Dazu gehört auch, dass eine Straße wie die OW IIIa bzw. L 663 n, die  
 354 eine der letzten großen Ruhezeiten in Dortmund durchschneiden würde, nicht  
 355 weitergebaut wird.  
 356 Auch der Dortmunder Flughafen belastet die Anwohner\*innen mit zusätzlichem Lärm.  
 357 Deshalb lehnen wir die Verlängerung der Start- und Landebahn sowie jegliche  
 358 Aufweichung des Nachtflugverbotes ab. Langfristig fordern wir den Rückbau des  
 359 Flughafens (s. auch Kapitel Mobilität).

#### 360 Förderung von nachhaltigem Bauen

361 Der Bausektor gehört zu den Wirtschaftszweigen mit dem höchsten  
 362 Ressourcenverbrauch. Gleichzeitig herrscht in Dortmund ein Bauboom. Für uns  
 363 bedeutet das, klimaneutrales und nachhaltiges Bauen nach anerkannten  
 364 Zertifizierungssystemen zu fordern und zu fördern.  
 365 Die Bewertung der Klimaneutralität muss zukünftig bei kommunalen Bauvorhaben  
 366 obligatorisch sein. Das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) wird bereits  
 367 verpflichtend für Neubauten des Bundes und einiger Bundesländer angewendet. Die  
 368 Stadt Dortmund sollte die Anwendung des BNB für städtische Bauvorhaben einführen  
 369 und damit ihrer Vorbildrolle gerecht werden. Auf Landes- und Bundesebene machen  
 370 wir uns für entsprechende Förderprogramme im kommunalen Sektor stark.  
 371 Um nachhaltiges Bauen nach anerkannten Bewertungs- und Zertifizierungssystemen  
 372 auch in der Privatwirtschaft anzuregen, könnten Förderprogramme die Mehrkosten  
 373 an Planungshonoraren auffangen.

#### 374 2. Wohnungslosenhilfe

375 Wie viele Menschen in Dortmund obdach- und wohnungslos sind, weiß niemand so  
 376 genau. Fakt ist: Es sind viele Hundert, die Zahl liegt höher als offiziell  
 377 bekannt und sie steigt weiter. Das zeigen die Zahlen der Besucher\*innen bei der  
 378 Wohnungslosen-Initiative Gast-Haus e.V., bei der Kanaa-Suppenküche sowie in der  
 379 Männer- und in der Frauenübernachtungsstelle. Dazu kommen viele Menschen, die  
 380 akut von Wohnungslosigkeit bedroht sind. All das ist auch Ausdruck der

381 grundsätzlichen Armut vieler Menschen in der Stadt. Das im Jahr 2018  
382 verabschiedete Konzept zur Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe beinhaltet  
383 vor allem bereits bestehende Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen und entwickelt  
384 sie quantitativ weiter. Wir fordern zusätzlich eine qualitative  
385 Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe.

386 Grün wählen für:

387 Keine Verdrängung obdachloser Menschen  
388 Armut, Obdach- und Wohnungslosigkeit gehören auch in Dortmund zur  
389 gesellschaftlichen Realität und zum Stadtbild. Eine Verdrängung obdachloser  
390 Menschen aus dem öffentlichen Raum lehnen wir ebenso ab wie Ordnungsgelder für  
391 den Aufenthalt auf der Straße. Statt einer Bestrafung Obdachloser für ihre  
392 Obdachlosigkeit setzen wir uns für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der  
393 Unterstützungs- und Hilfsangebote ein.

394 Weiterentwicklung von Männer- und Frauenübernachtungsstellen  
395 Sowohl die Männer- als auch die Frauenübernachtungsstelle sind erneuert und  
396 erweitert worden. Dabei werden konzeptionell auch Hilfs- und  
397 Beratungsmöglichkeiten angeboten. Schon jetzt zeichnet sich aber ab, dass die  
398 vorhandenen Plätze perspektivisch nicht reichen werden. Zusätzlich fehlen Plätze  
399 für obdachlose Paare oder auch für obdachlose Menschen mit Hunden. Wir setzen  
400 uns dafür ein, bei Bedarf erweiterte Angebote zu schaffen. Der Zugang zu  
401 sogenannten Übernachtungsscheinen durch das Jobcenter oder das Sozialamt, um  
402 kostenfreie Übernachtungen zu ermöglichen, soll erleichtert werden.  
403 Nicht-Dortmunder\*innen und EU-Zugewanderte können die Übernachtungsstellen nur  
404 eine Nacht nutzen, wenn sie nicht selbst zahlen. Das bedeutet einen faktischen  
405 Ausschluss dieser Gruppen von warmen und sicheren Übernachtungsmöglichkeiten.  
406 Das wollen wir ändern.

407 Nothilfeprogramm im Winter

408 Wir wollen die Hilfen für obdachlose und wohnungslose Menschen im Winter  
409 verbessern. Bereits in den letzten Jahren kam es teilweise zu lebensbedrohlichen  
410 Situationen, wenn Menschen im Freien übernachtet haben. Eine Öffnung der U-  
411 Bahnhöfe ist bis jetzt immer wieder abgelehnt worden. Wir setzen uns deshalb  
412 dafür ein, dass es ein schlüssiges Nothilfeprogramm für die Wintermonate gibt.

413 Mitternachtsbus

414 Seit vielen Jahren fordern wir einen Wärme- oder Mitternachtsbus, der obdach-  
415 und wohnungslose Menschen ohne Übernachtungsplatz versorgt und ihnen  
416 unbürokratische Überlebenshilfen bietet. Seit Ende 2018 gibt es einen Bus, der  
417 vom Malteser Hilfsdienst Dortmund, der Katholischen Stadtkirche Dortmund und der  
418 Katholischen St.-Johannes-Gesellschaft organisiert wird. Der Bus versorgt  
419 mehrmals in der Woche abends in der Innenstadt obdach- und wohnungslose Menschen  
420 mit Tee, Kaffee und heißer Suppe, mit Hygieneartikeln, warmer Kleidung und  
421 Schlafsäcken. Jeden Abend werden damit bis zu 100 Menschen erreicht, versorgt  
422 und unterstützt. Der Betrieb läuft ausschließlich über Ehrenamtliche und wurde  
423 bisher ausschließlich aus Spendenmitteln finanziert. Auf Antrag der GRÜNEN  
424 Ratsfraktion wird der Bus ab 2020 mit 10.000 Euro jährlich unterstützt. Wir  
425 setzen uns dafür ein, dass der Bus perspektivisch ganzjährig fährt und ein  
426 fester Bestandteil der Notfallhilfen für obdach- und wohnungslose Menschen wird.

427 Nothilfeprogramm für EU-Zuwander\*innen

428 Ein großer Teil der Zuwander\*innen aus Südosteuropa ist zunehmend von Armut und

429 Verelendung betroffen oder bedroht, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen für  
 430 die Anerkennungs des Hilfsbedarfs nicht erfüllen. Viele sind obdachlos oder  
 431 leben in prekären Wohnverhältnissen. Sie besitzen weder einen Anspruch auf  
 432 Sozialleistungen noch einen Krankenversicherungsschutz und sind größtenteils von  
 433 integrierenden Hilfeleistungen ausgeschlossen. So ist zum Beispiel eine  
 434 Versorgung mit Lebensmitteln bei der Dortmunder Tafel an die Voraussetzung  
 435 geknüpft, dass für den Erhalt eines Tafelausweises die Bedürftigkeit mit einem  
 436 amtlichen Bescheid über den Bezug von Sozialleistungen nachgewiesen wird. Diesen  
 437 Bescheid haben aber viele der Zuwander\*innen nicht. Für die betroffenen Menschen  
 438 bleiben im Fall der Bedürftigkeit meist nur die offenen Tagestreffs,  
 439 Suppenküchen oder Notfallambulanzen, wo ihnen unabhängig von ihren rechtlichen  
 440 Ansprüchen geholfen wird. Ein eigenständiges niedrighschwelliges Konzept bzw.  
 441 Nothilfeprogramm zur Verbesserung der Lebenssituation der Betroffenen gibt es  
 442 bis heute nicht. Wir wollen, dass ein solches Konzept erstellt wird, das sich an  
 443 den konkreten Lebenslagen orientiert. Bestandteil eines solchen Programms muss  
 444 insbesondere die medizinische Versorgung sein.

445 Stärken vorhandener Tagesaufenthalte – Schaffen dezentraler Tagesaufenthalte  
 446 Die vorhandenen Tagesaufenthalte wollen wir stärken und auch mit kommunalen  
 447 Mitteln absichern. Notwendig sind aber aufgrund der gestiegenen und weiter  
 448 steigenden Zahlen wohnungsloser Menschen mehr kleine dezentrale Möglichkeiten  
 449 des Tagesaufenthalts – vor allem auch für die zunehmende Zahl jugendlicher  
 450 Obdachloser. In den Einrichtungen sind insbesondere Möglichkeiten des Waschens  
 451 und der Körperhygiene zu schaffen.

#### 452 Housing First

453 Vor dem Hintergrund des angespannten Wohnungsmarkts haben Menschen in prekären  
 454 Lebenslagen Probleme, adäquate Wohnungen zu finden. Das gilt besonders für  
 455 bisher Obdach- und Wohnungslose. Das Housing-First Konzept beendet  
 456 Wohnungslosigkeit unmittelbar und bietet flexible wohnbegleitende Hilfen zum  
 457 dauerhaften Wohnungserhalt an. Dabei besteht von Anfang an ein normales,  
 458 unbefristetes Mietverhältnis mit allen Rechten und Pflichten. Das ist ein  
 459 entscheidender Unterschied zum derzeit praktizierten System, in dem Betroffene  
 460 ihre „Wohnfähigkeit“ zunächst unter Beweis stellen müssen. Wir setzen uns dafür  
 461 ein, das Konzept des Housing First in Dortmund einzuführen.

#### 462 3. Kommunale Arbeitsmarktpolitik – Teilhabe für Langzeitarbeitslose

463 Der ökologische Umbau, die Digitalisierung und der technologische Wandel in der  
 464 Arbeitswelt setzen viele Arbeitsplätze unter Veränderungsdruck. Dortmund hat  
 465 eine lange Geschichte des Strukturwandels hinter sich. In den letzten Jahren  
 466 konnte gemeinsam mit vielen arbeitsmarktpolitischen Akteur\*innen, darunter die  
 467 lokale Wirtschaft, die Agentur für Arbeit, das Jobcenter und viele  
 468 Beschäftigungsträger, die Zahl der Menschen ohne Erwerbsarbeit deutlich  
 469 verringert werden. Die Stadt Dortmund soll ihren Einsatz für nachhaltige  
 470 Beschäftigung und gute Arbeit weiter verstärken.

#### 471 Grün wählen für:

##### 472 Strategien für die Teilhabe am Arbeitsmarkt

473 Trotz der Bemühungen der Stadt sind immer noch viele Menschen in Dortmund  
 474 langzeitarbeitslos und mit ihren Familien und Angehörigen von Leistungen des  
 475 Staates abhängig. Im Januar dieses Jahres waren es noch über 83.000 in über  
 476 42.000 Bedarfsgemeinschaften.

477 Das Job Center unterstützt bereits Arbeitgeber\*innen, die Langzeitarbeitslose  
478 über das Teilhabechancengesetz des Bundes in den ersten Arbeitsmarkt  
479 eingliedern. Darüber hinaus brauchen wir für Menschen, die langzeitarbeitslos  
480 sind und absehbar keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, einen  
481 öffentlichen geförderten sozialen Arbeitsmarkt, der eine verlässliche  
482 Perspektive eröffnet. Dazu müssen nicht nur befristete, sondern auch  
483 unbefristete Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Dafür setzen wir uns  
484 auf Bundes- und Landesebene ein.

485 Dortmund hat in den letzten Jahren eigene finanzielle Mittel aufgebracht, um  
486 Langzeitarbeitslosigkeit mit Hilfe von Bundes- und Landesmitteln über Projekte  
487 vor Ort effektiv und nachhaltig zu verringern. Diese Kommunale  
488 Arbeitsmarktstrategie werden wir weiter unterstützen. Statt Arbeitslosigkeit zu  
489 verfestigen, wollen wir Teilhabechancen schaffen und die soziale und ökologische  
490 Infrastruktur in den Quartieren der Stadt stärken.

491 Integration von geflüchteten Menschen durch und in Arbeit  
492 Die Integration von zu uns geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt ist eine  
493 besondere Herausforderung. Klar ist, dass eine echte Integration nur gelingen  
494 kann, wenn ein eigenes Einkommen ein eigenständiges Leben und eine  
495 Lebensperspektive ermöglicht. Wir setzen uns weiterhin für eine Integration der  
496 geflüchteten Menschen in den Dortmunder Arbeitsmarkt ein. Im Rahmen der  
497 Kommunalen Arbeitsmarktstrategie müssen alle arbeitsmarktpolitischen  
498 Akteur\*innen entsprechende Schwerpunkte wie zum Beispiel  
499 Qualifizierungsangebote, Sprachkurse etc. setzen. Mit der Integration begegnen  
500 wir erfolgreich dem zunehmenden Fachkräftemangel bei Dortmunder Unternehmen und  
501 Handwerksbetrieben.

502 Perspektiven für junge Menschen

503 Die Zahl Jugendlicher und junger Erwachsener ohne Arbeit ist in Dortmund immer  
504 noch viel zu hoch. Allein im Januar dieses Jahres waren 2849 junge Menschen  
505 unter 25 Jahren ohne Job. Wer sein Erwerbsleben mit einer Phase der  
506 Arbeitslosigkeit und verbunden damit auch mit Perspektivlosigkeit beginnt, hat  
507 schlechtere Aussichten auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft. Die Grundlagen  
508 für einen guten Start ins Erwerbsleben werden schon früh in der Schule gelegt.  
509 Ein Schulabschluss ist die wichtigste Voraussetzung für eine gute Perspektive  
510 auf dem Arbeitsmarkt. Wir werden Projekte, die Jugendliche und junge Erwachsene  
511 im Übergang von der Schule in einen Beruf unterstützen, fördern.

512 Qualifizierung als Schlüssel zur Beschäftigung

513 Eine zentrale Rolle für die Überwindung von Arbeitslosigkeit spielt die  
514 Qualifizierung insbesondere von langzeitarbeitslosen Menschen. Dabei müssen sich  
515 die Lerninhalte und Lernformen den unterschiedlichen Vorkenntnissen und  
516 Bedürfnissen der Menschen anpassen: Manche benötigen berufliches Basiswissen,  
517 andere brauchen eine gezielte Weiterbildung in ihrem Beruf. Dabei gilt es  
518 insbesondere, die digitale Spaltung zwischen Menschen, die die Technik  
519 beherrschen, und denen, die sie nicht beherrschen, zu verhindern. Nicht jede  
520 Qualifizierung ist für alle Arbeitslosen geeignet und notwendig. Deshalb müssen  
521 die Angebote die Interessen und Bedürfnisse der Arbeitslosen berücksichtigen;  
522 sie müssen zudem nachhaltig in dem Sinne sein, dass sie die Chancen auf einen  
523 existenzsichernden und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz gewähren.  
524 Projekte und Initiativen, die nachhaltige und an den Bedürfnissen der  
525 Teilnehmer\*innen orientierte Angebote machen, unterstützen wir.

526 Leistungen des Dortmund-Passes ausweiten  
527 Mit dem Dortmund-Pass erhalten Menschen, die Sozialleistungen beziehen,  
528 ermäßigten Eintritt für städtische Freizeit- und Kulturangebote. Wir wollen den  
529 Kreis der Anspruchsberechtigten ausweiten auf Bürger\*innen mit geringem  
530 Einkommen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die Leistungen des Dortmund-Passes  
531 analog zu den Vergünstigungen durch die Ehrenamtskarte zu erweitern.

#### 532 4. Alt werden in Dortmund

533 Auch in Dortmund werden viele Menschen immer älter. Unser Ziel ist es, dass sie  
534 dabei so lange wie möglich selbstbestimmt leben und aktiv sein können. Die  
535 meisten Menschen möchten auch im Alter in ihrer gewohnten Umgebung bleiben und  
536 am alltäglichen Leben teilhaben. Deshalb braucht es kurze Wege und Hilfen vor  
537 Ort. Dazu gehören eine gute Nahversorgung, ein guter und preiswerter  
538 öffentlicher Nahverkehr, eine ausreichende Gesundheitsversorgung sowie gut  
539 erreichbare und gut ausgestattete Begegnungs- und Beratungsstellen. Mit ihren  
540 Lebenserfahrungen, ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten bereichern Senior\*innen  
541 unsere Stadtgesellschaft. Wir wollen deshalb die Teilhabe älterer Menschen  
542 ermöglichen und unterstützen, unabhängig davon, wie viel Geld sie haben, wie es  
543 um ihre Gesundheit bestellt ist oder welche Sprache sie sprechen.

#### 544 4.1 Inklusive und starke Infrastruktur für Senior\*innen

545 Wir GRÜNE stehen für ein inklusives Dortmund. Wir stehen für eine Stadt, in der  
546 Chancengleichheit, gerechte Teilhabe und Selbstbestimmung für alle Menschen  
547 sicherzustellen sind. Für uns ist Inklusion eine Querschnittsaufgabe, die alle  
548 Lebensbereiche berührt, insbesondere auch die der älteren Menschen.

#### 549 Grün wählen für:

##### 550 Inklusives Dortmund – Teilhabe und Barrierefreiheit

551 Teilhabe braucht unabdingbar ein entsprechendes barrierefreies Wohnumfeld, das  
552 allen zugutekommt. Wir setzen uns außerdem ein für den weiteren Ausbau von  
553 barrierefreien Haltestellen und von Ampelanlagen für Sehbehinderte sowie die  
554 Absenkung aller Gehwege an Kreuzungen. Auch alle Behörden und Ämter müssen  
555 barrierefrei sein, genauso die Zugänge zu amtlichen Formularen. Barrierefreiheit  
556 muss darüber hinaus bei allen Gebäuden gewährleistet werden, die von der Stadt  
557 Dortmund Investitionszuschüsse erhalten. Wir erwarten, dass der Hauptbahnhof  
558 nach seinem Umbau grundsätzlich barrierefrei ist und erwarten das auch von  
559 anderen Bahnstationen in der Stadt.

560 Wir setzen uns dafür ein, dass Teilhabe im Alltag selbstverständlich wird.  
561 Städtische Veranstaltungssäle sollen grundsätzlich mit induktiven Höranlagen  
562 ausgestattet bzw. nachgerüstet werden, damit hörgeschädigte Menschen auch an  
563 öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen können.

##### 564 Begleitservice für Bus und Bahn

565 Mobilität ist ein wichtiges Kriterium für eine selbstbestimmten Teilhabe am  
566 gesellschaftlichen Leben. Gerade viele ältere und mobilitätseingeschränkte  
567 Menschen mit Rollstuhl, Rollator oder Gehhilfe, aber auch seheingeschränkte,  
568 blinde oder gehörlose Menschen fühlen sich bei der Nutzung von Bussen und Bahnen  
569 unsicher und benötigen Hilfe. Ein ÖPNV-Begleitservice begleitet Fahrgäste von  
570 der Haustür an in allen auf dem Weg erforderlichen öffentlichen Verkehrsmitteln  
571 bis zu ihrem Zielort. Er wäre in einer tendenziell alternden Gesellschaft und  
572 Stadt eine wichtige Ergänzung und Hilfestellung. Die von uns immer wieder



573 geforderte Einrichtung eines solchen Begleitservices ist in den letzten Jahren  
574 aus unterschiedlichen Gründen gescheitert. Wir wollen einen ÖPNV-Begleitservice  
575 in Dortmund weiterhin realisieren.

#### 576 Öffentliche Toiletten ausbauen

577 Ausreichende, barrierefreie und qualitativ gute öffentliche Toiletten gehören  
578 zur kommunalen Daseinsvorsorge einer Stadt. Insbesondere ältere Menschen, aber  
579 auch Menschen mit Behinderung sind auf darauf angewiesen, dass ein stadtweites  
580 Netz öffentlicher Toiletten zur Verfügung steht. Mit der derzeitigen Anzahl  
581 vorhandener öffentlicher Toiletten kann die Stadt Dortmund die gleichberechtigte  
582 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht gewährleisten. Wir setzen uns für ein  
583 Konzept zum Ausbau öffentlicher Toiletten sowie für die stadtweite Umsetzung des  
584 Projekts „Nette Toilette“ ein.

#### 585 Wohnungstauschbörse und Umzugsmanagement

586 Ein Teil der älteren Menschen lebt in Wohnungen, die nicht altersgerecht, nicht  
587 barrierefrei oder inzwischen einfach zu groß sind. Das macht eine eigene und  
588 selbstbestimmte Haushaltsführung oft schwierig. Gleichzeitig wollen viele  
589 Senioren\*innen so lange wie möglich eigenständig leben und in vertrauter  
590 Umgebung ihres Stadtteils bleiben. Viele trauen sich aber einen freiwilligen  
591 Wohnungswechsel ohne Unterstützung nicht zu. Gleichzeitig gibt es junge Familien  
592 mit Kindern, die eine größere Wohnung benötigen. Diese unterschiedlichen  
593 Ansprüche wollen wir zusammenbringen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass in  
594 der Zusammenarbeit von Stadt und Wohnungsbaugesellschaften eine  
595 Wohnungstauschbörse und ein Umzugsmanagement entwickelt werden. (siehe auch  
596 Kapitel Wohnen und Stadtentwicklung).

#### 597 Förderung von Mehrgenerationen-Wohnen

598 Schon jetzt gibt es in Dortmund verschiedene generationenübergreifende  
599 Wohnprojekte, in denen jüngere und ältere Menschen, Familien mit Kindern und  
600 Alleinstehende zusammenleben, planen und entscheiden. Nachbarschaftliches  
601 Miteinander statt sozialer Isolation ist das Motto. Statt in der eigenen Wohnung  
602 zu vereinsamen, sind hier ältere Menschen aktiv eingebunden. Wir werden weitere  
603 Mehrgenerationen-Wohnprojekte in Dortmund unterstützen und fördern.

#### 604 Schaffung von Gesundheitskiosken

605 In einigen Stadtteilen ist die ärztliche Versorgung nicht ausreichend gegeben,  
606 weil es nicht genug Arztpraxen gibt. Gerade für ältere Menschen ist das ein  
607 Problem. Sogenannte Gesundheitskioske bieten in anderen Städten eine  
608 niedrigschwellige ambulante Versorgung und Beratung vor Ort, helfen bei der  
609 Suche nach medizinischem Personal, bei Vor- und Nachbereitungen von Arztbesuchen  
610 oder auch Aufklärung und Erläuterungen von medizinischen Befunden. Angliedert  
611 ist zum Teil auch eine ambulante Pflege für chronisch kranke Patient\*innen. Wir  
612 wollen die Einrichtung von Gesundheitskiosken in Dortmund prüfen.

#### 613 Weiterentwicklung Städtischer Seniorenheime

614 Die Städtische Seniorenheime gGmbH mit acht Seniorenheimen und fast 1.000  
615 Plätzen im Stadtgebiet ist eine wichtige kommunale Daseinsvorsorge für das  
616 betreute Wohnen älterer Menschen, die nicht mehr in ihrer eigenen Wohnung leben  
617 können. Wir wollen diese Seniorenheime stärken und weiterentwickeln, gerade  
618 hinsichtlich interkultureller Ansätze. Den Bereich der Service-Wohnungen für  
619 Senior\*innen wollen wir ausbauen. Gleichzeitig befürworten wir den Ausbau  
620 ambulanter Dienste.

## 621 4.2 Selbstbestimmt alt werden

## 622 Seniorenbeirat stärken

623 Der gewählte Beirat für Senior\*innen ist ein wichtiges kommunales Gremium, das  
624 den Anliegen älterer Menschen in Dortmund eine Stimme gibt. Wir wollen den  
625 Beirat in seiner Arbeit unterstützen und stärken. Dazu zählt auch ein  
626 verankertes Rederecht der Mitglieder des Seniorenbeirates in den  
627 Bezirksvertretungen

## 628 Seniorenbüros stärken

629 Die zwölf Seniorenbüros in Trägerschaft der Stadt und der Verbände der Freien  
630 Wohlfahrtspflege sind ein wichtiger Anlaufpunkt in jedem Stadtteil für Hilfen im  
631 Alltag, für die Kooperation mit medizinischem Personal und Pflegediensten, für  
632 Begegnungsmöglichkeiten und Kommunikation, aber auch für die Vermittlung von  
633 bürgerschaftlichem Engagement aktiver Senior\*innen. Wir setzen uns dafür ein,  
634 die Angebote der Seniorenbüros weiter auszubauen. Notwendig sind dabei gerade  
635 vor dem Hintergrund vieler älter Zuwander\*innen vermehrt auch kultursensible  
636 Ansprechpartner\*innen. Die Zusammenarbeit der Seniorenbüros mit vorhandenen  
637 Seniorenbegegnungsstätten wollen wir fördern.

## 638 Nachbarschaftsprojekte ausbauen

639 Starke Nachbarschaften und lebendige Quartiere stärken die Qualität des  
640 Wohnumfeldes und das soziale Zusammenleben. Das ist insbesondere für ältere  
641 Menschen von großer Bedeutung, die möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung und  
642 der vertrauten Umgebung ihres Quartiers bleiben wollen. Wir setzen uns deshalb  
643 dafür ein, nachbarschaftliche Projekte in der Stadt zu fördern und zu  
644 realisieren.

## 645 Kultursensible Senior\*innenarbeit, Beratung und Pflege stärken

646 Alt werden in der Fremde, die aber doch Heimat geworden ist, ist nicht immer  
647 leicht. Wir setzen uns dafür ein, Angebote der Senior\*innenarbeit, der Beratung  
648 und Pflege auf die Bedürfnisse von Senior\*innen mit Migrationshintergrund  
649 abzustimmen und zu verbessern.

## 650 5. Drogenhilfe in Dortmund: Hilfe statt Sanktion

651 Wir stehen für eine humane Drogen- und Suchtpolitik, die Drogen weder  
652 verharmlost noch ideologisch verteufelt. Kinder und Jugendliche wollen wir  
653 wirksam vor Drogen schützen. Die Selbstverantwortung mündiger Erwachsener wollen  
654 wir stärken, ebenso die wirksame Prävention. Abhängige benötigen Hilfe,  
655 Konsument\*innen sollten nicht länger kriminalisiert werden. Mit einer  
656 Entkriminalisierung insbesondere von Cannabis werden Polizei und  
657 Staatsanwaltschaften entlastet und finanzielle Mittel frei für Prävention,  
658 Schadensminderung und bessere Therapieangebote.

659 Prävention und die Hilfen für drogenabhängige Menschen sind in Dortmund an  
660 vielen Stellen gut ausgebaut. Und trotzdem gibt es Lücken im System, die gefüllt  
661 werden müssen. Wir wollen deshalb das aktuelle Drogenhilfekzept  
662 weiterentwickeln.

663 Zur besseren Stabilisierung drogenkonsumierender Menschen braucht es unter  
664 anderem niedrigschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten. Wir wollen im Rahmen des  
665 Teilhabechancengesetz entsprechende Möglichkeiten anzubieten.

## 666 Grün wählen für:

667 Stärkung der Prävention für Kinder und Jugendliche  
668 Wir setzen uns ein für eine verstärkte und glaubwürdige Drogenprävention.  
669 Insbesondere Kinder und Jugendliche wollen wir wirksam vor Drogen schützen,  
670 indem wir z.B. die Werbung für Drogen wie Alkohol und Nikotin auf allen  
671 städtischen Werbeflächen ausschließen. Durch das Präventionsprojekt „Klasse  
672 2000“ sind in der Vergangenheit zu wenige Kinder erreicht worden. Wir wollen das  
673 Projekt ebenso erweitern und stärken wie andere vorhandene Präventionsmaßnahmen  
674 und -angebote.

675 Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis  
676 Cannabis ist die am häufigsten konsumierte illegale Droge. Die Zahl der  
677 Konsument\*innen ist in den letzten Jahren auch in Dortmund deutlich gestiegen.  
678 Verbote führen offensichtlich nicht zu einer Vermeidung des Konsums, sondern  
679 fördern stattdessen in mehrfacher Hinsicht eine Kriminalisierung: Durch den  
680 illegalen Handel werden Schwarzmarktstrukturen gestärkt, bei denen auch  
681 verunreinigtes Cannabis und harte Drogen ins Spiel kommen. Eine kontrollierte  
682 Abgabe von Cannabis mit einem kontrollierten Wirkstoffgehalt kommt deshalb nicht  
683 nur dem gesundheitsrelevanten Aspekt viel näher als ein Verbot, sondern hat auch  
684 positive Effekte für den Jugendschutz und schwächt den Schwarzmarkt.  
685 Wir setzen uns deshalb für die legale und kontrollierte Abgabe von Cannabis ein.  
686 Damit sollen – im Gegensatz zu heute – der Verbraucher- und Jugendschutz  
687 gestärkt werden. Sollte es die Möglichkeit von Modellprojekten zur  
688 kontrollierten Abgabe von Cannabis geben, wollen wir sie für Dortmund nutzen.

689 Ausweitung der Öffnungszeiten und der Nutzung des Drogenkonsumraums  
690 Das inzwischen zum Grafenhof umgezogene und von der Aidshilfe betriebene Cafe  
691 Kick mit dem Dortmunder Drogenkonsumraum ist eine überlebenswichtige Einrichtung  
692 für viele Menschen, die aus dem Hilfesystem der Stadt nicht mehr wegzudenken  
693 ist. Drogenabhängige haben dort einen festen Anlaufpunkt, an dem sie sicher,  
694 hygienisch und unter ärztlicher Aufsicht ihre Drogen konsumieren können, statt  
695 sich in Hauseingängen oder Hinterhöfen zu verstecken. Zusätzlich werden Spritzen  
696 und Kanülen gezielt gesammelt und entsorgt, statt auf Spielplätzen oder anderen  
697 Orten herumzuliegen. Der Drogenkonsumraum nutzt also auch der gesamten Stadt.  
698 Trotz der auch auf GRÜNE Initiative vorgenommenen Ausweitung der Plätze reichen  
699 die Kapazitäten des Drogenkonsumraums nicht aus. Wir setzen uns deshalb dafür  
700 ein, dass die Öffnungszeiten weiter ausgeweitet werden.  
701 Momentan können nur in Dortmund gemeldete Drogenabhängige den Konsumraum nutzen,  
702 auswärtige Abhängige nicht. Viele von ihnen kaufen ihre Drogen in Dortmund und  
703 konsumieren sie dann zwangsläufig im Umfeld des Konsumraums oder irgendwo in der  
704 Stadt – mit allen negativen Begleiterscheinungen bis hin zu weggeworfenen  
705 Spritzen. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns dafür ein, dass der  
706 Wohnortnachweis für die Nutzung des Konsumraums entfällt.

707 Ausbau der Hilfsangebote in der Nordstadt  
708 Insbesondere die Nordstadt braucht hinsichtlich der Drogensituation dringend  
709 weitere Hilfen. Das Ordnungsamt hat klar beschrieben, wie die momentane  
710 Situation aussieht: Auf Spielplätzen, auf öffentlichen Straßen und Plätzen, in  
711 Grünanlagen oder in Hauseingängen werden weiche und harte Drogen konsumiert und  
712 gehandelt.  
713 Der bereits vorhandene Drogenkonsumraum am Grafenhof wird von vielen Abhängigen  
714 der Nordstadt aufgrund der Entfernung nicht genutzt. Die Bewohner\*innen der  
715 Nordstadt haben aber zu Recht die Erwartung, dass die Szene ihre Drogen nicht  
716 mehr vor und in ihren Hauseingängen konsumiert. Ordnungspolitische Maßnahmen

717 allein werden dieses Problem nicht lösen. Wir setzen uns deshalb dafür ein,  
718 zusätzliche niedrigschwellige Hilfsangebote für Abhängige zu schaffen, die auch  
719 den Bürger\*innen vor Ort helfen. Dazu zählt auch die Ausweitung der  
720 Straßensozialarbeit insbesondere rund um den Nordmarkt.

721 Wir setzen uns dafür ein, einen der geplanten neuen Tagesaufenthalte für  
722 Drogenabhängige in der Nordstadt mit Wasch- und Konsummöglichkeiten  
723 auszustatten. Außerdem ist die Installierung von Spritzenautomaten zur  
724 Versorgung mit sauberen Spritzen und zur sauberen Entsorgung gebrauchter  
725 Spritzen zu prüfen.

726 Intensivierung der Substitutionsbehandlung durch Diamorphin-Vergabe für  
727 Schwerstabhängige  
728 Dortmund hat mit über 40 niedergelassen Ärztinnen und Ärzte sowie der  
729 Methadonambulanz des Gesundheitsamtes ein breites und gut aufgestelltes Angebot  
730 der Substitutionsbehandlung. Dieses Angebot wollen wir erhalten und stärken.  
731 Seit vielen Jahren fordert die GRÜNE Ratsfraktion darüber hinaus eine  
732 Diamorphin-Vergabe für Schwerstabhängige. Die Gründe dafür liegen auf der Hand:  
733 Insbesondere für hochgradig drogenabhängige Frauen, die seit Jahren und ohne  
734 Perspektive in der Nordstadt der Prostitution nachgehen, ist ein Diamorphin-  
735 Programm eine Möglichkeit, den Teufelskreis aus Sucht und Prostitution zu  
736 durchbrechen. Viele von ihnen befinden sich in einer schwierigen  
737 gesundheitlichen Situation, die sich durch den hohen Kontrolldruck nach der  
738 Schließung des Straßenstrichs erheblich verschärft hat. Auch Strafverfahren und  
739 Freiheitsstrafen führten in der Regel nicht zu einem Ausstieg aus Prostitution  
740 und Sucht. Das zeigt auch, wie wenig repressive Maßnahmen gegen Drogensucht  
741 helfen.

742 Immer wieder ist die Forderung nach einer Diamorphin-Vergabe aus  
743 unterschiedlichen Gründen abgelehnt worden. Inzwischen hat eine Mehrheit des  
744 Rates zumindest einer Machbarkeitsstudie für eine Vergabe in städtischer  
745 Trägerschaft zugestimmt. Wir setzen uns dafür, dass schnellstmöglich eine  
746 Diamorphin-Vergabe in Dortmund realisiert wird.

747 Entwicklung eines Konzepts für Drogenkonsumierende im Alter  
748 Durch das verbesserte Hilfesystem erreichen Konsumierende inzwischen ein immer  
749 höheres Alter. Dadurch wird das Thema der Pflege für ältere Drogenabhängige  
750 aktuell und stellt besondere Anforderungen. Denn viele der Betroffenen leiden an  
751 körperlichen und seelischen Folgeerkrankungen, an Mobilitätsstörungen bis hin  
752 zur Körperbehinderung. Bereits seit vielen Jahren bietet das Landesmodellprojekt  
753 LÜSA (Langzeit Übergangs- und Stützungsangebot) in Unna als niedrigschwellige  
754 stationäre Wohneinrichtung stationäre Plätze in verschiedenen konzipierten  
755 Wohnangeboten für mehrfach schwerstgeschädigte chronisch drogenabhängige  
756 Menschen an. Wir setzen uns dafür ein, dass ein ähnliches Konzept für ältere  
757 Drogenabhängige auch in Dortmund entwickelt und umgesetzt wird.

## 758 6. Hilfe für Menschen in Prostitution

759 In Dortmund arbeiten über 1.000 Frauen und Männer in der Prostitution. Unser  
760 Ziel ist es, ihre rechtliche und soziale Situation zu verbessern. Gleichzeitig  
761 setzen wir uns für ihren größtmöglichen Schutz ein. Wichtig ist uns, sie vor  
762 jeglicher Form von Ausbeutung und Gewalt zu schützen. Wir stellen uns aber auch  
763 gegen alle Bestrebungen, Menschen in der Prostitution zu kriminalisieren und zu  
764 diskriminieren. Es gibt keine Belege dafür, dass durch Repressionen und  
765 Kriminalisierung die Prostitution verhindert wird. Ein Verbot der Prostitution

766 lässt diese nicht verschwinden, wie Erfahrungen anderer Länder zeigen.  
767 Prostitution würde verlagert, weniger sichtbar, wodurch Prostituierte weniger  
768 geschützt werden können. Stattdessen wollen wir Beratungs- und Hilfsangebote  
769 stärken.

770 Grün wählen für:

771 Das Dortmunder Modell – Unterstützung der Beratungs- und Hilfsangebote  
772 Seit vielen Jahren gibt es den „Runden Tisch Prostitution“, an dem neben der  
773 Verwaltung auch Beratungsstellen, Betreiber\*innen der Linienstraße und  
774 bordellähnlicher Betriebe, Prostituierte sowie die Polizei teilnehmen. Ziel  
775 dieses Dortmunder Modells ist es, die Belange aller Beteiligten zu  
776 berücksichtigen und sich auf gemeinsame Ziele zu einigen. Auch der Runde Tisch  
777 “Kinder und Jugendliche in der Prostitution” verfolgt das Ziel schneller und  
778 unbürokratischer Hilfen, um einem Verbleib junger Menschen im Milieu  
779 entgegenzuwirken. Wir setzen uns dafür ein, die Arbeit der Runden Tische  
780 fortzusetzen und das Dortmunder Modell weiterzuentwickeln.

781 Seit 2014 wird im Rahmen der Neuordnung der Hilfen für Prostituierte die  
782 Mitternachtsmission als Fachberatungsstelle mit städtischen Mittel gefördert.  
783 Inhalt der Arbeit sind neben den psychosozialen Beratungsangeboten auch die  
784 aufsuchende Sozialarbeit und Streetwork sowie umfassenden Ausstiegshilfen.  
785 Zusätzlich bietet auch die Beratungsstelle KOBEL Unterstützungshilfen für  
786 betroffene Frauen. Wir wollen die vorhandenen Beratungs- und Hilfsangebote  
787 erhalten und absichern und sie bei Bedarf mit finanzieller Unterstützung der  
788 Stadt ausweiten.

789 Wahrung der Persönlichkeitsrechte

790 Das neue Prostituiertenschutzgesetz gilt seit dem 01. Juli 2017 und hat durch  
791 die neue Beratungs- und Anmeldepflicht zum Teil gravierende Auswirkungen. Viele  
792 Frauen üben die Prostitution im Verborgenen und ohne Kenntnis ihres privaten  
793 Umfelds aus. Durch die Anmeldebescheinigung und die Weiterleitung der Daten an  
794 die Finanzbehörden besteht die Befürchtung, dass diese Anonymität aufgehoben  
795 wird und die Betroffenen im Zweifelsfall erpressbar werden. Wir setzen uns dafür  
796 ein, dass die Durchführung der gesundheitlichen Beratung im Gesundheitsamt  
797 personell angemessen ausgestattet ist und kostenfrei bleibt. Es ist dafür Sorge  
798 zu tragen, dass im Zuge der Anmeldung die Anonymität bestmöglich geschützt wird.

799 Hilfe durch eine Diamorphin-Ambulanz

800 Mit den bestehenden Unterstützungsangeboten wurden bisher nur unzureichend  
801 drogenabhängige Frauen in der Prostitution erreicht. Eine Diamorphin-Vergabe  
802 bietet eine Möglichkeit, den Teufelskreis aus Sucht und Prostitution zu  
803 durchbrechen. Wir setzen uns dafür ein, dass schnellstmöglich eine Diamorphin-  
804 Ambulanz in Dortmund realisiert wird. (siehe auch Programmteil „Drogenhilfe“)

805 Absicherung und Finanzierung der Arbeit zum Schutz der Kinder und Jugendlichen  
806 Auch Minderjährige prostituieren sich in Dortmund oder werden zum Teil zur  
807 Prostitution gezwungen. Die Beratungsstellen gehen von deutlich mehr als 50  
808 Mädchen aus. Viele von ihnen haben den Kontakt zum Elternhaus und Freundeskreis  
809 abgebrochen, leben in der Obdachlosigkeit, leiden unter Alkohol- und  
810 Drogenkonsum sowie unter gesundheitlichen Problemen. Für ihre Beratung und für  
811 Hilfen zum Ausstieg gibt es bisher keine öffentlichen Zuschüsse; auch die  
812 Beratung und Prävention gegen das so genannte CyberGrooming, die gezielte  
813 Ansprache von Kindern im Internet zur Anbahnung sexueller Kontakte ist zur Zeit

814 nicht finanziell gesichert. Die Beratungsstellen sind für diese Teile ihrer  
815 Arbeit auf Spenden angewiesen. Wir setzen uns dafür ein, dass Hilfsangebote und  
816 Ausstiegsarbeit, Prävention in Schulen und Onlineberatung ausreichend finanziert  
817 und abgesichert werden.

818 Stärkung der Beratungsangebote für männliche Prostituierte  
819 Nach einer wissenschaftlichen Studie ist Dortmund ein Zentrum der männlichen  
820 Prostitution im östlichen Ruhrgebiet. Ca. 250 Jungen und Männer gehen in unserer  
821 Stadt regelmäßig der Prostitution nach. Zumeist sind sie von massiven  
822 psychosozialen und gesundheitlichen Problemen betroffen. Wir setzen uns für die  
823 weitere und ausreichende Unterstützung von Präventions-, Beratungs- und  
824 Begleitangeboten für männliche Prostituierte ein.

825 Finanzierung der Beratung für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution  
826 Insbesondere viele afrikanische Frauen sind während ihrer Flucht Opfer von  
827 Menschenhandel und Zwangsprostitution geworden – darunter auch Minderjährige.  
828 Die Altersfeststellungen durch das Jugendamt sind unter Umständen für die jungen  
829 Frauen sehr belastend. Beratungsarbeit wird vom Land nur für die Frauen  
830 gefördert, die in Deutschland und nicht auf ihrer Flucht Opfer von  
831 Menschenhandel geworden sind. Wir setzen uns dafür ein, dass Hilfsangebote für  
832 alle Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution zur Verfügung gestellt  
833 werden. Hier ist insbesondere das Land gefragt.

834 7. Sicherheit in Dortmund: Bürger\*innen-Rechte achten

835 In den vergangenen Jahren ist die Kriminalität in Dortmund kontinuierlich  
836 gesunken. Gleichzeitig werden immer mehr Verbrechen aufgeklärt. Trotzdem leben  
837 einige Menschen in Angst vor Gewalt, Einbruchskriminalität oder Übergriffen im  
838 öffentlichen Raum, auf Straßen und Plätze oder auch im ÖPNV. Dieser  
839 widersprüchlichen Entwicklung stellen wir uns mit bedachtem Handeln und einer  
840 nüchternen Analyse. Wir setzen dabei auf städtebauliche und gestalterische  
841 Maßnahmen, um Angsträume zu minimieren, und weiter auf eine Stärkung der  
842 Nachbarschaft innerhalb der Quartiere sowie auf eine effektive,  
843 partnerschaftliche Zusammenarbeit der städtischen Behörden mit der Polizei. Zu  
844 einem sicheren Dortmund gehört für uns auch die Stärkung von Feuerwehr und  
845 Katastrophenschutz.

846 7.1 Polizei, Stadt und Bürger\*innen in partnerschaftlichem Zusammenwirken

847 Grün wählen für:

848 Bürger\*innennahe Polizei statt Videobeobachtung  
849 Wir wollen eine Stadt, in der sich die Bürger\*innen frei und ungezwungen und  
850 gleichzeitig sicher bewegen können. Eine Ausweitung der Videobeobachtung und -  
851 überwachung im öffentlichen Raum führt zu mehr Überwachung und eventuellen  
852 Verdrängungseffekten ohne Lösung der eigentlichen Probleme. Studien belegen,  
853 dass Videobeobachtung Straftaten nicht verhindern kann. Zusätzlich sprechen  
854 Datenschutz und Eingriffe in persönliche Freiheitsrechte gegen ein Mehr an  
855 Überwachung. Auch die Landesdatenschutzbeauftragte NRW warnt vor dem Risiko  
856 einer nahezu uferlosen Ausweitung polizeilicher Videoüberwachung im öffentlichen  
857 Raum. Dies würde schrittweise auch zu einer Desensibilisierung für die  
858 Problematik der Videoüberwachung führen. Wir lehnen deshalb einen Ausbau von  
859 Videobeobachtung und -überwachung ab.  
860 Die 2016 aufgrund einer Entscheidung von Innenministerium und Polizei in der

861 Brückstraße und am Platz von Leeds installierten Kameras haben nicht zu mehr  
862 Sicherheit geführt. Im videobeobachteten Bereich kam es sogar zu einem Anstieg  
863 von Straßekriminalität. Gleichzeitig führen die Kameras zu einer Zunahme von  
864 Überwachung und Beobachtung unbeteiligter Personen.

865 Die nun neu geplanten Kameras in der Münsterstraße waren noch 2016 von der  
866 Polizei mit der Begründung verworfen worden, dass eine Videobeobachtung dort die  
867 Dealerszene und andere Straftäter in umliegende Wohnviertel verdrängen könnte.  
868 Während auf dem Weg durch die Einkaufspassagen Alternativen gewählt werden  
869 können, ist dies auf dem Weg zur eigenen Wohnung nicht möglich. Daher lehnen wir  
870 eine Überwachung reiner Wohngebiete, die zudem ganze Straßen stigmatisiert, ab.  
871 Wir setzen uns stattdessen für regelmäßige Streifen einer bürger\*innennahen  
872 Polizei und der kommunalen Ordnungspartnerschaften ein, um auch durch den  
873 persönlichen Austausch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken und  
874 Straftaten durch schnelles und regelmäßiges Einschreiten zu verhindern.

875 Kommunale Polizei-Beschwerde-Stelle  
876 Seit 1996 erneuert der UN-Menschenrechtsausschuss immer wieder seine Forderung  
877 nach einem unabhängigen Mechanismus zur Untersuchung von Beschwerden über  
878 widerrechtliche Gewaltanwendung durch Polizeibeamt\*innen.

879 Auch die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und  
880 Grundfreiheiten gewährleistet ein Verbot von erniedrigender Behandlung (Art. 3)  
881 und unterstreicht, dass bei Misshandlungsvorwürfen gegen die Polizei ein  
882 effektives und offizielles Ermittlungsverfahren eingeleitet werden muss. Dieses  
883 individuelle Recht auf effektive Beschwerde bei innerstaatlichen Instanzen  
884 entspricht den Grundprinzipien einer demokratischen Gesellschaft. Daher werden  
885 wir die Möglichkeiten zur Einrichtung eines effektiven und unabhängigen  
886 kommunalen Polizei-Beschwerdesystems prüfen.

887 Kommunale Ordnungspartnerschaften  
888 Die Kommunalen Ordnungspartnerschaften mit der paritätischen Besetzung der  
889 Streifen durch Ordnungsamt und Polizei haben sich seit vielen Jahren bewährt.  
890 Die Streifen tragen objektiv zu einer erhöhten Sicherheit bei und steigern  
891 gleichzeitig das subjektive Sicherheitsempfinden vieler Bürger\*innen. Seit  
892 längerem sind die paritätisch besetzten Ordnungspartnerschaften allerdings nicht  
893 mehr die Regel, sondern die Ausnahme. Die Zahl der beteiligten Polizist\*innen  
894 hat sich reduziert, gleichzeitig ist die Zahl der rein städtisch besetzten  
895 Doppelstreifen gestiegen. Das sehen wir kritisch. Wir setzen uns dafür ein, die  
896 Streifen wieder grundsätzlich mit je einem/einer Mitarbeiter\*in des  
897 Ordnungsamtes und einem/einer Polizeibeamt\*in zu besetzen. Das Land ist  
898 aufgefordert, die dafür benötigten zusätzlichen Stellen der Polizei zur  
899 Verfügung zu stellen. Die Ausrüstung der städtischen Mitarbeiter\*innen mit  
900 Schlagstöcken oder anderen Waffen lehnen wir ab.

901 Steigerung des Subjektiven Sicherheitsempfindens  
902 Eine geringe Aufenthaltsqualität öffentlicher Plätze und Räume erhöht das Risiko  
903 sogenannter „Angsträume“, an denen Menschen Angst haben, Opfer von Kriminalität  
904 zu werden. Das führt teilweise dazu, dass viele Menschen bestimmte Wege oder  
905 Orte nicht mehr benutzen. Wir setzen uns für eine Stadtplanung und -entwicklung  
906 ein, die die Sicherheit öffentlicher Räume und Wege mit in den Mittelpunkt  
907 stellt. Plätze und Wege müssen übersichtlich, gut beleuchtet und barrierefrei  
908 sein. Wenn Menschen ihre Stadt, ihren Stadtteil, ihr Quartier als sicher  
909 empfinden, wenn Plätze zu belebten Orten werden, an denen soziale Kontrolle  
910 stattfindet, dann sinkt das Risiko für Kriminalität und das subjektive

911 Sicherheitsempfinden steigt. Wir wollen deshalb eine systematische Analyse zur  
 912 Erfassung sogenannter „Angsträume“ auf Wegen, Straßen und Plätzen im  
 913 öffentlichen Raum und ein Programm zur Umsetzung geeigneter Maßnahmen.

914 Entkriminalisierung von Cannabis

915 Durch den illegalen Handel mit Drogen – insbesondere mit Cannabis – werden auch  
 916 in Dortmund Schwarzmarktstrukturen gestärkt, bei denen auch harte Drogen ins  
 917 Spiel kommen. Wir setzen uns deshalb für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis  
 918 ein. Damit würden nicht nur erwachsene Konsument\*innen entkriminalisiert,  
 919 sondern auch der Schwarzmarkt auf Straßen, Plätzen oder in Parks reduziert. Das  
 920 führt zu einer erhöhten Sicherheit und Aufenthaltsqualität. Gleichzeitig werden  
 921 damit auch Polizei, Justiz und Ordnungsbehörden von zeitraubenden, kostspieligen  
 922 und ineffektiven Einsätzen und Verfahren entlastet und stehen für andere  
 923 Aufgaben zur Verfügung, zum Beispiel für einen bürger\*innennahen Streifendienst.  
 924 (siehe auch Programmteil „Drogenhilfe“).

925 7.2 Bürgerschaftliches Engagement für ein sicheres Dortmund

926 Grün wählen für:

927 Solidarische Stadtteile und Quartiere

928 Starke Nachbarschaften und lebendige Quartiere stärken das soziale  
 929 Zusammenleben, führen zu einer höheren Qualität des Wohnumfeldes und stärken  
 930 auch das Sicherheitsbefinden. Die Identifikation von Bürger\*innen mit ihren  
 931 Quartieren entsteht u.a. durch die Einbindung in die gemeinsame Planung und  
 932 Gestaltung von Stadtvierteln, Wegen, Straßen und Plätzen in ihrem Lebensumfeld.  
 933 Bürger\*innen, die den öffentlichen Raum zu ihrer eigenen Angelegenheit machen  
 934 können, kümmern sich auch verstärkt um ihr Quartier und die dort lebenden  
 935 Menschen.

936 Wir wollen deshalb möglichst viele nachbarschaftliche Projekte in der Stadt  
 937 realisieren, um mehr Bürger\*innen in die Gestaltung ihrer Stadt einbeziehen zu  
 938 können. Die Stadt ist gefordert, selbstinitiierte Projekte im Rahmen ihrer  
 939 Möglichkeiten zu unterstützen, Freiflächen zu erfassen und zu vermitteln und als  
 940 Ansprechpartnerin zum Beispiel für ordnungsrechtliche Probleme zur Verfügung zu  
 941 stehen.

942 Als Ansprechpartner\*innen für Sorgen und Nöte vor Ort möchten wir weiterhin die  
 943 Arbeit der Quartierskümmerer\*innen im gesamten Stadtgebiet fördern. Durch ihre  
 944 vielfältige Tätigkeit – von kleineren Reinigungsarbeiten über die Konfliktlösung  
 945 bis hin zur Unterstützung von sozialen Institutionen, Vereinen oder  
 946 Veranstaltungen – nehmen die Quartierskümmerer\*innen eine bedeutende Rolle im  
 947 Rahmen der Stadtteile ein. Wir befürworten, dass auch zukünftig  
 948 Langzeitarbeitslose als Quartierskümmerer\*in eingesetzt werden, um auf dem  
 949 ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen.

950 Kommunikatives Konfliktmanagement vor Ort

951 Wir setzen uns dafür ein, ein so genanntes Allparteiliches Konfliktmanagement  
 952 (AKIM) für Dortmund einzuführen. Eine derartige Einrichtung gibt es bereits mit  
 953 Erfolg in anderen Städten. Das AKIM ist eine zentrale Stelle, die für das  
 954 gesamte Stadtgebiet bei Anfragen zu Konfliktlösungen im öffentlichen Raum eine  
 955 erste Konfliktanalyse vornimmt und vor Ort mit rein kommunikativen Mitteln  
 956 präsent ist.

957 Die AKIM-Konfliktmanager\*innen werden bei Konflikten an öffentlichen Plätzen  
 958 aktiv, dort, wo andere Stellen nicht zuständig sind oder ihr Einsatz nicht



959 verhältnismäßig wäre. Die AKIM-Konfliktmanager\*innen agieren vor Ort, um durch  
960 ihre Präsenz Konflikte zu beruhigen und vermittelnd einzugreifen, sprechen mit  
961 den Konfliktparteien und informieren sie ggf. über die Regeln im öffentlichen  
962 Raum. Sie benennen zuständige Stellen für weiterführende Hilfe oder schalten  
963 sich direkt ein. Dabei setzen sie sich für die Interessen und Belange aller  
964 Nutzergruppen ein und versuchen zwischen ihnen zu vermitteln. In München wurde  
965 das Allparteiliche Konfliktmanagements mit dem Eurocities Award 2019  
966 ausgezeichnet, weil es niedrigschwellig und mit wenig Aufwand stadtwweit  
967 unterschiedliche Konflikte im öffentlichen Raum bearbeitet.  
968 Zusätzlich wollen wir die Einrichtung von Nachtbürgermeister\*innen prüfen  
969 lassen. In vielen Städten gibt es schon eine solche Stelle zur Vernetzung von  
970 Nachtkultur und Nachtökonomie sowie zur Lösung von Konfliktsituationen zwischen  
971 Gastronomie, Besucher\*innen und Anwohner\*innen.

### 972 7.3 Zukunftsfähigkeit von Feuerwehr und Katastrophenschutz

973 Grün wählen für:

974 Sicherung der Infrastruktur und finanziellen Mittel

975 Absehbar werden die Ansprüche an Feuerwehr und Katastrophenschutz weiter  
976 steigen: Der Klimawandel führt vermehrt zu Hitzeperioden und Trockenheit, aber  
977 auch zu Starkregen mit Überschwemmungen. Wir setzen uns dafür ein, dass die für  
978 diese Aufgaben notwendige Infrastruktur und die notwendigen finanziellen Mittel  
979 zur Verfügung gestellt wird. Dabei ist auch die Interkommunale Zusammenarbeit  
980 der Feuerwehren zu stärken.

981 Die dezentral in den Stadtbezirken angesiedelten Standorte der Feuerwehr sind im  
982 Katastrophenfall Anlaufstellen für die Bevölkerung. Wir setzen uns dafür ein,  
983 dass alle Bürger\*innen umfassend und transparent informiert werden, wie sie sich  
984 im Gefahrenfall verhalten sollen und welche Möglichkeiten es zur Information  
985 gibt. Die bisherigen Möglichkeiten sind zu überprüfen und gegebenenfalls zu  
986 ergänzen.

987 Anpassung der Rettungsdienste an eine alternde Gesellschaft

988 Zusammen mit den Hilfsorganisationen sorgt die Feuerwehr für einen  
989 flächendeckenden Rettungsdienst, notärztliche Versorgung und Krankentransporte.  
990 In einer tendenziell älter werdenden Gesellschaft steigen die Anforderungen an  
991 einen effektiven Rettungsdienst. Der städtische Rettungsdienstbedarfsplan bietet  
992 eine gute Grundlage, um im Notfall Leben zu retten. Wir setzen uns dafür ein,  
993 dass in Notfällen auch weiterhin der Einsatzort in der Regel innerhalb von 8  
994 Minuten erreicht wird.

995 Unterstützung und Anerkennung für die Haupt- und Ehrenamtlichen

996 Die Feuerwehr, der Rettungsdienst und der Katastrophenschutz in Dortmund sind  
997 gut aufgestellt; die Dienste genießen in der Öffentlichkeit im allgemeinen  
998 großes Vertrauen und hohes Ansehen. Zu verdanken ist dies insbesondere dem hohen  
999 Engagement und dem Leistungsstand der haupt- und vor allem auch der  
1000 ehrenamtlichen Akteuren. . Deshalb wenden wir uns entschieden gegen Anfeindungen  
1001 und gewalttätige Übergriffe. unterstützen wir das Engagement von Feuerwehr und  
1002 Hilfsorganisationen bei der Gewinnung neuer Mitwirkender – insbesondere auch von  
1003 Dortmunder\*innen mit Migrationsgeschichte. Ebenso unterstützen wir die Feuerwehr  
1004 mit Nachdruck bei der Nachwuchsförderung und der Jugendarbeit der  
1005 Jugendfeuerwehr.

1006 Aktualisierung des Dortmunder Pandemieplans  
1007 Das Corona-Virus hat gezeigt, dass eine Pandemie innerhalb kürzester Zeit eine  
1008 Stadt, ja ein ganzes Land lahmlegen kann – mit massiven Auswirkungen und  
1009 Konsequenzen. Wir wollen aus Corona lernen und setzen uns dafür ein, den seit  
1010 2012 bestehenden Dortmunder Pandemieplan aufgrund der Erfahrungen mit Corona  
1011 dringend zu aktualisieren.

## A7 A4: GRÜN IST ... DIE ZUKUNFT!

Antragsteller\*in: Stefan Rath (KV Dortmund)

### Text

- 1 Grün ist ... die Zukunft
- 2 ...wie wir Dortmund mit guter Bildung, nachhaltiger Wirtschaft und einer
- 3 handlungsfähigen Verwaltung zu einer Stadt von morgen machen wollen...
- 4 Inhalt
- 5 1. Kinder und Jugendliche
- 6 1.1 Unterstützung von Kindern und Familien
- 7 1.2 Selbstbestimmte Kindheit und Jugend
- 8 1.3 Queer dir deine Welt
- 9 1.4 Nachhaltige Unterstützung Jugendlicher
- 10 2.Vorschulische Bildung und Erziehung
- 11 2.1 Ausbau der Betreuungsplätze
- 12 2.2 Qualität in der Betreuung
- 13 2.3 Unterstützung des Personals in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen
- 14 3. Schule und Bildung
- 15 3.1 Stärkung der Dortmunder Schullandschaft
- 16 3.2 Gute Schulen in Dortmund
- 17 3.3 Gerechte Schulen
- 18 4. Wirtschaft und Beschäftigung
- 19 4.1 Die Märkte der Zukunft sind grün
- 20 4.2 Infrastruktur als Standortfaktor für Unternehmen und Arbeitskräfte
- 21 4.3 Gründungen fördern – Wirtschaft fördern
- 22 4.4 Gute Arbeit schaffen, Ökonomie und Gemeinwohl verbinden
- 23 4.5 Die Potenziale der Metropole Ruhr nutzen
- 24 5. Stadt und Verwaltung
- 25 5.1 Bürger\*innen-nahes Dortmund
- 26 5.2 Die Stadt als attraktive Arbeitgeberin
- 27 5.3 Gemeinwohl ist ein Wirtschaftsfaktor
- 28 5.4 Haushalt – Handlungsfähig und zukunftsfest
- 29 5.5 Faire Kommune
- 30 5.6 Digitalisierung – aktiv, nachhaltig, für den Menschen
- 31 6. Transparenz, Demokratie, Mitsprache und Beteiligung
- 32 1. Kinder und Jugendliche
- 33 Kinder und Jugendliche sind der wichtigste Teil unserer Gesellschaft, sie sind
- 34 unsere Zukunft. Jedes Kind, jeder Jugendliche hat das Recht auf Förderung zur
- 35 Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit und auf den bestmöglichen Schutz
- 36 durch Staat und Gesellschaft.
- 37 Gerechte Chancen für alle, Bekämpfung von Armut, Freiräume für eine
- 38 selbstbestimmte Entwicklung, Beteiligungsmöglichkeiten an der gemeinsamen
- 39 Entwicklung unserer Stadt – das stellen wir in den Mittelpunkt unserer Politik
- 40 mit und für Kinder, Jugendliche und ihre Familien.

---

## 41 1.1 Unterstützung von Kindern und Familien

42 Für Kinder und Familien findet der Alltag unter vielfältigen Voraussetzungen  
43 statt. In Dortmund ist z. B. jedes dritte Kind unter 15 Jahren von Armut  
44 betroffen oder von Armut bedroht. Kinderarmut geht einher mit einem höheren  
45 Gesundheitsrisiko, geringerer Teilhabe sowie geringeren Bildungs- und  
46 Zukunftschancen. Jedes Kind hat das Recht auf Teilhabe, auf Dazugehören, auf  
47 Bildung, soziale Sicherheit und freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Armut  
48 steht diesen Rechten oft im Weg: Kinder können ihren Hobbies nicht nachgehen,  
49 weil z. B. die Sportausrüstung zu teuer ist. Kinder meiden die Geburtstagsfeier  
50 von Freund\*innen, weil das Geld für ein Geschenk nicht reicht. Armut ist nicht  
51 nur das „sich nicht leisten können“, sondern leider auch viel zu oft das „nicht  
52 mitmachen können“.

53 Grün wählen für:

### 54 Bekämpfung von Kinderarmut

55 Jedes Dritte Kind unter 15 Jahren ist in Dortmund von Armut betroffen oder  
56 bedroht. Wir setzen uns dafür ein, diesen unerträglichen Zustand nachhaltig zu  
57 verändern. Auf Bundesebene fordern wir die Schaffung einer eigenständigen und  
58 angemessenen Kindergrundsicherung, die vorhandene Leistungen bündelt und sie  
59 unbürokratisch auszahlt.

### 60 Ungleiches ungleich behandeln

61 Die Bekämpfung von Armut und insbesondere von Kinderarmut ist und bleibt für uns  
62 ein vorrangiges Ziel der Dortmunder Stadtentwicklung. Wir setzen uns ein für  
63 eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche nicht aufgrund ihrer (sozialen)  
64 Herkunft benachteiligt sind. Wir wollen die sehr unterschiedlichen  
65 Ausgangsvoraussetzungen vieler Kinder verbessern und angleichen. Dazu ist es  
66 unter anderem notwendig, den vorhandenen Zusammenhang zwischen Armut und  
67 Bildungsungerechtigkeit aufzubrechen. Das beginnt schon in der Kita und setzt  
68 sich in den Schulen fort. Bei der Schaffung von Bildungsgerechtigkeit muss  
69 Ungleiches ungleich behandelt werden. Deshalb müssen Gelder und Ressourcen  
70 effektiver in den Kitas und Schulen gebündelt werden, in denen sie am  
71 dringendsten benötigt werden.

### 72 Bildungseinrichtungen als Schlüssel für Chancengleichheit

73 Wir wollen mit ausreichend Kita-Plätzen, mit längerem gemeinsamen Lernen sowie  
74 mit gebundenen und offenen Ganztagsangeboten in Schulen dazu beitragen, dass  
75 alle Kinder und Jugendlichen dieselben Chancen bekommen – unabhängig von ihrer  
76 Herkunftsfamilie. Wir wollen zusätzliche Familien mit geringem Einkommen von den  
77 Gebühren für Kindertageseinrichtungen befreien.

78 Wir setzen uns außerdem für ein kostenloses Ticket ein, mit dem alle Kinder und  
79 Jugendlichen unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten ihrer Familien Busse  
80 und Bahnen in Dortmund nutzen können (mehr dazu in den Programmteilen  
81 „Kinderbetreuung“ und „Schule“)

### 82 Bildungs- und Teilhabepaket – Einführung einer YouCard

83 Vorhandene Unterstützungsmöglichkeiten nutzen nur dann etwas, wenn sie auch  
84 ankommen. Bei den Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets war das in den  
85 letzten Jahren nicht immer so. In Dortmund sind rund 46.000 Kinder und  
86 Jugendliche aus einkommensschwachen Familien anspruchsberechtigt. Bei weitem  
87 nicht alle haben die ihnen zustehenden Leistungen aus dem Bildungs- und  
88 Teilhabegesetz für Mittagsverpflegung, Schulbedarf, Fahrtkosten, Teilhabe am

89 kulturellen und sozialen Leben oder auch Lernförderung beantragt und bekommen.  
90 Das wollen wir ändern. Mit den neuen Regelungen im Starke-Familien-Gesetz werden  
91 die Leistungen erhöht und ihr Erhalt erleichtert. Wir wollen die Voraussetzungen  
92 dafür schaffen, dass alle anspruchsberechtigten Kinder, Jugendliche und ihre  
93 Familien unbürokratisch und ohne Umwege die Gelder erhalten, die ihnen zustehen.  
94 Dafür wollen wir auch die Einführung einer YouCard prüfen, mit der die  
95 Leistungen aus dem Bildungspaket einfach und unbürokratisch in Anspruch genommen  
96 werden können.

#### 97 Familienfreundliche Stadtentwicklung

98 Familie ist da, wo Kinder leben – egal ob mit oder ohne Trauschein, mit gleich-  
99 oder verschiedengeschlechtlichen Eltern, als Patchworkfamilie oder  
100 Alleinerziehende.  
101 Wir setzen uns ein für eine Stadt, in der Familien ihr Leben nach eigenen  
102 Vorstellungen gut gestalten können. Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum, der  
103 sich an ihren Bedürfnissen orientiert. Mit verkehrsberuhigten oder autofreien  
104 Zonen, in denen sich Kinder frei bewegen können. Familien brauchen wohnortnahe  
105 Kinderbetreuungsplätze, ohne dafür lange Fahrtzeiten in Kauf nehmen zu müssen.  
106 Familien brauchen Unterstützung auch und gerade in schwierigen Lebenslagen. Wir  
107 setzen uns ein für ein Dortmund, in der Familien die Hilfestellungen bekommen,  
108 die sie benötigen.

#### 109 Stärkung frühkindlicher Hilfen

110 Wir wollen gute Startchancen für alle Kinder von Anfang an. Deshalb setzen wir  
111 uns dafür ein, Kinder so früh wie möglich in ihrer Entwicklung zu unterstützen.  
112 Vorhandene Angebote und Systeme der frühkindlichen Hilfen wollen wir weiter  
113 ausbauen und die Vernetzung und Kooperation von Institutionen und Angeboten  
114 stärken.

#### 115 1.2 Selbstbestimmte Kindheit und Jugend

116 Wir Grüne wollen Dortmund nicht für, sondern mit Kindern und Jugendlichen  
117 gestalten. Egal ob wahlberechtigt oder nicht: Jede\*r in Dortmund soll die Stadt,  
118 in der wir alle leben, mitgestalten können. Egal ob Schule, Jugendclub oder  
119 Wohnviertel: Kinder und Jugendliche wissen, was sie brauchen und haben ein Recht  
120 mitzureden.

#### 121 Grün wählen für:

##### 122 Offene Jugendarbeit – Schule öffnen, Selbstverwaltung unterstützen

123 Die Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit sind öffentliche Schutzräume für eine  
124 selbstbestimmte Freizeitgestaltung für und von Kindern und Jugendlichen. Wir  
125 wollen die Offene Jugendarbeit als bedeutendes Arbeitsfeld außerschulischer  
126 Lernerfahrungen stärken und modernisieren. Dabei sollen auch gendersensible  
127 Ansätze gestärkt werden. Neben dem Erhalt der vorhandenen Einrichtungen setzen  
128 wir uns dafür ein, die Öffnung von Schulen für Einrichtungen der Offenen Kinder-  
129 und Jugendarbeit zu prüfen. Damit können sich Schulen zu einem Begegnungs- und  
130 kulturellen Lebensort auch außerhalb des unterrichtlichen Lernens  
131 weiterentwickeln – auch für Kinder und Jugendliche aus dem Umfeld der Schulen.  
132 Da, wo es Bestrebungen nach selbstverwalteten offenen Einrichtungen und Zentren  
133 gibt, werden wir sie unterstützen.

##### 134 Erhaltung und Schaffung von Freiräumen - Ausprobieren erwünscht

135 Der öffentliche Raum gehört uns allen, unabhängig von Alter und Einkommen.

136 Insbesondere Jugendliche benötigen nichtkommerzielle Freiräume für ihre  
137 kulturellen, kreativen oder sportlichen Aktivitäten oder einfach nur als  
138 informelle Treffpunkte, die sie spontan nutzen. Wir setzen uns dafür ein, dass  
139 es entsprechende Freiräume und Flächen in jedem Stadtteil gibt, auf denen sich  
140 Jugendliche mit ihren kulturellen, musischen oder sportlichen Aktivitäten  
141 ausprobieren können. Das betrifft auch Proberäume für junge Bands. Gerade bei  
142 informellen Treffpunkten von Jugendlichen setzen wir bei Konflikten, die aus  
143 unterschiedlichen Bedürfnissen – gerade von jungen Menschen gegenüber älteren –  
144 entstehen, auf Dialog und Kompromisse anstatt auf Verbote.

145 Mitbestimmung von Anfang an – Jugendforen und Jugendparlament  
146 Wir wollen die größtmögliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der  
147 Entwicklung unserer Stadt. Denn nur, wer früh ernst genommen wird und spürt,  
148 dass man Dinge selbst verändern kann, lernt von Beginn an Demokratie. Wir setzen  
149 uns deshalb dafür ein, dass Kinder und Jugendliche an allen Entscheidungen, die  
150 sie betreffen, beteiligt werden. Ihre Meinungen, Wünsche und Vorstellungen  
151 können sie am besten dann äußern, wenn sie an allen Orten ihres Aufwachsens  
152 mitbestimmen können. Das betrifft ihr tägliches Lebensumfeld in Kitas und  
153 Schulen. Das betrifft aber auch Fragen von Stadtplanung und Stadtentwicklung,  
154 von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit, Spielplätzen, kulturellen Angeboten,  
155 informellen Treffpunkten, Freiräumen oder auch Mobilität. Die stadtweiten  
156 Jugendforen sind dabei ein gutes und bewährtes Instrument. Sie bieten in jedem  
157 Stadtteil eine offene Beteiligungsmöglichkeit zu allen Fragen des Stadtteils,  
158 des Stadtbezirks und der gesamten Stadt. Es muss sichergestellt werden, dass  
159 möglichst viele Kinder und Jugendliche diese Möglichkeit nutzen können. Dazu  
160 braucht es professionelle Unterstützung. Darüber hinaus wollen wir die  
161 Einrichtung eines Jugendparlaments prüfen.

162 Beteiligung am Kinder- und Jugendförderplan  
163 Der bisherige Kinder- und Jugendförderplan wird für die Jahre 2021-2025  
164 fortgeschrieben. Wir setzen uns dafür ein, dass im Rahmen eines weitreichenden  
165 Beteiligungsverfahrens Kinder und Jugendliche an der Erstellung beteiligt  
166 werden. Das betrifft insbesondere die Schwerpunktsetzung des Förderplans für die  
167 kommenden Jahre. Um Integration erfolgreich zu gestalten, gehört dabei auch die  
168 Situation der vielen neu zugewanderten jungen Menschen und ihrer Familien in den  
169 Fokus der Kinder- und Jugendförderplanung. Wichtig ist uns auch die  
170 Berücksichtigung genderspezifischer Angebote.

### 171 1.3 Queer dir deine Welt

172 Für viele Menschen ist die Tatsache, dass andere nicht heterosexuell sind, immer  
173 noch nicht normal. Die sexuelle Identität darf aber kein Grund sein, Menschen  
174 auszugrenzen, sie zu benachteiligen oder sogar anzugreifen. Gerade das Coming-  
175 out, das oft während der Jugend stattfindet, ist dabei eine große  
176 Herausforderung für lesbische, schwule, bisexuelle, trans\*, inter\* und queere  
177 Jugendliche.

178 Grün wählen für:

179 Akzeptanz und Gleichstellung aller sexuellen Identitäten von Kindern und  
180 Jugendlichen  
181 Wir setzen uns dafür ein, dass die verschiedenen sexuellen Identitäten von  
182 Jugendlichen akzeptiert werden und gleichgestellt sind, dass jede Person in  
183 ihrer individuellen Entwicklung bestärkt wird. Wir unterstützen das Projekt

184 SUNRISE als Treffpunkt und Beratungsstelle für junge Lesben, Schwule, bi-, pan-  
185 und asexuelle, queere, trans\*, inter\* und nonbinary Menschen. Auch Schule und  
186 Jugendarbeit sind gefordert, dabei uneingeschränkte Unterstützung zu leisten.  
187 Wir setzen uns für eine dauerhafte Förderung des SCHLAU-Projekts ein, mit dem  
188 Schulen und Jugendeinrichtungen besucht werden, um Workshops zum Thema sexuelle  
189 und geschlechtliche Vielfalt durchzuführen.

190 Gendergerechte Jugendarbeit stärken  
191 Wir wollen, dass gendergerechte Jugendarbeit gestärkt wird. Die Interessen von  
192 Mädchen drohen oftmals in der Jugendpolitik und Jugendarbeit übersehen zu  
193 werden. Wir wollen Mädchen mit ihren spezifischen Interessen und ihren  
194 Bedürfnissen sichtbar machen und ernst nehmen und setzen uns dafür ein,  
195 Freiräume zu schaffen, in denen sie ihre eigenen Stärken und Fertigkeiten  
196 entwickeln können. Wir unterstützen das Dortmunder Mädchen Netzwerk als  
197 kommunales Bündnis für die Belange und Bedürfnisse von Mädchen und jungen  
198 Frauen.

199 Auch die spezifischen Bedürfnisse von Jungen sollen in der Jugendarbeit  
200 Beachtung finden: Oft fehlen positive Rollenbilder abseits traditioneller  
201 Männlichkeitsbilder, die Jungen Orientierung bieten können. Traditionelle  
202 Männlichkeitsbilder setzen Jungen unter Druck, reproduzieren klassische  
203 Rollenverteilungen und drängen Jungen und Männer zu einem riskanteren  
204 Lebensstil.

#### 205 1.4 Nachhaltige Unterstützung Jugendlicher

206 Wir Grüne wollen eine gut ausgestattete Jugendhilfe, die junge Menschen – und  
207 auch die jungen Volljährigen – beim Aufwachsen unterstützt.

208 Grün wählen für:

209 Gute Ausstattung von Streetwork  
210 Die Zahl junger Menschen ohne festen Wohnsitz steigt. Wir wollen die  
211 Unterstützungsangebote für sie ausweiten. Dazu zählt auch ein konzeptionell und  
212 personell gut ausgestattete Streetwork für den Kontakt direkt vor Ort. Auch das  
213 bis 2021 laufende Projekt „Rampe II“ im Stadtbezirk Hörde, das sich als Projekt  
214 der aufsuchenden Jugendarbeit insbesondere an Jugendliche im Stadtteil richtet,  
215 die durch soziale Probleme in ihrer Entwicklung gefährdet sind, wollen wir in  
216 ein gesamtstädtisches Streetwork-Konzept aufnehmen.

217 Langfristige Unterstützung für Care-Leaver  
218 Jugendliche scheiden mit 18 Jahren aus der Jugendhilfe aus. Viele, die vorher  
219 eine Unterstützung des Jugendamtes erhalten haben, bekommen sie danach nicht  
220 mehr, benötigen sie aber dringend – sei es bei der Wohnungssuche, bei der Suche  
221 nach einer Ausbildung oder einem Beruf oder bei alltäglichen Problemen. Wie  
222 andere Jugendliche auch sind sie oft mit 18 Jahren noch nicht gut vorbereitet  
223 für ein eigenständiges Leben. Wir setzen uns dafür ein, dass solche „Care-  
224 Leaver“ auch nach der Beendigung der Jugendhilfe weiter pädagogisch unterstützt  
225 werden und sich selbst organisieren können.

226 Verhindern von Radikalisierung junger Menschen  
227 Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen nicht in menschenverachtende und  
228 gewaltverherrlichende Ideologien abgleiten, seien sie rechtsextremistisch oder  
229 islamistisch. Das gelingt nur durch eine Kultur des Hinschauens. Mit einer  
230 Präventionsstrategie wollen wir Radikalisierung von Anfang an verhindern. Diese

231 muss sich mit Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen junger Menschen  
232 beschäftigen und Barrieren, die einer gleichberechtigten Teilhabe im Weg stehen,  
233 beseitigen. Um den Nährboden für Radikalisierung trocken zu legen, braucht es  
234 eine starke Kinder- und Jugendhilfe und gute Schulen, die Vielfalt und  
235 Beteiligung leben. Vorhandene Beratungs- und Unterstützungsangebote wollen wir  
236 erhalten und ausbauen.

## 237 2.Vorschulische Bildung und Erziehung

238 Dortmund wächst. In den letzten Jahren ist die Zahl neugeborener Kinder  
239 gestiegen. Auch durch den Zuzug von Zuwander\*innen und ihren Familien leben  
240 viele zusätzliche Kinder in unserer Stadt. Das freut uns. Laut einer Prognose  
241 des Deutschen Jugendinstituts wird die Zahl der Kinder unter drei Jahren in  
242 Dortmund weiter steigen – im Jahr 2025 laut Prognose auf über 19.000. Das hat  
243 Auswirkungen auf die notwendigen Betreuungsmöglichkeiten bis zur Schulpflicht.  
244 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder in Dortmund dieselben guten  
245 Startchancen für ihr Leben haben – unabhängig von ihrer sozialen oder sonstigen  
246 Herkunft. Gleichzeitig ist jedes Kind einzigartig und hat von Anfang an ein  
247 Recht auf die bestmögliche individuelle Förderung. Qualitativ gute,  
248 verlässliche, ausreichende und finanzierbare bzw. möglichst kostenfreie  
249 Betreuungsmöglichkeiten sind dabei ein wichtiger Schlüssel. Trotz der großen  
250 Ausbaubemühungen der letzten Jahre und aktuell reichen die geschaffenen Plätze  
251 in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege derzeit nicht aus.

### 252 2.1 Ausbau der Betreuungsplätze

253 Für jedes Kind muss bei Bedarf ein qualitativ guter Betreuungsplatz in einer  
254 Kindertageseinrichtung oder der Kindertagespflege zur Verfügung stehen.  
255 Insbesondere bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren gibt es trotz aller  
256 bisherigen Bemühungen weiterhin großen Handlungsbedarf. Die bisher geplante  
257 Anzahl von Betreuungsplätzen für 41 Prozent der unter Dreijährigen reicht für  
258 die steigende Zahl von Kindern einerseits und die Bedürfnisse vieler Eltern  
259 andererseits nicht aus.

#### 260 Grün wählen für:

##### 261 Ausbau qualitativ guter Betreuungsplätze

262 Das Betreuungsangebot muss gerade für unter dreijährige Kinder deutlich und  
263 schnell ausgeweitet werden. Beim Ausbau sind vorrangig die Stadtbezirke mit den  
264 aktuell niedrigsten Versorgungsquoten zu berücksichtigen.

265 Insbesondere für Kinder von drei Jahren bis zur Schulpflicht muss  
266 schnellstmöglich in allen Bezirken eine 100-prozentige Versorgung mit Plätzen  
267 gewährleistet sein. Wir setzen uns dafür ein, dass für Kinder mit Behinderung  
268 oder von Behinderung bedrohte Kinder auch weiterhin ausreichend Plätze in den  
269 Dortmunder Tageseinrichtungen zur Verfügung stehen.

##### 270 Ausweitung der Betreuungszeiten

271 Ob alleinerziehend, berufstätig oder durch flexiblere Arbeitszeiten – die  
272 Lebensrealität vieler Familien und Eltern hat sich in den letzten Jahren aus  
273 vielen Gründen gravierend verändert. Das hat auch Auswirkungen auf zeitliche  
274 Abläufe und Strukturen und damit auch auf Ansprüche an die Kinderbetreuung.  
275 Feste Betreuungszeiten in den Kindertageseinrichtungen werden dem nicht mehr  
276 gerecht. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Betreuungszeiten in Kitas  
277 und Tagespflege weiter ausgeweitet und flexibler werden.



278 Ausbau von Familienzentren  
279 Aktuell gibt es in Dortmund 88 Kindertagesstätten, die als Familienzentren  
280 zertifiziert sind, sowie fünf weitere Einrichtungen, die sich in der  
281 Zertifizierungsphase befinden. Familienzentren sollen Eltern den Zugang zu  
282 niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten erleichtern und insbesondere in einem  
283 Quartier mit besonderen sozialen Problemlagen dazu beitragen, die  
284 gesellschaftliche Teilhabe benachteiligter Familien zu fördern und damit einen  
285 Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit zu leisten. Wir setzen uns dafür ein, die  
286 Zahl der Familienzentren weiter auszubauen.

287 Ausbau von Kinderstuben  
288 Kinderstuben sind Großpflegestellen, in denen höchstens neun Kinder von drei  
289 Tagespflegepersonen betreut werden. Der pädagogische Schwerpunkt liegt dabei in  
290 den Bereichen Sprachbildung und Bewegung und soll die Kinder auf den Übergang in  
291 die Kindertagesstätte vorbereiten. Gleichzeitig bieten die Kinderstuben ein  
292 niederschwelliges Angebot für Eltern und ermöglichen insbesondere für  
293 Bevölkerungsgruppen mit besonderen Zugangsschwierigkeiten einen leichten  
294 Einstieg in das Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungssystem. Wir wollen die Zahl  
295 der Kinderstuben insbesondere in den Aktionsräumen Soziale Stadt weiter  
296 ausbauen.

297 Kostenfreie Kitas als langfristiges Ziel  
298 Unser grundsätzliches Ziel ist eine kostenfreie Betreuung in  
299 Kindertageseinrichtungen und Tagespflege – so wie beim Schulbesuch. Hier steht  
300 die Landesregierung in der finanziellen Verantwortung. Es reicht nicht aus, dass  
301 durch das Land nur die letzten beiden Kitajahre kostenfrei gestellt werden.  
302 Solange es die generelle Kostenbefreiung durch das Land nicht gibt, fordern wir  
303 statt der aktuell von Stadt zu Stadt unterschiedlichen Elternbeiträge eine  
304 landesweit einheitliche bemessen.  
305 Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass in der städtischen Beitragsatzung  
306 die Einkommensgrenze Stück für Stück angehoben wird. Damit können zusätzlich  
307 mehr einkommenschwache Eltern als bisher beitragsfrei gestellt werden. Eine  
308 Reduktion des Elternbeitrages darf allerdings nicht auf Kosten einer  
309 Verbesserung der Qualität und des dringend benötigten Ausbaus von Kita- und  
310 Kindertagespflegeplätzen passieren.

311 Trägervielfalt beim Ausbau  
312 Wir wollen beim weiteren Ausbau von Kindertageseinrichtungen an der bewährten  
313 Dortmunder Trägervielfalt festhalten und sie ausbauen. Das betrifft insbesondere  
314 auch die Unterstützung von Elterninitiativen. Dabei sollte der Anteil der  
315 städtischen FABIDO-Einrichtungen an den gesamtstädtischen Betreuungsplätzen  
316 mindestens 30 Prozent betragen. Eine solche Trägerstruktur schafft für alle  
317 Eltern die Möglichkeit, eine geeignete Einrichtung ihrer Wahl zu suchen.  
318 Städtische Grundstücke für den Bau neuer Tageseinrichtungen wollen wir möglichst  
319 in Erbpacht an Investoren vergeben. Die Vermietung darf anschließend nur an  
320 gemeinnützige, nicht-gewinnorientierte freie Träger oder an den städtischen  
321 Träger FABIDO erfolgen. Eine qualitativ gute Kinderbetreuung ist vorrangig eine  
322 gesellschaftliche Aufgabe und kein Geschäft. Sie darf nicht vom Geldbeutel der  
323 Eltern abhängig sein. Die Errichtung und den Betrieb privater Tageseinrichtungen  
324 sehen wir deshalb kritisch. Zusätzliche erhobene Elternbeiträge lehnen wir ab.  
325 Bei Aus- und Aufbau von Kitas ist darauf zu achten, dass insbesondere die  
326 Bedürfnisse von kleineren Kindern (U2) berücksichtigt werden.

327 Transparente und leichte Anmeldung  
328 Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Betreuungsangeboten transparenter  
329 und leichter wird. Erstmals konnte für die Anmeldung zum Kindergartenjahr  
330 2020/21 das digitale Anmeldeverfahren des KITA Plus-Portals genutzt werden. Wir  
331 wollen das Verfahren evaluieren und weiterentwickeln, insbesondere auch im  
332 Hinblick auf die Vergabe von Plätzen in der Kindertagespflege. Das Kita-Portal  
333 muss für Familien zu einer spürbaren Erleichterung bei der Suche nach einem  
334 Betreuungsplatz führen.

## 335 2.2 Qualität in der Betreuung

336 In Kitas und anderen Einrichtungen geht es nicht nur um Betreuung, sondern auch  
337 um Bildung. An diesem Anspruch orientiert muss jede Einrichtung ausgestattet und  
338 ausgestattet werden. Wie wollen eine kindgerechte Bildung von Anfang an.  
339 Frühkindliche Bildung ist ein entscheidender Schlüssel zu Teilhabe und  
340 Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder. Je früher ein Kind Zugangschancen zu  
341 Bildung erhält, desto weniger wirkt sich der Zusammenhang zwischen Herkunft und  
342 Bildungserfolg aus. Diesem Anspruch muss die Ausstattung unserer  
343 Kindertageseinrichtungen als frühkindliche Bildungseinrichtungen gerecht werden.

344 Grün wählen für:

345 Kindergerechte Bildung von Anfang an  
346 Wir setzen uns für eine qualitativ hochwertige Betreuung in den Einrichtungen  
347 mit der verbindlichen Umsetzung pädagogischer Qualitätskriterien ein. Kitas an  
348 sozialräumlichen Standorten mit besonderem Bedarf benötigen eine zusätzliche  
349 Ausstattung an Personal. Wir setzen uns dafür ein, kulturelle Angebote in den  
350 Einrichtungen auszubauen.  
351 Wir wollen die interkulturelle Ausrichtung der Kindertagesbetreuung und die  
352 Sprachbildung zum Nutzen aller Kinder stärken und fördern.

## 353 Bewegung in die Kita

354 Unseren Kindertageseinrichtungen kommt eine besondere Bedeutung bei der  
355 Förderung einer gesunden Entwicklung und ausreichenden Bewegung von Kindern zu.  
356 Immer mehr Kinder leiden an Haltungsschäden, Übergewicht, Koordinationsstörungen  
357 und Beeinträchtigungen der Wahrnehmungsfähigkeit. Bewegung muss deshalb  
358 selbstverständlicher Teil der Arbeit in Kitas sein.  
359 Schon jetzt wird der Bewegungsförderung in den Kindertagesstätten eine große  
360 Bedeutung beigemessen, einige verstehen sich explizit als Bewegungskitas. Der  
361 Landesportbund verleiht das Gütesiegel „Anerkannter Bewegungskindergarten“ an  
362 Kitas, die gezielt mit örtlichen Sportvereinen zusammenarbeiten. Wir wollen die  
363 Bedingungen dafür verbessern und den Anteil von Bewegungskitas ausbauen. Wir  
364 setzen uns dafür ein, dass Kitas über eigene Bewegungsräume verfügen und die  
365 Kooperationen mit Sportvereinen ausgebaut und intensiviert werden.

## 366 Gesunde KITA – gesundes Essen

367 Immer mehr Kinder bleiben tagsüber immer länger in ihren Kitas. Ein frisches  
368 gesundes, abwechslungsreiches und frisches Essen gehört für uns mit dazu – mit  
369 Lebensmitteln überwiegend aus der Region und bio. Das haben wir für die  
370 städtischen Kitas bereits vor Jahren beantragt. Wir unterstützen, dass für die  
371 Verpflegung in allen Kitas das „optiMIX“-Gütesiegel des Forschungsinstitutes für  
372 Kinderernährung angewendet wird.  
373 Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst viele Einrichtungen über eigene Küchen  
374 verfügen, in denen die Mahlzeiten frisch zubereitet und die Kinder daran

375 beteiligt werden können. Damit wollen wir schon Kinder für eine gesunde und  
376 abwechslungsreiche Ernährung begeistern. Für Neubauten von  
377 Kindertageseinrichtungen sind ausreichend ausgestattete Küchen fest einzuplanen.  
378 Bei Bestandseinrichtungen wollen wir durch An- und Umbauten vorhandene Küchen  
379 optimieren und Gruppenküchen einrichten.

380 Waldkitas, Faire Kitas und Bildung für nachhaltige Entwicklung  
381 Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder schon im frühen Alter mit der Natur in  
382 Kontakt kommen. Das ist gut für die Gesundheit und stärkt die Verbindung mit der  
383 Natur. Wir wollen deshalb die Gründung von Waldkitas fördern.  
384 Neben Grundwerten und Fähigkeiten lernen Kinder in der Kita vor allem, dass sie  
385 gestalten können und ihre Handlungen Auswirkungen auf andere und ihre Umgebung  
386 haben. Dieser Gedanke wird in den Grundsätzen der Bildung für nachhaltige  
387 Entwicklung (BNE) aufgegriffen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Aspekt der  
388 Nachhaltigkeit schon in der Arbeit der Kitas verankert wird. Bis 2021 werden  
389 sich bereits alle städtischen Tageseinrichtungen zu „Fairen Kitas“ zertifizieren  
390 lassen.

391 Guter Übergang von der Kita in die Schulen  
392 Der Übergang von Kita und Tagespflege in das erste Schuljahr ist für viele  
393 Kinder und Eltern ein gravierender Schritt. Mit einer engen Kooperation der  
394 Einrichtungen soll der Übergang erleichtert und verbessert werden. Das betrifft  
395 insbesondere auch die Zeit zwischen dem letzten Tag in der Kita und dem ersten  
396 Schultag. Diese mehreren Wochen der Sommerferien ohne reguläres  
397 Betreuungsangebot stellen viele Eltern vor große organisatorische Probleme. Wir  
398 setzen uns für die Schaffung eines koordinierten Übergangsmangements zwischen  
399 Kitas und Schulen ein, in das auch Betreuungsmöglichkeiten durch Kitas und  
400 Schulen einbezogen werden.

#### 401 2.3 Unterstützung des Personals in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen

402 Die Arbeit in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen steht und fällt – sowohl  
403 qualitativ, als auch quantitativ – mit den Menschen, die dort arbeiten. Sie  
404 verdienen Respekt für ihre Arbeit.  
405 Mit diesem Grundsatz wollen wir in Dortmund Politik im Bereich Kinderbetreuung  
406 machen.

407 Grün wählen für:

408 Aufwertung von Bildungs- und Betreuungsarbeit  
409 Die Ansprüche an die Betreuungs- und Bildungsarbeit in Tageseinrichtungen und  
410 Kindertagespflege und damit auch an die Beschäftigten steigen. Wir setzen uns  
411 für eine gerechte und faire Entlohnung und vermehrte Investitionen in die  
412 Ausbildung von Erzieher\*innen ein. Auch dadurch soll die Betreuungsarbeit in  
413 Kitas und Tagespflege aufgewertet und attraktiver werden. Um den Anteil der  
414 männlichen Erziehenden in den Kitas zu steigern, setzen wir uns für die  
415 Entwicklung eines Konzeptes ein, das für pädagogische Berufe wirbt. Die  
416 praxisintegrierte Ausbildung wollen wir weiter ausbauen. Gendersensible  
417 Erziehung soll weiter gefördert werden.

418 Sozialarbeit in Kindertageseinrichtungen  
419 Wir wollen besonders benachteiligte Kinder und Familien schon in den  
420 Kindertageseinrichtungen frühzeitig erreichen und begleiten. Neben den schon  
421 vorhandenen Strukturen kann insbesondere Sozialarbeit in Kitas effektiv dazu

422 beitragen. Damit sollen Kindern schon im Kindergartenalltag gute  
423 Teilhabeperspektiven geboten, familiäre und soziale Notlagen frühzeitig erkannt  
424 sowie Kompetenzen von Kindern und ihren Familien gefördert und gestärkt werden.  
425 Wir setzen uns deshalb dafür ein, zunächst in bestimmten Stadtteilen feste  
426 Stellen für Sozialarbeiter\*innen in Kindertageseinrichtungen einzurichten und  
427 damit ein zusätzliches Unterstützungsangebot für Familien mit Kindern von der  
428 Geburt bis zum Schuleintritt zu schaffen.

### 429 3. Schule und Bildung

430 Dortmund ist ein vielfältiger Bildungsstandort. In unserer Stadt gibt es über  
431 150 Schulen aller Schulformen in öffentlicher sowie 26 Schulen in freier  
432 Trägerschaft. Wir wollen unsere Schulen weiter stärken, verbessern und gerechter  
433 machen.  
434 Denn die Zukunftsperspektiven unserer Kinder sind uns GRÜNEN ein  
435 Herzensanliegen. Ihre gemeinsame Bildung in gut ausgestatteten Schulen ist ein  
436 Schlüssel, um ihnen ein freies, erfolgreiches, erfülltes, sicheres und  
437 selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und sie zu einer solidarischen  
438 gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen. Wir wollen ein Bildungssystem, das  
439 Kindern Geborgenheit, Selbstvertrauen und Sicherheit gibt. Wir setzen uns dafür  
440 ein, dass jedes einzelne Kind unabhängig von seinen Startvoraussetzungen  
441 bestmöglich gefördert wird und seine Potenziale entfalten kann. Ein gutes  
442 Bildungssystem muss deshalb für uns immer auch ein gerechtes Bildungssystem mit  
443 realen Chancen für alle sein.

#### 444 3.1 Stärkung der Dortmunder Schullandschaft

445 Gute Bildung braucht gute Schulen. Uns geht es nicht nur um Bildungsinhalte,  
446 sondern auch darum, wie gelernt wird und wie eine gute Lernumgebung aussehen  
447 muss.

448 Grün wählen für:

#### 449 Ausbau und Sanierung unserer Schulen

450 Gute Bildung braucht gute Schulen. Uns geht es nicht nur um Bildungsinhalte,  
451 sondern auch darum, wie gelernt wird und wie eine gute Lernumgebung aussehen  
452 muss. Wir wollen die bestmöglichen Schulen, barrierefrei mit ausreichendem  
453 Platz, mit einer zeitgemäßen und modernen technischen Ausstattung für  
454 Schüler\*innen und Lehrer\*innen, mit einer Mensa für die Verpflegung bei  
455 Ganztagsangeboten, mit sauberen Toiletten, mit eigenen Schulgärten, mit Platz  
456 zum Spielen, Toben und Abhängen.

457 In den letzten Jahren sind zusätzlich 4.000 Schüler\*innen an den Dortmunder  
458 Schulen aufgenommen worden. Und die Zahlen werden absehbar weiter steigen.  
459 Geplant sind deshalb in den kommenden Jahren Investitionen von rund 880  
460 Millionen Euro für Neu- und Ausbauten sowie für Sanierungen. Wir wollen, dass  
461 alle Schulformen davon möglichst schnell und zielgerichtet profitieren. Das  
462 wollen wir mit einem Sonderbudget Schulbau sicherstellen.

#### 463 Grundschulen ausbauen und zu Familienzentren weiterentwickeln

464 Die Grundschulen sind das Fundament der Schulbildung unserer Kinder. Sie  
465 verdienen deshalb unsere besondere Wertschätzung und Unterstützung. Die Anzahl  
466 der Schüler\*innen an den Grundschulen wird in den kommenden Jahren um ca. 3.000  
467 auf dann 25.500 steigen.

468 In fast allen Stadtbezirken steigt der Bedarf an Schulplätzen stark an. Wir

469 setzen uns dafür ein, dass die notwendigen Neu- und Ausbauten kontinuierlich und  
470 schnellstmöglich realisiert werden. Alle vorhandenen Grundschulstandorte sind  
471 vor dem Hintergrund der steigenden Kinderzahl zu erhalten. Bei Planungen von  
472 Neubaugebieten ist die Notwendigkeit neuer Schulen bzw. des Anbaus vorhandener  
473 Schulen zu berücksichtigen. Die Schulentwicklungsplanung muss kontinuierlich und  
474 zeitnah fortgeschrieben werden.

475 Wir wollen unsere Grundschulen zu Familienzentren weiterentwickeln. Damit soll  
476 die bewährte Arbeit der Familienzentren in Kindertageseinrichtungen auf die  
477 Grundschulen ausgeweitet werden. Das erleichtert Eltern den Zugang zu  
478 niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten, holt verschiedene Akteure aus dem  
479 Stadtteil in die Schulen und stärkt präventive Netzwerke. Dazu braucht es auch  
480 ein gutes und koordiniertes Übergangsmangement zwischen Kitas und Grundschulen.

481 Starke weiterführenden Schulen und längeres gemeinsames Lernen  
482 Die steigende Zahl der Schüler\*innen an den Primarstufen hat auch Auswirkungen  
483 auf unsere weiterführenden Schulen. Sowohl bei den Gymnasien als auch bei den  
484 Gesamtschulen besteht akuter Handlungsbedarf, das zeigen die Anmeldezahlen der  
485 letzten Jahre.

486 Im gemeinsamen Lernen liegt die Zukunft. Auch in Dortmund wählen immer mehr  
487 Eltern aus diesem Grund die Gesamtschulen für ihre Kinder. Das begrüßen und  
488 unterstützen wir. Seit Jahren reichen gesamtstädtisch die Plätze allerdings  
489 nicht aus, perspektivisch fehlen mehrere hundert Plätze. Die bereits  
490 beschlossenen Erweiterungen an drei Gesamtschulen sowie die Umwandlung der  
491 Reinoldi-Sekundarschule in Westerfilde in eine Gesamtschule können nur ein  
492 erster Schritt sein, um die fehlenden Kapazitäten zu schaffen. Wir setzen uns  
493 bei einem weiteren Anstieg der Nachfrage für eine zusätzliche neue Gesamtschule  
494 ein.

495 Auch bei den Gymnasien steigen die Anmeldezahlen. Zusätzlich führt die  
496 begrüßenswerte Rückkehr zu G9 stadtwweit zu zusätzlichem Raumbedarf. Notwendig  
497 ist deshalb ein Ausbau der Kapazitäten der vorhandenen Gymnasien sowie eventuell  
498 die Errichtung einer zusätzlichen Schule. Wir setzen uns dafür ein, dass noch  
499 vorhandene Schulcontainer schnellstmöglich durch die notwendigen Ausbauten der  
500 Gymnasien ersetzt werden. Dabei ist zum Ausbau der Ganztagsangebote auch der Bau  
501 notwendiger Mensen zu berücksichtigen.

502 Auf dem Weg hin zu einem inklusiven Bildungssystem brauchen wir bis auf weiteres  
503 auch die Unterstützung durch Förderschulen. Eltern, die sich für ihre Kinder für  
504 eine Förderschule entscheiden, müssen dazu ausreichende Möglichkeiten haben. Vor  
505 dem Hintergrund der prognostizierten Steigerung der Kinderzahlen ist bei den  
506 Förderschulen kontinuierlich der Bedarf an Schulplätzen zu überprüfen.

507 Wir wollen unsere acht städtischen Berufskollegs weiter stärken. Sie nehmen  
508 verschiedene Aufgaben im Bildungssystem wahr und sind unverzichtbar bei der  
509 dualen Ausbildung. Berufskollegs bieten die Möglichkeit nachholender  
510 Schulabschlüsse bis hin zu Abitur und Fachabitur, sind wichtig als Fachschulen,  
511 sorgen für Orientierung und Ausbildungsreife, leisten wertvolle Arbeit bei  
512 Integration und Inklusion. Wir setzen uns dafür ein, die Entwicklungsplanung der  
513 Berufskollegs kontinuierlich fortzuschreiben und die Weiterentwicklung zu  
514 Regionalen Berufsbildungszentren zu prüfen. Ähnlich wie für die Sekundarstufe I  
515 wollen wir ein Übergangsmoitoring für die Übergänge aus Berufskollegs,  
516 Gesamtschulen und Gymnasien entwickeln.

517 Ausweitung qualitativ hochwertiger Ganztagsangebote

518 Wir setzen uns dafür ein, dass der Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz

519 in den Grundschulen und den Sekundarstufen der weiterführenden Schulen in  
520 Dortmund möglichst zügig umgesetzt wird, um schon vor 2025 alle Kinder mit  
521 Bedarf versorgen zu können.

522 Jedes Kind soll bei Bedarf einen Ganztagsplatz in seiner Schule erhalten – in  
523 einer gebundenen Ganztagschule oder im Offenen Ganztage. Dabei wollen wir die  
524 klassische Trennung zwischen Unterricht und anschließender Betreuung an den  
525 Schulen durchbrechen. Das gilt für die Inhalte und die Teamarbeit mit  
526 multiprofessionellen Fachkräften ebenso wie für ein gemeinsames Raumkonzept.  
527 Eine gute, qualitativ hochwertige und verlässliche Betreuung nach dem Unterricht  
528 ist nicht nur familienfreundlich, sondern bietet auch Raum für gemeinsames  
529 formelles und informelles Lernen. Im Ganztage können sich Kinder erproben, ihre  
530 Kreativität entwickeln und erleben. Wir setzen uns dafür ein, dass die  
531 Ganztagsangebote grundsätzlich kostenlos angeboten werden.

532 Eine gebundene Ganztagschule jeder Schulform in jedem Stadtbezirk  
533 In Dortmund sind momentan 14 Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien sowie  
534 alle neun Gesamtschulen gebundene Ganztagschulen, in denen alle Schüler\*innen  
535 verbindlich an den Ganztagsangeboten teilnehmen. Wir wollen die Zahl dieser  
536 Schulen bedarfsgerecht und in partizipativen Prozessen ausweiten. Ein erstes  
537 Ziel ist eine gebundene Ganztagschule jeder Schulform in jedem Stadtbezirk.

538 Schneller Ausbau der OGS-Plätze

539 Auch die Plätze im Offenen Ganztage (OGS) wollen wir massiv ausbauen – an den  
540 Grundschulen sowie an den weiterführenden Schulen für die Schüler\*innen der  
541 Sekundarstufe I. Stadtweit stehen nur für etwas mehr als 50 Prozent der  
542 Grundschüler\*innen OGS-Plätze zur Verfügung. Die aktuellen Planungen sehen einen  
543 Ausbau bis 2022/23 auf dann ca. 15.000 Plätze vor. Gleichzeitig steigt stadtweit  
544 die Zahl der Kinder weiter stark an, der Bedarf vieler Eltern für einen OGS-  
545 Platz wächst. Die Ausbauplanungen müssen deshalb beschleunigt und erweitert  
546 werden. Dabei sind für den Ganztage neben notwendigen Um- und Anbauten auch die  
547 bereits vorhandenen Schulräume in den Schulen zu nutzen. Allein mit kommunalen  
548 Mitteln ist das nicht zu schaffen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die  
549 Bundesregierung neben dem notwendigen Ausbau auch die Betriebskosten über die  
550 Länder bedarfsdeckend finanziert.

551 3.2 Gute Schulen in Dortmund

552 Wir wollen eine schulische Bildung, die Kindern Selbstvertrauen, Sicherheit und  
553 Geborgenheit, gibt. Bildung muss die Freude am Lernen, die jedes Kind mitbringt,  
554 erhalten und fördern. Unser Verständnis von Leistung ist: Jedes Kind wird nach  
555 seinen individuellen Stärken gefordert und gefördert. Nur so kann es sich in  
556 einem anregenden und geschützten Rahmen entfalten und Leistung erbringen kann.  
557 Wir wollen dafür in Dortmund die Rahmenbedingungen schaffen.

558 Grün wählen für:

559 Digitale Bildung in unseren Schulen

560 Die Digitalisierung verändert massiv die Art und Weise, wie wir leben, lernen  
561 und arbeiten. Kinder und Jugendliche wachsen in einer Welt auf, in der digitale  
562 Medien und das Internet gewöhnlich und jederzeit verfügbar sind. Dies erfordert  
563 neues Wissen, vor allem aber neue Kompetenzen.  
564 Dazu zählen für uns nicht nur die Technik des Programmierens, sondern auch die  
565 Beschäftigung mit Risiken, Funktionsweisen und Chancen sowie eine umfassende  
566 Medienkompetenz. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere Schulen dafür bestmöglich

567 ausgerüstet sind. Entscheidend sind dabei nicht nur eine funktionierende  
568 Hardware, sondern insbesondere die Unterstützung durch medienpädagogisches  
569 Fachpersonal und die kontinuierliche Weiterbildung von Lehrer\*innen. Die für die  
570 Dortmunder Schulen durch den Digitalpakt Schule zur Verfügung stehenden  
571 finanziellen Mittel sind vollständig und fristgerecht für die Ausstattung mit  
572 digitaler Präsentationstechnik sowie für digitale Arbeitsgeräte und Tablets zu  
573 verwenden. Der städtische Masterplan „Digitale Bildung“ ist unter Beteiligung  
574 aller relevanten Akteur\*innen kontinuierlich weiterzuentwickeln.

#### 575 Inklusive Schulen

576 Die größtmögliche Teilnahme aller Menschen am gesellschaftlichen Leben – dafür  
577 steht der Grundgedanke der Inklusion. Das gilt auch für den Zugang zu Bildung.  
578 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass alle Kinder an allen Schulen und allen  
579 Schulformen willkommen sind. Wir stehen für das Recht auf die bestmögliche  
580 soziale und schulische Entwicklung aller Schüler\*innen, für ein inklusives  
581 Schulsystem, für gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und  
582 ohne Beeinträchtigungen.  
583 Am Gemeinsamen Lernen an den allgemeinbildenden Schulen in Dortmund nehmen  
584 momentan ca. 2.400 Schüler\*innen mit Förderbedarf teil. Wir wollen durch die  
585 Schaffung guter Rahmenbedingungen Eltern, Lehrer\*innen und Kinder zur Teilnahme  
586 am gemeinsamen Unterricht ermutigen. Insbesondere die Gymnasien wollen wir  
587 ermuntern, sich für das Gemeinsame Lernen zu öffnen.  
588 Für einen Ausbau des gemeinsamen Lernens muss das Land die Lehrkräfte für  
589 sonderpädagogische Förderung an den Schulen zur Verfügung stellen. Wir setzen  
590 uns dafür ein, dass die benötigten räumlichen Voraussetzungen für ein  
591 gemeinsames Lernen geschaffen werden. Unsere Schulen sind dabei grundsätzlich  
592 barrierefrei zu gestalten bis hin zur Raumausstattung und -gestaltung.

#### 593 Kostenloses Ticket für alle Schüler\*innen

594 Der Zugang zu Bildung und Teilhabe darf nicht durch Mobilitätsschranken  
595 erschwert werden. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen den Zugang zu einer  
596 umweltfreundlichen Mobilität mit Bussen und Bahnen erleichtern, sie dafür  
597 begeistern – und das möglichst kostenlos. Das sehen wir auch als ersten Schritt  
598 auf dem Weg zu einem grundsätzlich kostenlosen ÖPNV. Das Schokoticket für  
599 Schüler\*innen ist aktuell an Voraussetzungen geknüpft, die nicht alle Kinder  
600 erfüllen. Das liegt vor allem an der Entfernung zur jeweiligen Schule.  
601 Insbesondere Familien mit geringen Einkommen, die keine Transferleistungen  
602 beziehen, sowie nicht anspruchsberechtigte kinderreiche Familien sind zusätzlich  
603 benachteiligt.  
604 Daher wollen wir stufenweise allen Schüler\*innen und Azubis die kostenlose  
605 Nutzung des ÖPNV ermöglichen.

#### 606 Gesunde und naturnahe Schulen

607 Gute Schule heißt für uns auch: Gesunde Schule. Das betrifft insbesondere die  
608 Mittagsversorgung in Schulen mit einem Ganztagsangebot. Wir setzen uns dabei für  
609 eine qualitativ gute Ernährung ein, bei der überwiegend regionales und Bio-Essen  
610 angeboten wird. Und: Kein Essen ohne Mensa. Im Rahmen verstärkter  
611 Ganztagsangebote wollen wir ein Ausbauprogramm von Mensen an den Schulen auf den  
612 Weg bringen. Darüber hinaus fordern wir die kostenlose Versorgung an den  
613 Schulen mit Wasser, zum Beispiel durch Trinkbrunnen.  
614 Wir wollen an unseren Schulen die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)  
615 stärken. Damit sollen Schüler\*innen befähigt werden, die Auswirkungen des  
616 eigenen Handelns zu verstehen und verantwortungsvolle, nachhaltige

617 Entscheidungen zu treffen – gerade auch bei Umwelt- und Klimaschutz.  
618 Das auf GRÜNEN Antrag beschlossene Schulgärtenprogramm ist dazu ein wichtiger  
619 Beitrag. Wir wollen vorhandene Schulgärten unterstützen und neue Schulgärten  
620 schaffen. Dazu sollen auch Kooperationen mit schulnahen Kleingartenvereinen  
621 initiiert werden, insbesondere dort, wo Schulen kein eigenes Gelände zur  
622 Verfügung stellen können.

623 Schulbiologisches Zentrum für nachhaltige Entwicklung  
624 Wir wollen das Schulbiologische Zentrum im Botanischen Garten Rombergpark und  
625 dem Zoo Dortmund zu einem Schulbiologischen Zentrum für nachhaltige Entwicklung  
626 weiterentwickeln. Immer mehr, gerade auch junge Menschen beschäftigen sich mit  
627 den Auswirkungen ihrer Lebensweise und ihres Konsums auf Andere und auf  
628 nachfolgende Generationen. Bildung für nachhaltige Entwicklung soll dabei  
629 helfen, die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen, zu  
630 einem zukunftsfähigen Denken und Handeln zu befähigen und verantwortungsvolle,  
631 nachhaltige Entscheidungen zu treffen. Die bisherige gute Arbeit des  
632 Schulbiologischen Zentrums als außerschulischer Lernort soll deshalb  
633 entsprechend konzeptionell ausgebaut werden.

634 Sichere Schulwege  
635 Kinder und Jugendliche müssen sicher zu ihren Schulen und auch zu ihren Kitas  
636 kommen – mit dem Bus, dem Rad, dem Roller oder auch zu Fuß. Wir wollen die  
637 selbstbestimmte, sichere und nachhaltige Mobilität von Kindern und Jugendlichen  
638 fördern und stärken. Dazu braucht es Mobilitätskonzepte an Schulen und Kitas mit  
639 und für Kinder, Eltern, Lehrer\*innen und Erzieher\*innen. Das Programm „So läuft  
640 das“ zur Förderung von Kinder- und Jugendmobilität hat in den vergangenen Jahren  
641 entsprechende Konzepte für erste Grundschulen erarbeitet. Wir setzen uns dafür  
642 ein, dass das Programm „So läuft das“ Schritt für Schritt auf alle Grundschulen  
643 und weiterführenden Schulen sowie für Kitas ausgeweitet wird.

644 Öffnung von Schule - Entwicklung von Bildungs Kooperationen  
645 Zur stärkeren Vernetzung und dem Ausbau von Themen im Rahmen der globalen  
646 Nachhaltigkeitsziele (Nachhaltigkeit, Klima, Umweltpädagogik, Fair Trade) setzen  
647 wir uns dafür ein, dass projektbezogene Bildungs Kooperationen mit  
648 Bildungsträgern der Umweltpädagogik und/oder Kultureinrichtungen entwickelt  
649 werden.

650 Schulhöfe neu denken  
651 Schulhöfe sind mehr als nur ein Pausenraum. Sie sind Raum für Erholung, aber  
652 auch der Bewegung und der Kommunikation. Schulhöfe sollen Neugier wecken,  
653 Lernmöglichkeiten bieten, Phantasie und Kreativität fördern, zu Spiel und  
654 Bewegung einladen, Raum für Rückzug und Entspannung bereithalten, das soziale  
655 Zusammenleben fördern, die Bedürfnisse und Bedarfe von Mädchen und Jungen  
656 berücksichtigen. Viele Schulhöfe erfüllen diese Anforderungen nicht. Das wollen  
657 wir mit einem eigenen Programm zur Umgestaltung von Schulhöfen ändern.  
658 Wir setzen uns dafür ein, dass Schulhöfe gemeinsam mit den Kindern und  
659 Jugendlichen der Schule, aber auch aus dem Stadtteil geplant werden. In  
660 zahlreichen Wohngebieten und Stadtteilen gibt es nur wenige Spiel- und  
661 Aufenthaltsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Daher ist es wichtig,  
662 Schulhöfe in der unterrichtsfreien Zeit für Kinder und Jugendliche der  
663 Nachbarschaft zu öffnen und sie als wertvolle Spielressourcen mit anderen  
664 Spielplätzen und Grünflächen zu vernetzen.



---

### 665 3.3 Gerechte Schulen

666 Grüne Bildungspolitik hat Bildungsgerechtigkeit zum Ziel. Wir wollen  
667 Bildungsbenachteiligung in Folge unterschiedlicher Voraussetzungen bekämpfen.  
668 Frühzeitige Selektion muss verhindert und der sozialräumlichen Spaltung einen  
669 Riegel vorgeschoben werden. In Dortmund ist jedes dritte Kind unter 15 Jahren  
670 von Armut betroffen oder von Armut bedroht. Wer arm ist, hat schlechtere  
671 Bildungschancen. Wir wollen diesen Zustand nachhaltig verändern und die sehr  
672 unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen vieler Kinder verbessern. Deshalb gilt  
673 beim Zugang zu Bildung für uns: Was ungleich ist, wird ungleich behandelt.

674 Grün wählen für:

675 Sozialindex für Dortmunder Schulen

676 Die Schulen mit den größten sozialen und pädagogischen Herausforderungen  
677 benötigen die größte Unterstützung. Das Land ist aufgefordert, die Zuweisung von  
678 Lehrer\*innenstellen unter der Zielsetzung von Bildungsgerechtigkeit mit einem  
679 Sozialindex besser und effektiv zu steuern. Die Stadt als Schulträgerin muss  
680 materielle Ressourcen verstärkt an jenen Schulen bündeln, an denen der Bedarf am  
681 größten ist. Dazu wollen wir die Erarbeitung eines schulscharfen Sozialindex in  
682 Dortmund als Steuerungsinstrument

683 Erhalt und Ausbau der Schulsozialarbeit

684 Kinder und Jugendliche wachsen in einer Gesellschaft auf, die von starken  
685 Veränderungen geprägt ist. Schulsozialarbeiter\*innen unterstützen sie bei der  
686 Verbesserung ihrer Lern- und Lebenssituation. Das dient auch der  
687 Chancengerechtigkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Dortmunder Schulen  
688 mindestens eine Stelle für Schulsozialarbeit erhalten. Land und Bund werden wir  
689 weiterhin auffordern, die Finanzierung der Schulsozialarbeit sicherzustellen.

690 Schulbegleitung – Gerechter Zugang zur Bildung für alle

691 Schulbegleitung – die Unterstützung der betroffenen Kinder im Unterricht, im  
692 Schulalltag und bei Ganztagsangeboten – ist ein wichtiges und unverzichtbares  
693 Instrument für einen gemeinsamen Unterricht von Schüler\*innen mit und ohne  
694 Beeinträchtigungen. Über 1.000 Schüler\*innen in Dortmund nutzen inzwischen  
695 dieses Unterstützungsangebot.  
696 Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind bei Bedarf Unterstützung durch eine  
697 Schulbegleitung erhält. Und auch für die Schulen gilt: Dort, wo Hilfe bei der  
698 Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigung benötigt wird, muss  
699 sie gewährt werden. Dort, wo veränderte Rahmenbedingungen des Unterrichtens  
700 Unterstützungsleistungen für Schulen notwendig machen, soll die Kooperation von  
701 Schulen und Jugendhilfe gestärkt werden. Der Handlungsrahmen zur Schulbegleitung  
702 in Dortmund ist kontinuierlich zu evaluieren und weiter zu entwickeln

703 Schule als Lebens- und Bildungsort für alle

704 Wir wollen unsere Schulen über den Unterricht hinaus als Lebens- und  
705 Bildungsorte öffnen. Denn die Zeiten, in denen Schulen hermetisch abgeschlossene  
706 Systeme waren, gehören der Vergangenheit an. Schon jetzt haben viele  
707 Ganztagschulen Vereinbarungen mit außerschulischen Partnern getroffen,  
708 kooperieren mit Jugendhilfe, Inklusionsexpertinnen und -experten, Sportvereinen  
709 und Einrichtungen der kulturellen Bildung. Wir setzen uns dafür ein, dass sich  
710 Schulen für ihren Stadtteil zu Begegnungs- und kulturellen Lebensorten auch  
711 außerhalb des schulischen Lernens weiterentwickeln. Dazu zählt für uns auch, die  
712 Öffnung von Schulen für Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu

713 prüfen. Schulen rücken dadurch in das Bewusstsein der Bürger\*innen und es  
714 entsteht ein Gemeinschaftsgefühl, das die Identifikation mit der ‚eigenen‘  
715 Schule erhöht und damit auch zur Reduzierung von Vandalismus und Gewalt  
716 beitragen kann.

#### 717 4. Wirtschaft und Beschäftigung

718 Wirtschaftliche Strukturen unterliegen einem kontinuierlichen Wandel. Dortmund  
719 hat sich in den vergangenen Jahrzehnten von einem Bier-, Kohle- und Stahlrevier  
720 zu einem vielfältigen Wirtschaftsstandort mit einer gesunden Mischung aus  
721 kleinen und großen Unternehmen aus Handwerk, Handel, Dienstleistung, Gewerbe und  
722 Industrie entwickelt. Das stellt den Standort in Zeiten des Strukturwandels gut  
723 auf.

724 Florierende Stadtteile mit vielen innovativen Betrieben können große Wirkung  
725 entfalten und Standortvorteile schaffen, die auch für andere nützlich sind. Wir  
726 wollen das Profil einer dynamischen Stadt mit guten Arbeitsbedingungen schärfen,  
727 Kooperationen und Verbünde fördern, Beteiligung bei der Standortentwicklung  
728 sicherstellen, alte Industrieareale umnutzen, einzigartige Produktions- und  
729 Lebensorte gemeinsam mit den Unternehmen und Anwohner\*innen vor Ort schaffen.  
730 Nachhaltiges und solidarisches Wirtschaften sollten aus GRÜNER Sicht der  
731 Normalfall sein. Wir wollen ökologische Gewerbegebiete, innovative Lösungen bei  
732 Digitalität und Mobilität sowie gute Arbeit mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen  
733 und Ausbildungs- oder Betreuungsangeboten.

734 Wir wollen Dortmunder Unternehmen stärken und sie auf ihrem Weg in die digitale  
735 und auf Klimaschutz ausgerichtete Zukunft unterstützen. Wir wollen innovative  
736 Betriebe mit ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit und mit langfristiger  
737 wirtschaftlicher Profitabilität für Dortmund gewinnen.

#### 738 4.1 Die Märkte der Zukunft sind grün

739 Die wirtschaftliche Entwicklung sozial und ökologisch zu gestalten, ist eine  
740 große Herausforderung. Dazu gehört insbesondere, die vorhandenen Unternehmen in  
741 ihrem Bemühen um mehr Nachhaltigkeit zu unterstützen. Denn der Erfolg ansässiger  
742 Unternehmen hängt zukünftig stark davon ab, wie nachhaltig sie ihre  
743 Arbeitsbedingungen, ihre Produktionsprozesse und ihre Produkte gestalten.

744 Grün wählen für:

#### 745 Neunutzung von Industriebrachen

746 In der Grünen Wirtschaft gibt es viel Potenzial für Neuansiedlungen, deshalb  
747 soll sich die Dortmunder Wirtschaftsförderung verstärkt um die Ansiedlung von  
748 Unternehmen mit ökologischem und sozialem Bewusstsein bemühen. In künftigen  
749 Gewerbegebieten müssen Klima- und Umweltschutz eine deutlich größere Rolle  
750 spielen als bisher.

751 Ansiedlungspolitik beginnt mit dem Bereitstellen von Gewerbeflächen. Dafür  
752 wollen wir aber keine wertvollen Freiflächen wie Groppenbruch, Buddenacker und  
753 Osterschleppweg versiegeln.

754 Unternehmen sollen sich primär in vorhandenen Gewerbegebieten und auf  
755 Industriebrachen ansiedeln. Nachverdichtung ist auch hier ein wichtiges  
756 Stichwort. Phoenix-West und die ehemalige Kokerei Hansa sind gute Vorbilder  
757 dafür, wie Industriekultur und innovative Wirtschaftsunternehmen  
758 zusammengebracht werden können.

759 Altlasten stellen häufig ein Problem für die Vermarktung der Flächen dar. Hier  
760 ist das Land gefordert, Dortmund bei der Sanierung belasteter Flächen mit den

761 nötigen Fördergeldern zu unterstützen. Eine Ausweitung von Gewerbegebieten soll  
762 erst dann diskutiert werden, wenn alle zur Verfügung stehenden Flächenpotenziale  
763 ausgeschöpft sind.

764 Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Vermarktungsstrukturen  
765 Der Auf- und Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten  
766 für Lebensmittel, Verbrauchsgegenstände und Dienstleistungen ist ein wichtiger  
767 Baustein für eine nachhaltige Wirtschaft. Als Teil der Metropole Ruhr kann  
768 Dortmund mit seiner Wirtschaftspolitik Einfluss nehmen, dass Wertschöpfung,  
769 qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze und Entwicklungsperspektiven für  
770 die Region geschaffen werden. Über die gezielte Ansiedlung und Förderung  
771 regionaler Unternehmen werden Transport-, Energie- und Versorgungsstrukturen  
772 ressourcenschonender gestaltet.  
773 Wir setzen uns deshalb für eine regionale, branchenübergreifende Vernetzung  
774 sowie Regionalvermarktung ein. Dafür wollen wir z.B. im Bereich der Lebensmittel  
775 die Zusammenarbeit regionaler Vermarktungsinitiativen mit Öko-Anbauverbänden und  
776 mit Unternehmen, die in der Regionalvermarktung aktiv sind, stärker  
777 unterstützen.

778 Bessere Nutzung digitaler Möglichkeiten  
779 Wir GRÜNE wollen in Zusammenarbeit mit den Dortmunder Wissenschaftseinrichtungen  
780 unsere Stadt als digitalen Standort zum Vorteil der hier lebenden und  
781 arbeitenden Menschen weiterentwickeln. Dabei wollen wir vor allem die Chancen  
782 für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine nachhaltige  
783 Entwicklung nutzen. Wir wollen einen Arbeitsschwerpunkt zur Energie- und  
784 Nachhaltigkeitsberatung bei der Wirtschaftsförderung ansiedeln, um Unternehmen  
785 dabei zu unterstützen, durch den Einsatz innovativer Technologien ihre  
786 Umweltverträglichkeit zu verbessern. Dazu gehört auch eine flächendeckende  
787 Versorgung mit Breitband.

#### 788 4.2 Infrastruktur als Standortfaktor für Unternehmen und Arbeitskräfte

789 Wichtige Standortfaktoren für Unternehmen sind ein großes Potenzial hoch  
790 qualifizierter Arbeitskräfte, die Einbindung in eine leistungsfähige  
791 Infrastruktur – sowohl beim klimafreundlichen Verkehr als auch bei der  
792 Kinderbetreuung und bei kulturellen Angeboten – sowie ein weltoffenes Klima, in  
793 dem sich Unternehmer\*innen und Mitarbeiter\*innen gleichermaßen wohlfühlen  
794 können. Sie machen die Attraktivität unserer Stadt als Arbeits-, Wirtschafts-  
795 und Wohnstandort aus.

#### 796 Grün wählen für:

797 Eine gute Anbindung der Gewerbegebiete an den ÖPNV und das Radwegenetz  
798 Der Weg zur Arbeit ohne Auto muss zeitlich und finanziell attraktiv sein. Bei  
799 der Ausweisung und Nutzung von Gewerbeflächen müssen umweltfreundliche  
800 Mobilitätskonzepte deshalb von Beginn an mitgeplant werden (s. auch Kapitel  
801 Mobilität).

802 Betriebe, die ihre Beschäftigten bei der Nutzung umwelt- und  
803 gesundheitsfördernder sowie kostenbewusster Verkehrsmittel unterstützen,  
804 reduzieren damit die Belastungen für Umwelt und Klima. Sie müssen bei der  
805 Radwege- und Nahverkehrsplanung mitberücksichtigt werden.

806 Eine intelligente und ressourcenschonende Transportlogistik  
807 Güter werden in Dortmund immer noch hauptsächlich per Lkw transportiert, was

808 wesentlich zur Verstopfung unserer Straßen beiträgt. Dabei hat Dortmund im  
809 Gegensatz zu anderen Städten die Möglichkeit, zu einer ökologisch sinnvollen  
810 Transformation des Güterverkehrs beizutragen. Dortmund hat einen der größten  
811 Kanalhäfen Europas, ist mit der Hafen AG an Eisenbahnunternehmen beteiligt und  
812 hat ein international bekanntes Fraunhofer-Institut, das über jahrzehntelange  
813 Erfahrung mit Logistikplanung verfügt.  
814 Wir GRÜNE stehen für die konsequente Nutzung dieser Potenziale zur Förderung des  
815 Schienengüterverkehrs und der Nutzung der Wasserstraßen zur Bündelung von  
816 Transporten. Unter einer intelligenten Transportlogistik verstehen wir aber auch  
817 die Vermeidung unnötiger Einzeltransporte, denn der Weg, der erst gar nicht  
818 stattfindet, trägt am meisten zum gesunden Klima bei. Für die Lieferverkehre in  
819 die City wollen wir die Nutzung von Cargo-Fahrrädern und emissionsfreien Lkw  
820 unterstützen.

821 Förderung von betriebsnahen Kinderbetreuungsangeboten  
822 Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein entscheidender Standortfaktor  
823 für die Attraktivität von Unternehmen als Arbeitgeber. Wir möchten Unternehmen  
824 bei der Einrichtung betriebsnaher Angebote zur Kinderbetreuung unterstützen, die  
825 die städtischen Betreuungsangebote ergänzen. Entscheidend für ein gutes Angebot  
826 sind Kita-Öffnungszeiten, die sich an die Betriebszeiten der Unternehmen  
827 anpassen, um vor allem alleinerziehende Elternteile zu unterstützen. Dabei sind  
828 auch die Arbeitszeiten von Eltern in Schichtdiensten zu berücksichtigen.

829 Vernetzung der lokalen Wirtschaft mit den Wissenschaftseinrichtungen  
830 Wir wollen den Austausch der Stadt mit der Wissenschaft stärken und mehr  
831 Gelegenheiten schaffen, bei denen die Hochschulen mit ihren wissenschaftlichen  
832 Erkenntnissen in einen konstruktiven Dialog mit der Industrie und dem Handwerk  
833 treten. Dafür wollen wir den Masterplan Wissenschaft kontinuierlich  
834 fortschreiben und um Aspekte praxisnaher sozialer Innovation ergänzen. Die  
835 Kooperationen der Hochschulen im Ruhrgebiet sollen erhalten und weiter gefördert  
836 werden. Die Zusammenführung der FH-Standorte auf dem ehemaligen HSP-Gelände  
837 unterstützen wir.

#### 838 4.3 Gründungen fördern – Wirtschaft fördern

839 Für Gründer\*innen wird in Dortmund schon jetzt viel getan. Wir wollen, dass der  
840 Start in die Selbstständigkeit ohne Hürden beginnt. Dazu gehört für uns ein Ort,  
841 an dem alle Informationen für die verschiedenen Zielgruppen gebündelt zur  
842 Verfügung stehen: von der Geburt einer Geschäftsidee über die Entwicklung eines  
843 Businessplans, die Beschaffung von Venture Capital, die Gewerbeanmeldung bis zur  
844 Gesellschaftsgründung und der weiteren Beratung. Das beinhaltet auch die  
845 Beratung zu Förderprogrammen über die Gründungsphase hinaus. Dies kann mit dem  
846 neu geplanten Gründungs- und Innovationscampus in der Speicherstraße entstehen.  
847 Dafür muss sichergestellt werden, dass alle Gründungsangebote der Stadt dort  
848 unter einem Dach zusammengeführt und dauerhaft gesichert werden.

849 Grün wählen für:

#### 850 Gründer\*innenzentrum

851 Das Gründerinnenzentrum fördert heute vor allem weibliche Solo-  
852 Selbstständigkeit, diese birgt jedoch oft die Gefahr späterer Altersarmut. Daher  
853 wollen wir den Fokus des Angebots auf nachhaltig wachsende Unternehmen verlagern  
854 und besser mit den anderen Angeboten der Gründungsförderung verzahnen. Zudem  
855 kann eine stärkere Zusammenarbeit des Gründerinnenzentrums mit dem Centrum für

856 Entrepreneurship und Transfer der TU Dortmund (CET) dazu beitragen,  
857 technikaffine Gründungen von Frauen zu fördern.

#### 858 Migrantische Ökonomie

859 Neben dem Erhalt des Gründerinnenzentrums haben wir uns immer wieder für die  
860 Wertschätzung und Unterstützung migrantischer Unternehmer\*innen eingesetzt. Ihre  
861 Unternehmen sind ein untrennbarer Bestandteil der lokalen Ökonomie – nicht nur  
862 in der Nordstadt. Diese Entwicklung muss als Bereicherung eines vielfältigen  
863 Dortmunds gefördert werden.

864 Am Gründungscampus sollen die Angebote für alle Zielgruppen gebündelt werden –  
865 auch für migrantische Unternehmer\*innen. Das Deutsch-Internationale  
866 Wirtschaftszentrum Nordstadt (DIWN), dessen Bestand zunächst nur bis 2021  
867 gesichert ist, soll deshalb dauerhaft finanziert und im Gründungscampus  
868 angesiedelt werden, damit diese Gründer\*innen nach Bedarf eine  
869 migrationsspezifische Beratung erhalten können.

#### 870 Kreativwirtschaft

871 Neue Ideen brauchen Räume, Infrastruktur, Fördermaßnahmen und Starthilfen. Auch  
872 für Start-up-Ideen im Bereich der Kreativwirtschaft ist mehr städtische  
873 Infrastruktur notwendig. Im neu geplanten Hafenquartier soll deshalb Raum für  
874 ein entsprechendes Gründungszentrum mitgedacht werden.

875 Wir Grüne wollen mit einem kreativwirtschaftlichen Zentrum in Dortmund einen  
876 Treffpunkt schaffen, wo sich Start-ups aus der Kreativwirtschaft austauschen,  
877 Ideen weiterentwickeln und sich gegenseitig inspirieren können.

#### 878 Pop-up-Stores und Zwischennutzungen

879 Wir wollen kreative Ansätze von Zwischennutzungen und Angebote wie Pop-up-  
880 Stores, also kurzfristige Einzelhandelsgeschäfte in leer stehenden  
881 Geschäftsräumen, weiterverfolgen. Dortmunder Start-ups und Menschen aus der  
882 Kultur- und Kreativwirtschaft können in diesem Rahmen ihre Produkte vorstellen  
883 und ihren möglichen Erfolg erproben. Auch die Wirkung auf die Stadtteile ist  
884 positiv, wenn Läden nicht leer stehen und wechselnde Angebote die Zentren  
885 beleben.

#### 886 4.4 Gute Arbeit schaffen, Ökonomie und Gemeinwohl verbinden

887 Das Wohl von Mensch und Umwelt muss mit den ökonomischen Zielen in Einklang  
888 gebracht werden. Wir GRÜNE wollen in Dortmund Unternehmen ansiedeln, die  
889 sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Beschäftigungen bieten.  
890 Zusätzlich wollen wir Umweltschutz, soziale Aspekte und wirtschaftliche Dynamik  
891 in ein neues Gleichgewicht bringen. Unsere Zukunft hängt unmittelbar davon ab,  
892 ob es gelingt, wirtschaftliches Wachstum und Ressourcenverbrauch zu entkoppeln.  
893 Wirtschaftliche Aktivitäten können z.B. durch Billiglöhne und CO2 Emissionen  
894 negative Auswirkungen auf Menschen, Gesellschaft und Umwelt haben. Wir möchten,  
895 dass Wachstum und Wettbewerb nachhaltig und fair gestaltet wird. Daher sollen  
896 insbesondere bei der Auftragsvergabe der Stadt Unternehmen, welche  
897 verantwortungsvoll mit der Umwelt, den Menschen und der Gesellschaft umgehen,  
898 bevorzugt behandelt werden.

#### 899 Grün wählen für:

##### 900 Gemeinwohlbilanz für städtische Betriebe

901 Wir wollen auf der Grundlage des Public Corporate Governance Kodexes der Stadt,  
902 in dem die Grundsätze guter Unternehmensführung definiert sind, zunächst für

903 alle städtischen Betriebe eine Gemeinwohlabilanz erstellen. (s. Kapitel Stadt-  
904 Verwaltung)  
905 Bei der Wirtschaftsförderung müssen die nötigen Kompetenzen geschaffen werden,  
906 um interessierte Unternehmen bei der Erstellung einer Gemeinwohlabilanz zu  
907 unterstützen.

908 Existenzsichernde Beschäftigung durch qualifizierte Ansiedlungspolitik fördern  
909 Wir GRÜNE wollen, dass die Wirtschaftsförderung Dortmund ihre Leistungsfähigkeit  
910 gezielt dazu nutzt, durch eine qualifizierte Ansiedlungspolitik dauerhafte und  
911 existenzsichernde Beschäftigung für alle Qualifikationen nach Dortmund zu holen.  
912 Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Digitalisierung von  
913 Bedeutung, die nicht weniger, aber andere Arbeitsplätze schaffen wird.

914 Gute Ausbildung  
915 Als Schnittstelle im Kontakt zu Betrieben und Unternehmen soll die  
916 Wirtschaftsförderung gemeinsam mit den Fachbereichen Schule und Jugend verstärkt  
917 Ausbildungsplatzangebote insbesondere für bildungsferne Zielgruppen erschließen.  
918 Vorhandene Brückenprogramme im Übergangsfeld Schule/Beruf sollen ausgebaut  
919 werden. Dabei sollen zielgerichtete Programme insbesondere die Ausbildung im  
920 Handwerk fördern.  
921 Nicht alle Abiturient\*innen wollen an die Hochschule. Wir möchten das Potenzial  
922 dieser Schüler\*innen nutzen, um Programme wie „Meister statt Master“  
923 voranzubringen.

#### 924 4.5 Die Potenziale der Metropole Ruhr nutzen

925 Für die wirtschaftliche Entwicklung der Region – und damit auch der Stadt  
926 Dortmund – muss das Kirchturmdenken zugunsten eines regionalen  
927 Wirtschaftsstandortes und eines regionalen Arbeitsmarktes überwunden werden.  
928 Eine überregionale Zusammenarbeit, wie auf Ebene der Business Metropole Ruhr  
929 (BMR) oder des Regionalverbands Ruhr (RVR) vorgesehen, vermindert den  
930 Konkurrenzkampf der Kommunen, dient der neuen Nutzung industrieller Brachflächen  
931 und ist damit auch ein ökologischer Beitrag zur Verminderung des  
932 Freiflächenverbrauchs. Regionale Kooperationsstandorte sind dafür ein wichtiger  
933 Beitrag und sollen verstärkt entwickelt werden. Ansiedlungswillige Unternehmen  
934 sollen auch regional vermittelt werden, wenn in der jeweiligen Kommune keine  
935 geeignete Fläche bereitgestellt werden kann.

936 Grün wählen für:

937 Aufträge für die regionale Wirtschaft  
938 Aktivitäten der kommunalen Unternehmen, die weitere Existenzgründungen vor Ort  
939 stützen und neue Arbeitsplätze in innovativen mittelständischen Unternehmen zur  
940 Folge haben, sehen wir positiv. All das dient direkt und indirekt den  
941 Dortmunderinnen und Dortmundern. Wir GRÜNE unterstützen es deshalb, wenn die  
942 Stadt und die städtischen Unternehmen ebenso wie private Unternehmen ihre  
943 Aufträge an lokale oder regionale Mittelständler\*innen vergeben. Es ist ein  
944 Beitrag, Arbeitsplätze in der Stadt wie der Region zu schaffen und Investitionen  
945 vor Ort zu fördern.

946 Regionale abgestimmte Ansiedlung von Einzelhandel  
947 Unsere Innenstädte müssen lebendig bleiben. Eine gute Entwicklung des  
948 Einzelhandels ist dafür ein wichtiger Baustein und die Basis für ein  
949 pulsierendes öffentliches Leben. Neben einem zunehmenden Onlineangebot schwächen

950 uniforme Geschäftstypen die Entwicklung der Stadtzentren. Wir wollen, dass sich  
951 die Städte des Ruhrgebiets nicht als Konkurrenten begreifen, sondern sich in der  
952 Belebung ihrer Innenstädte unterstützen.  
953 Unsere Innenstädte müssen lebendig bleiben. Wir wollen, dass sich die Städte des  
954 Ruhrgebiets nicht als Konkurrenten begreifen, sondern sich in der Belebung ihrer  
955 Innenstädte unterstützen. Statt uniformierter Einkaufspassagen soll sich die  
956 Einzigartigkeit jeder Stadt und jedes Stadtteils auch in Läden einer  
957 Einkaufspassage widerspiegeln. Wir setzen uns gegen große  
958 Einzelhandelsansiedlungen in nicht integrierten Lagen ein und befürworten eine  
959 Stadt der kurzen Wege mit einer vielfältigen und guten Nahversorgung.

960 Einheitliche Gewerbesteuersätze im Ruhrgebiet  
961 Wir wollen die Vereinheitlichung der Gewerbesteuersätze im Ruhrgebiet, um den  
962 Wettbewerb der Städte in der Region mit einer Subventionierung  
963 ansiedlungswilliger Unternehmen zu beenden. Dies dient auch der Stärkung  
964 interkommunaler Gewerbegebiete.

## 965 5. Stadt und Verwaltung

966 Dortmund ist nicht nur der Ort, an dem über 600.000 Menschen leben. Dortmund ist  
967 auch Verwaltungszentrum, Arbeitgeberin und eine kommunalwirtschaftliche  
968 Organisation. Als Kommune ist Dortmund dem Wohlergehen einer und eines jeden  
969 Einzelnen innerhalb dieser Gemeinschaft verpflichtet. Ziel der städtischen  
970 Unternehmenstätigkeit ist damit vor allem die Daseinsvorsorge, aus der sich  
971 besondere Ansprüche sowohl an das eigene Handeln als auch an den Umgang mit  
972 Bürger\*innen oder anderen Kommunen sowie an die Eigenbetriebe und  
973 Tochterunternehmen ableiten.  
974 Der wichtigste Punkt für uns: Die Unternehmen im Bereich der Pflichtaufgaben der  
975 Daseinsvorsorge bleiben unter demokratischer Kontrolle. Sie gehören nicht in  
976 private Hand – auch nicht in Teilen. Wir wollen eine starke kommunale  
977 Selbstverwaltung, eine Politik- und Verwaltungskultur, die auf Mitsprache  
978 ausgerichtet ist und eine Beteiligung der Bürger\*innen aktiv fördert. Wir  
979 verstehen Verwaltung als Serviceangebot an die Dortmunder\*innen. Und wir wollen  
980 eine Stadt, die fair, integrativ und nachhaltig handelt, die sich der  
981 Verantwortung gegenüber ihren rund 10.000 Mitarbeiter\*innen bewusst ist und die  
982 den Ausbau digitaler Angebote zum Nutzen der hier lebenden Menschen vorantreibt.

### 983 5.1 Bürger\*innen-nahes Dortmund

984 Wir unterstützen den von der Stadt begonnenen Prozess zum Aufbau einer  
985 transparenten und bürgernahen Stadtverwaltung. Die Verwaltung soll ihre  
986 Kompetenzen verstärkt dafür einsetzen, den Dortmunder\*innen die Erledigung  
987 weiterer Anliegen – neben der Vor-Ort-Beratung – auch online zu ermöglichen. In  
988 beiden Fällen müssen die Formulare für alle verständlich und nutzbar, also  
989 sowohl barrierefrei als auch mehrsprachig sein. Wir wollen die Möglichkeiten der  
990 Digitalisierung nutzen und dabei die Bürger\*innen und die städtischen  
991 Mitarbeiter\*innen mitnehmen.

992 Grün wählen für:

993 Weiterentwicklung des Service für die Bürger\*innen  
994 Die Arbeitsweise von Verwaltungsstellen muss den Bedürfnissen und Lebenslagen  
995 der Bürger\*innen entsprechen. Wer vormittags Kinder betreut, nur am Wochenende  
996 in Dortmund ist oder tagsüber arbeiten muss, kann derzeit die Bürgerdienste

997 nicht ohne Weiteres nutzen. Wir wollen deshalb die Öffnungszeiten für die  
998 Kund\*innen und damit auch die Arbeitszeiten der Mitarbeiter\*innen flexibler  
999 gestalten, auch an Nachmittagen und einzelnen Samstagen. Für ältere und  
1000 mobilitätseingeschränkte Menschen wollen wir die barrierefreie Erreichbarkeit  
1001 sämtlicher Verwaltungsstellen. Alle Informationen müssen für jede und jeden klar  
1002 verständlich sein: in allen häufig vorkommenden Fremdsprachen und in leichter  
1003 Sprache. Wichtige politische Entscheidungen werden nach dem Beispiel des jüngst  
1004 beschlossenen Klimabarometers in verständlich aufbereiteter Form kommuniziert.

#### 1005 Digitalisierung von Rathaus und Verwaltung

1006 Das Onlinezugangsgesetz (OGZ) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, bis Ende  
1007 2022 einen Großteil der Verwaltungsleistungen digital anzubieten. Auf kommunaler  
1008 Ebene müssen wir die Digitalisierung jetzt konsequent umsetzen – unter Beachtung  
1009 des Datenschutzes. Deshalb wollen wir die Einführung barrierefreier digitaler  
1010 Verwaltungsverfahren beschleunigen. Dazu gehört, das Bürger\*innen-Portal im  
1011 Internet weiter auszubauen, um mehr Dokumente und Anliegen online abwickeln und  
1012 so Wartezeiten verkürzen zu können. Wir wollen, dass Behörden- und  
1013 Verwaltungsangelegenheiten wie etwa die Ummeldung des Wohnsitzes oder die  
1014 Beantragung von Kindergeld schnell und einfach über das Internet erledigt werden  
1015 können. Die sichere Identifizierung über den elektronischen Personalausweis bei  
1016 Behördengängen via Internet ist dafür die Voraussetzung.

#### 1017 5.2 Die Stadt als attraktive Arbeitgeberin

1018 Von Kommunen wird zu Recht erwartet, dass sie sich auch als Arbeitgebende  
1019 gemeinwohlorientiert verhalten und gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen  
1020 bieten.

1021 Wir wollen, dass die öffentliche Verwaltung und die städtischen Betriebe die  
1022 Arbeitszeit soweit flexibilisieren, dass sich Familie und Beruf noch besser  
1023 vereinbaren lassen. Frauen und Männer sollen generell gleiche Berufschancen und  
1024 Karrieremöglichkeiten haben, das ist eins der grundsätzlichen GRÜNEN Ziele.  
1025 Verwaltung und Stadttöchter haben Vorbildcharakter. Dementsprechend sollen sie  
1026 insbesondere den nach Dortmund geflüchteten Menschen berufliche Perspektiven  
1027 bieten. Gute Arbeitsbedingungen und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie sichere  
1028 Arbeitsplätze machen die Stadt Dortmund auf dem immer enger werdenden Markt der  
1029 Fachkräfte attraktiv.

#### 1030 Grün wählen für:

##### 1031 Vorbildfunktion der Stadt in der Ausbildung

1032 Die Stadt Dortmund leistet schon jetzt durch ihr Ausbildungsangebot für  
1033 Schulabgänger\*innen aller Schulformen und Abschlüsse einen wichtigen Beitrag zur  
1034 Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und übernimmt Vorbildfunktion für andere  
1035 Unternehmen. Einen Großteil ihres Personalbedarfs deckt sie durch eigene  
1036 Nachwuchskräfte. In diesem Jahr gründete die Stadt mit dem Zentrum für  
1037 Ausbildung und Kompetenzen (ZAK) eine zentrale Einrichtung für Aus- und  
1038 Weiterbildung der Mitarbeitenden. Sie folgt damit dem zunehmenden Bedarf an  
1039 zusätzlichen Kenntnissen und Kompetenzen, nicht nur für Auszubildende. Schon  
1040 jetzt wird eine Vielzahl von Ausbildungsgängen für unterschiedliche  
1041 Schulabschlüsse angeboten. Diesen Weg unterstützen wir und wollen insbesondere  
1042 das Angebot für Schüler\*innen mit eingeschränkten Chancen auf dem Arbeitsmarkt  
1043 weiter ausbauen. Dafür wollen wir nicht nur das schon bestehende Projekt zur



1044 Förderung von Hauptschüler\*innen ausweiten, sondern auch weitere Sonderformen  
1045 zusätzlich zum geplanten Ausbildungsangebot einführen

1046 Frauen in Führungspositionen

1047 Noch immer gibt es in der Verwaltung zu wenig Frauen in Führungspositionen,  
1048 obwohl ein Großteil der Mitarbeiter\*innen bei der Stadt weiblich ist. Wir GRÜNE  
1049 wollen, dass Frauen auch auf den oberen Ebenen adäquat vertreten sind. Deshalb  
1050 wollen wir sie ermutigen und unterstützen, sich auf Führungspositionen zu  
1051 bewerben. Dies geschieht z.B. durch Mentoring-Programme und Vernetzung. Wir  
1052 wollen, dass die Stadt hierzu spezifische Angebote für Frauen bereitstellt. In  
1053 Kooperation mit dem Gleichstellungsbüro sollen zudem mehr Programme gegen  
1054 geschlechterstereotype Berufswahl aufgelegt werden.  
1055 Von einer geschlechtergerechten Verteilung der Positionen in den Aufsichtsräten,  
1056 Vorständen und Geschäftsführungen sind auch die städtischen Eigenbetriebe und  
1057 Tochterunternehmen nach wie vor weit entfernt. Ein Blick in den  
1058 Beteiligungsbericht zeigt, dass die dort ausgewiesenen Vorstände hauptsächlich  
1059 männlich besetzt sind. Wir wollen, dass die Regelungen des  
1060 Landesgleichstellungsgesetz NRW in den Eigenbetrieben und städtischen Töchtern  
1061 Anwendung finden und Vorstände, Aufsichtsräte und Geschäftsführung jeweils zur  
1062 Hälfte mit Frauen besetzt werden.

1063 Mehr Väter in Elternzeit

1064 Noch ist es bei vielen Arbeitgeber\*innen eher verpönt, wenn Väter Elternzeit  
1065 nehmen – vor allem, wenn sie mehr als die ihnen zugedachten zwei Monate ihre  
1066 Erwerbstätigkeit unterbrechen. Wir wollen Unternehmen davon überzeugen, dass  
1067 wirklich gute Arbeitgeber\*innen Väter in ihrem Vorhaben unterstützen, die Hälfte  
1068 der Elternzeit zu nehmen. In der Stadtverwaltung und in den städtischen Töchtern  
1069 wollen wir eine Kampagne anstoßen, die Väter dazu motiviert. Studien zeigen,  
1070 dass hier für Männer Vorbilder im beruflichen Umfeld von besonderer Bedeutung  
1071 sind. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Vorbilder in Dortmund sichtbar und  
1072 mehr werden.

1073 Fortschreiben des Personal- und Organisationskonzeptes

1074 Die Stadt Dortmund ist zusammen mit den städtischen Beteiligungen der größte  
1075 lokale Arbeitgeber. Dennoch fehlt in einigen Bereichen, vor allem im Planungs-  
1076 und Baubereich oder im Sozial- und Jugendhilfebereich, zunehmend Personal. Bis  
1077 2035 wird zudem ein Anteil von rund 40 Prozent der jetzigen Belegschaft  
1078 altersbedingt aus der Stadtverwaltung ausscheiden.  
1079 Wir GRÜNE haben uns früh für die Einführung eines detaillierten Personal- und  
1080 Organisationskonzepts in der Verwaltung eingesetzt. Dies muss kontinuierlich  
1081 fortgeschrieben werden, um auf veränderte Aufgaben und Herausforderungen wie z.  
1082 B. den Fachkräftemangel im Ingenieurwesen reagieren zu können. Das Konzept muss  
1083 insbesondere die Entwicklungen durch den Masterplan „Digitale Verwaltung –  
1084 Arbeiten 4.0“ berücksichtigen.  
1085 Wir wollen, dass durch Weiterbildung und Zusatzausbildung Karrierepfade – auch  
1086 auf rein fachlicher Ebene ohne Personalverantwortung – ermöglicht werden.  
1087 Aufgaben- und Tätigkeitswechsel innerhalb des gesamten „Konzerns Stadt“ müssen  
1088 durch entsprechende Fortbildungsangebote ermöglicht und unterstützt werden. Das  
1089 Angebot flexibler Arbeitszeitmodelle (u. a. Homeoffice) soll unter Beteiligung  
1090 der Personalvertretung kontinuierlich ausgebaut werden.

1091 Gesunde Mitarbeiter\*innen für die Stadt

1092 Um die Gesundheit der Mitarbeiter\*innen zu erhalten und die Krankenquote

1093 abzusenken, wollen wir das betriebliche Gesundheitsmanagement weiter fördern.  
1094 Der Arbeitsmedizinische Dienst der Stadt Dortmund ist personell deutlich  
1095 unterbesetzt, was zu Ausfallzeiten bei den städtischen Mitarbeiter\*innen und zu  
1096 Verzögerungen bei den Einstellungsuntersuchungen führt. Wir setzen uns dafür  
1097 ein, dass die nötigen arbeitsmedizinischen Leistungen für die Stadtverwaltung z.  
1098 B. vom Klinikum Dortmund zentral übernommen und so verbessert und  
1099 professionalisiert werden

#### 1100 5.3 Gemeinwohl ist ein Wirtschaftsfaktor

1101 Kommunale Erfolge müssen nach mehr Kriterien als nur nach finanzwirtschaftlichen  
1102 Kennzahlen bewertet werden. Neben der klassischen Wirtschaftsbilanz müssen auch  
1103 Werte einbezogen und verglichen werden, die den gesellschaftlichen Nutzen des  
1104 unternehmerischen Handelns bilanzieren. Dazu gehören Teilhabe aller,  
1105 Mitbestimmung, Geschlechterdemokratie, ökologische Nachhaltigkeit oder auch  
1106 Lebensqualität. Gemeinwohlökonomie ist ein Schritt auf dem Weg hin zu einer  
1107 Wirtschaftsweise, die in erster Linie den Menschen in den Mittelpunkt stellt.  
1108 Kommunale Unternehmen sollen hierbei Vorreiter und Impulsgeber sein.

#### 1109 Grün wählen für:

1110 Besondere Kriterien für kommunale Kapitalanlagen  
1111 Mit der Anlage öffentlicher Gelder können die Städte direkten Einfluss auf eine  
1112 nachhaltige Produktion und sozial gerechtes Handeln nehmen. Investitionen in  
1113 umweltschädliche Energieformen müssen ausgeschlossen werden. Ebenso sollte kein  
1114 Geld der Stadt in Firmen fließen, die Kinderarbeit zulassen, Kriegswaffen  
1115 herstellen oder anders gegen Menschenrechte verstoßen.

1116 Stadt als Vorbild: Gemeinwohlbilanz für städtische Unternehmen  
1117 Wir wollen, dass die städtischen Unternehmen Gemeinwohlbilanzen erstellen oder  
1118 in den Finanzberichten sozial-ökologische Kriterien gleichwertig mit den  
1119 finanziellen Kriterien darstellen. Neben den klassischen Kennzahlen, wie Umsatz  
1120 oder Rendite, soll die Bilanz um Gemeinwohlfaktoren erweitert werden, um die  
1121 gesamtheitliche Wirkung der Organisation auf Umwelt und Gesellschaft abzubilden.  
1122 Damit wird der Erfolg eines Betriebes an seinem tatsächlichen Beitrag zum  
1123 Wohlergehen und der Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft gemessen

#### 1124 5.4 Haushalt – Handlungsfähig und zukunftsfest

1125 Kommunen brauchen für die Aufgaben, die sie erfüllen müssen, ausreichend  
1126 finanzielle Mittel. Den Städten wurden in den vergangenen Jahren immer mehr  
1127 Daueraufgaben z. B. in der Eingliederungshilfe oder bei der Flüchtlingsaufnahme  
1128 und -integration übertragen, ohne dass Bund und Land für die nötige  
1129 Gegenfinanzierung gesorgt haben. Damit werden die Spielräume für die eigenen  
1130 kommunalpolitischen Akzente von Jahr zu Jahr geringer.  
1131 Der Dortmunder Haushalt weist für das Jahr 2020 ein Defizit von 54,3 Mio. Euro  
1132 aus, für das Jahr 2021 sogar 57,2 Mio. Euro. Und die Stadt benötigt zur  
1133 Erfüllung ihrer Aufgaben zusätzlich Kassenkredite, deren Höhe sich 2019 auf rund  
1134 1,6 Mrd. Euro summierten. Schon bei einem moderaten Zinsanstieg oder einer sich  
1135 verschlechternden Konjunktur wäre Dortmund in der Haushaltssicherung. Für eine  
1136 politische Gestaltung der Stadt wäre dann kein Geld mehr da.

#### 1137 Grün wählen für:

1138 Entlastung der Kommunen bei den Schulden  
1139 Über einen Altschuldenfonds wird den verschuldeten Kommunen ein Neustart  
1140 ermöglicht, indem sie von sogenannten unechten Liquiditätskrediten befreit  
1141 werden. Das sind die Kredite, die nicht nur zur Überbrückung kurzfristiger  
1142 Engpässe aufgenommen wurden, sondern zum Ausgleich dauerhafter, struktureller  
1143 Defizite benötigt werden. Sie sollen in einen Entschuldungsfonds eingebracht  
1144 werden, der die vollständige Tilgung nach 30 Jahren ermöglicht. Wichtig ist uns,  
1145 dass sich neben den Kommunen auch Bund und Länder an der Entschuldung  
1146 beteiligen. Denn schließlich sind es vor allem die steigenden Aufgaben im  
1147 sozialen Bereich, die den Kommunen aufgegeben werden, ohne sie mit den dafür  
1148 benötigten Finanzmitteln auszustatten.  
1149 Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen: Wir setzen uns deshalb für eine  
1150 deutliche Stärkung des Konnexitätsprinzips ein. Wenn Bund oder Land ein neues  
1151 Gesetz erlassen, müssen sie auch die Mehrkosten tragen

1152 Verbessertes Konzept für Bürger\*innen-Haushalt  
1153 Das Ziel, die Dortmunder\*innen über einen Bürger\*innen-Haushalt an der  
1154 finanziellen Prioritätensetzung der Stadt zu beteiligen, hat in der  
1155 Vergangenheit nicht gut funktioniert. Dennoch ist der Bürger\*innen-Haushalt ein  
1156 wichtiges und in anderen Kommunen erfolgreich eingesetztes Instrument, um eine  
1157 eigenständige Bürgerschaft zu stärken.  
1158 Die Bürger\*innen müssen erleben, dass sie über die Beteiligung Einfluss auf die  
1159 politischen Entscheidungen nehmen und konkrete Veränderungen erreichen können.  
1160 Wir wollen deshalb ein Gesamtkonzept von der Einbindung der Bürger\*innen bis zum  
1161 Umgang mit den Ergebnissen. Unterschiedliche Methoden bei der Auswahl der  
1162 Bürger\*innen (Zufallsauswahl, Ansprache aktiver Bürger\*innen und  
1163 Zielgruppenvertretungen), die stärkere Nutzung digitaler Möglichkeiten und eine  
1164 Ausweitung der Inhalte sollen die Akzeptanz und die Teilnahme erhöhen.

## 1165 5.5 Faire Kommune

1166 Die Stadt trägt Verantwortung. Ihr Handeln als Beschafferin von Waren und  
1167 Dienstleistungen wirkt sich auf viele Bereiche aus und entscheidet mit, ob  
1168 Klimaschutzziele erreicht werden, ob die hiesige Nachfrage zukunftsfähige  
1169 Entwicklungen fördert, oder auch, ob Migration als Chance oder als Problem  
1170 wahrgenommen wird. Auf GRÜNEN Antrag werden zukünftig bei Ausschreibungen und der  
1171 Vergabe städtischer Aufträge auch Kriterien der Frauenförderung und der  
1172 Vereinbarkeit von Beruf und Familie berücksichtigt. Damit wird das Engagement  
1173 von Unternehmen anerkannt, die z. B. flexible Arbeitszeitmodelle anbieten, ihre  
1174 Mitarbeiter\*innen bei der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger unterstützen  
1175 oder Frauen explizit ermutigen, sich auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze in  
1176 männerdominierten Berufsbereichen zu bewerben.

## 1177 Grün wählen für:

1178 Dauerhaftes Engagement für mehr Nachhaltigkeit  
1179 Seit 2007 setzt sich Dortmund für eine faire und nachhaltige Beschaffung ein,  
1180 seit 2009 trägt sie den Titel „Fairtrade Town“. Wir wollen, dass bei allen  
1181 Ausschreibungen und Beschaffungen die in der Vergabesatzung verankerten  
1182 sozialen, ökologischen und fairen Kriterien konsequent angewendet werden.  
1183 Wir unterstützen ausdrücklich den Dortmunder Weg, der die Tariftreue in der  
1184 strengen Form des alten Tariftreue- und Vergabegesetzes beibehält.  
1185 Auf GRÜNEN Antrag hin wurden auch Kriterien zur Gleichstellung und

1186 Familienfreundlichkeit in die Richtlinien aufgenommen. Wir wollen, dass  
 1187 zukünftig auch Lokalität und der Umwelt-Footprint des Anbieters berücksichtigt  
 1188 werden. Auch bei der Versorgung von Kitas, (Hoch-)Schulen, Altenheimen oder  
 1189 Kliniken soll die Verwaltung verstärkt auf die Verwendung regionaler Öko-  
 1190 Produkte setzen.

1191 Im Fachbereich Vergabe und Beschaffung soll vor dem Hintergrund dieser  
 1192 Anforderungen ein Beurteilungskonzept für bevorzugte Lieferanten (Preferred-  
 1193 Supplier-Konzept) erarbeitet werden.

1194 Wir wollen, dass die Stadt zukünftig verstärkt Programme und Projekte der  
 1195 nachhaltigen Bildung und Entwicklung unterstützt und in ihren eigenen  
 1196 Einrichtungen durchführt (s. auch Programmabschnitt Schule).

1197 Stärkere Beteiligung der Bürger\*innen

1198 Bürgerbeteiligung ist für uns GRÜNE ein selbstverständlicher Bestandteil von  
 1199 Kommunalpolitik und auch in Dortmund an vielen Stellen institutionalisiert. Ob  
 1200 es um die Ausweisung neuer Wohnbaugebiete, Nachverdichtung oder die  
 1201 städtebauliche Entwicklung von Flächen geht: Konflikte entstehen vor allem dann,  
 1202 wenn Bürger\*innen den Eindruck haben, dass Politik und Verwaltung sich nicht mit  
 1203 ihnen über Ziele und Mittel der Stadtentwicklung verständigen.

1204 Wir wollen, dass die Stadt bei konfliktbehafteten Entscheidungen aktiv das  
 1205 Gespräch mit betroffenen Bürger\*innen und ihren zivilgesellschaftlichen  
 1206 Organisationen sucht. Wir wollen „das Wissen der vielen“ rechtzeitig für  
 1207 Planungs- und Entscheidungsprozesse nutzen, damit besser durchdachte,  
 1208 akzeptierte und damit auch schnellere Lösungen herauskommen.

1209 Die Beteiligungsformate sollen möglichst viele Bevölkerungsgruppen ansprechen  
 1210 und ihre Teilnahme ermöglichen. Zudem sollen Zeit und Ort der Veranstaltung so  
 1211 gewählt werden, dass möglichst viele Bürger\*innen teilnehmen können.

1212 Um Transparenz und Beteiligung zu intensivieren, fordern wir die Einrichtung der  
 1213 Stelle eines\*r Beteiligungsbeauftragten. Die Person kann die Arbeit der  
 1214 Bezirksvertretungen und des Rates koordinieren, aber auch als Ansprechpartner\*in  
 1215 für die Bürger\*innen fungieren. Alle Beteiligungsformate sollen gesammelt und  
 1216 zentral veröffentlicht werden, sodass möglichst viele Menschen die Möglichkeit  
 1217 haben mitzubestimmen.

1218 5.6 Digitalisierung – aktiv, nachhaltig, für den Menschen

1219 Wir Grüne sehen die Digitalisierung als Chance, die verantwortungsbewusst von  
 1220 der Politik gestaltet werden muss. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen  
 1221 gleichermaßen von den positiven Aspekten profitieren. Um die vielfältigen  
 1222 Chancen des digitalen Wandels nutzbar zu machen, müssen wir diesen Wandel  
 1223 gestalten. Im Mittelpunkt stehen für uns eine zukunftsfähige, digitale  
 1224 Infrastruktur, der freie und gleichberechtigte Zugang zum Netz für alle, der  
 1225 Schutz unserer Privatsphäre und unserer persönlichen Daten beispielsweise über  
 1226 höchste IT-Sicherheitsstandards sowie eine modernisierte Verwaltung. Dies  
 1227 ermöglicht ein freies Handeln im Netz, Innovationen und fairen Wettbewerb.  
 1228 Wir dürfen aber auch diejenigen nicht vergessen, die keinen digitalen Zugang  
 1229 haben. Ihnen müssen wir den „analogen“ Zugang zu öffentlichen Diensten und  
 1230 Leistungen weiterhin garantieren.

1231 Grün wählen für:

1232 Ausbau des Open-Data-Portal und Nutzung von Open Source Software  
 1233 Durch die Stadtverwaltung Dortmund werden große Mengen an nicht

1234 schutzbedürftigen Daten erhoben: statistische Daten, Umwelt-, Infrastruktur-,  
1235 Verkehrs- oder Geodaten. Der offene und strukturierte Zugang zu diesen frei  
1236 verfügbaren Datenbeständen ist ein wichtiger Beitrag für die Weiterentwicklung  
1237 einer Wissensgesellschaft und ein zunehmender Standortfaktor für  
1238 Wirtschaftsansiedlungen. Dortmund hat schon 2018 in Zusammenhang mit dem  
1239 Masterplan Digitale Verwaltung die Einführung von Open Data beschlossen, u.a. um  
1240 den Demokratiedanken durch eine Öffnung der Verwaltung zu stärken. Open Data  
1241 kann aber auch die Erstellung und Nutzung von Anwendungen für das tägliche Leben  
1242 erleichtern sowie Möglichkeiten zur Mitwirkung an Meinungsbildungsprozessen  
1243 schaffen.

1244 Wir wollen, dass die Stadt diesen Weg konsequent weiterverfolgt und das Open-  
1245 Data-Portal kontinuierlich ausbaut. Wir setzen uns zudem für die Nutzung von  
1246 freier Software und offene Standards in der Datenverarbeitung ein.

1247 Digitalisierung im Sinne der Arbeitnehmer\*innen

1248 Die Digitalisierung der Arbeitswelt ist für alle eine große Herausforderung. Wir  
1249 GRÜNE wollen sie aktiv und zum Nutzen der Menschen gestalten. Wir wollen die  
1250 Chancen der Flexibilisierung nutzen und dabei die Arbeitnehmer\*innen- und  
1251 Arbeitsschutzrechte nicht aus den Augen verlieren. Der Chance, seine Arbeit am  
1252 frühen Abend zu erledigen, weil es besser in den eigenen Tagesablauf passt,  
1253 steht die Gefahr gegenüber, dass wie selbstverständlich am frühen Abend Mails  
1254 abgerufen werden müssen.

1255 Wir sehen durch die neue Technologie die Chance, Sozial- und Arbeitsstandards  
1256 weiterzuentwickeln. Die begonnene Digitalisierungsstrategie begrüßen wir und  
1257 werden sie unter Beachtung der gesetzlichen Mitbestimmungsregeln und der  
1258 Einbeziehung der Personalvertretungen aktiv begleiten. Erwerbstätigkeit ist  
1259 nicht nur ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein Instrument  
1260 sozialer Teilhabe. Sie muss bei der fortschreitenden Digitalisierung besonders  
1261 berücksichtigt werden.

1262 In Zeiten großer Veränderung ändern sich auch die Anforderungen ständig. Um eine  
1263 menschengerechte Arbeitsgestaltung in einer digitalisierten Welt zu garantieren,  
1264 wollen wir einen modernen Beschäftigtendatenschutz und wirksame  
1265 Rahmenbedingungen für gesunde Arbeitsplätze. Auch in einer digitalisierten Welt  
1266 muss es einen analogen Feierabend geben. Um den Wünschen nach beruflicher  
1267 Weiterentwicklung gerecht zu werden, wollen wir eine Weiterbildungsstrategie  
1268 definieren.

1269 Weiterentwicklung der Smart-City Dortmund

1270 Die Stadt ist Teil der Smart City Allianz. Ihre Rolle dort ist die der  
1271 Sachwalterin der Bürger\*innen-Interessen. Sie soll die vielfältigen  
1272 kommerziellen Interessen der Beteiligten kanalisieren und Fehlentwicklungen  
1273 abwenden. Als Teil des Prozesses soll sie diesen kreativ gestalten und steuern.  
1274 Im Umfeld von Smart City und in Zusammenarbeit mit dem ehrenamtlichen Ombudsmann  
1275 für Datenwert und Datenethik muss die Stadt sicherstellen, dass sensible Daten  
1276 geschützt und nicht von Interessengruppen „vermarktet“ werden

1277 Nachhaltige Gestaltung von Digitalisierung

1278 In vielen Bereichen wie z.B. Mobilität und Logistik oder Strom und Wärme können  
1279 digitale Innovationen helfen, die Klimaziele zu erreichen. Doch gleichzeitig  
1280 sorgt die digitale Information und Kommunikation für einen rapide wachsenden  
1281 Anteil der weltweiten Emissionen von Treibhausgasen und einen hohen  
1282 Ressourcenverbrauch.

1283 Auf Bundesebene setzen wir GRÜNE uns deshalb für die Aufstellung ökologischer

1284 Leitplanken ein: Serverfarmen müssen auf Ökostrom umgestellt und Anbieter  
 1285 digitaler Lösungen zur Datensparsamkeit, d.h. keine unnötige Erhebung und  
 1286 Speicherung, verpflichtet werden. Es müssen Anreize für die Reduktion des IT-  
 1287 bedingten Stromverbrauchs geschaffen werden. Digitale Endgeräte dürfen keine  
 1288 Einwegprodukte mehr sein, sondern müssen auch repariert werden können.  
 1289 Auf kommunaler Ebene wollen wir vor allem über Vorgaben in der Ausschreibung und  
 1290 Beschaffung den Energie- und Ressourcenverbrauch von Soft- und Hardware  
 1291 berücksichtigen und reduzieren. Im städtischen Arbeitsprogramm des Systemhauses  
 1292 muss das Thema Green IT dauerhaft verankert und im Hinblick auf die neuen  
 1293 Herausforderungen weiterentwickelt werden.

#### 1294 6. Transparenz, Demokratie, Mitsprache und Beteiligung

1295 Wem gehört die Stadt? Natürlich den Bürger\*innen. Viele Projekte in den  
 1296 Bereichen Umwelt, Verkehr, Soziales, Kultur und Inklusion wären ohne das  
 1297 vielfältige Engagement vieler Dortmunder\*innen undenkbar. Wir GRÜNE sind selbst  
 1298 aus Bürger\*innen-Initiativen entstanden und unterstützen Menschen, die  
 1299 Verantwortung übernehmen und die Stadtgesellschaft mitgestalten wollen. Wir  
 1300 setzen uns deshalb dafür ein, dass die Beteiligung von Bürger\*innen in der  
 1301 Kommunalpolitik verbessert wird. Gleichzeitig müssen politische Prozesse  
 1302 transparenter werden. Das Ehrenamt wollen wir weiter stärken.

#### 1303 Grün wählen für:

##### 1304 Live-Stream einführen

1305 Wir setzen uns dafür ein, öffentliche Sitzungen des Stadtrats live im Internet  
 1306 zu übertragen und dauerhaft zugänglich zu machen. Das macht politische  
 1307 Entscheidungen transparenter und führt zu einer geringeren Distanz zwischen den  
 1308 Bürger\*innen und ihren gewählten Vertreter\*innen.  
 1309 Eine Instrumentalisierung der Sitzungen des Rates durch rechtsextreme und  
 1310 rechtspopulistische Ratsvertreter\*innen bekämpft man durch kluge Strategien  
 1311 abgestimmt mit anderen demokratischen Parteien und eine offensive  
 1312 Auseinandersetzung in den Sitzungen – auch im Stream.

##### 1313 Beteiligungsrechte in den Sitzungen ausbauen

1314 Wir wollen Beteiligungsrechte der Bürger\*innen in den Sitzungen der Ausschüsse  
 1315 ausbauen statt sie einzuschränken. In den Bezirksvertretungen gibt es bereits  
 1316 jetzt in jeder Sitzung eine Bürger\*innen-Sprechstunde. Wir setzen uns dafür ein,  
 1317 dass die Mitglieder des Integrationsrates, des Seniorenbeirats sowie des  
 1318 Behindertenpolitischen Netzwerks ein festes Rederecht in den Bezirksvertretungen  
 1319 bekommen.

1320 Die Möglichkeiten des Ausschusses für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung,  
 1321 Anregungen und Beschwerden sind zu wenigen Bürger\*innen bekannt. Das zeigt die  
 1322 geringe Anzahl von Eingaben. Wir setzen uns dafür ein, über die Möglichkeiten  
 1323 für Anregungen und Beschwerden offensiv zu informieren. Wir setzen uns für die  
 1324 Einführung einer Bürger\*innen-Sprechstunde im Ausschuss analog zu den  
 1325 Bezirksvertretungen ein.

##### 1326 Bezirksvertretungen – Stadtbezirkparlamente wertschätzen

1327 Die Bezirksvertretungen leisten wichtige, kommunalpolitische Arbeit in den zwölf  
 1328 Dortmunder Stadtbezirken. Sie haben den direktesten Zugang zu vielen  
 1329 Bürger\*innen. Ihre Kenntnisse über die Situation vor Ort ist bei vielen  
 1330 Entscheidungen des Stadtrats, der Ausschüsse und der Stadtverwaltung von großer  
 1331 Bedeutung. Allerdings werden Entscheidungen der Bezirksvertretungen oft nicht

1332 ausreichend berücksichtigt oder nicht nachvollziehbar abgelehnt. Wir wollen den  
1333 Bezirksvertretungen mehr Gewicht verleihen und für die gewählten  
1334 Bezirksvertretungen bessere Möglichkeiten für ihre Arbeit schaffen. Dazu zählen  
1335 die entsprechende Ausrüstung mit digitalen Geräten und ein besserer Zugang zu  
1336 den Informationsmöglichkeiten der Verwaltung.

1337 Digitale Beteiligung einführen, Jugendparlament prüfen  
1338 Wir wollen die größtmögliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der  
1339 Entwicklung unserer Stadt. Die stadtweiten Jugendforen sind dabei ein gutes und  
1340 bewährtes Instrument. Die zusätzliche Einrichtung eines Jugendparlaments in der  
1341 nächsten Wahlperiode wollen wir mit allen demokratischen Parteien und unter  
1342 Beteiligung der Kinder und Jugendlichen diskutieren (siehe auch Kapitel „Kinder  
1343 und Jugendliche“).

1344 Wir setzen uns dafür ein, insbesondere für Jugendliche weitere moderne  
1345 Beteiligungsformen einzuführen. In anderen Städten gibt es dafür bereits das  
1346 Projekt „aula“. Es ermöglicht in erster Linie Schüler\*innen der weiterführenden  
1347 Schulen, mit Hilfe einer Online-Plattform und didaktischer Begleitung eigene  
1348 Ideen für die Gestaltung ihres Schulumfelds zu entwickeln, Mehrheiten dafür zu  
1349 finden und die Umsetzung zu beschließen. Damit vereint „aula“ mediale Bildung  
1350 mit politischer Bildung und fördert die mündige politische Beteiligung in einer  
1351 digitalisierten Welt. Wir wollen das Modell auch für kommunale Zusammenhänge  
1352 außerhalb von Schulen prüfen.

1353 Bürger\*innenbeteiligung stärken  
1354 Dortmund hat 600.000 Gehirne – nutzen wir sie. Wir stehen für eine aktive  
1355 Zivilgesellschaft, deren Rat und Mitentscheidung wir noch stärker einbeziehen  
1356 wollen. Dazu braucht es frühzeitige Information und Einbeziehung bei allen  
1357 Planungsprozessen, neue Formen der Beteiligung und die Modernisierung  
1358 traditioneller Formate. Wir wollen neue Verfahren entwickeln und ausweiten, die  
1359 möglichst viele Menschen einbinden und nicht nur die bereits in der  
1360 Stadtgesellschaft Engagierten. Onlinebeteiligungsplattformen, Bürger\*innen-  
1361 Gutachten, Zukunftswerkstätten, Online-Petitionen und Beteiligungshaushalte sind  
1362 dabei ebenso mögliche Formen wie die Modernisierung von Bürger\*innen-  
1363 Versammlungen mit Vorabdiskussionen auf Onlineplattformen. Die Erfahrungen mit  
1364 Beteiligungsprozessen zeigen, dass sich mehrheitlich politiknahe  
1365 Bevölkerungsgruppen beteiligen. Wir wollen, dass auch Bevölkerungsgruppen  
1366 miteinbezogen werden, die nicht so artikulations- und beteiligungsstark sind.  
1367 Deshalb setzen wir uns dafür ein, projektbezogen sinnvolle Formen zu finden, die  
1368 eine möglichst breite Beteiligung ermöglichen.  
1369 Für eine kontinuierliche Bürger\*innen-Beteiligung ist es notwendig, alle  
1370 relevanten Informationen und Dokumente zugänglich zu machen und praxisgerechte  
1371 Beteiligungsinstrumente zu schaffen. Und: Beteiligungsprozesse dürfen nicht im  
1372 Nichts verlaufen, sondern müssen Konsequenzen haben, über die transparent und  
1373 kontinuierlich informiert wird. Das bereits beschlossene Klimabarometer auf der  
1374 Homepage der Stadt ist dafür ein erstes Beispiel.

1375 Frag die Stadt – Informationsfreiheitsgesetz stärken  
1376 Informationsfreiheit ist das Recht auf freien Zugang zu amtlichen Informationen  
1377 und ein Mittel zur Kontrolle politischer Prozesse. Sie kann Korruption vorbeugen  
1378 und erhöht die Transparenz und Rechenschaftspflicht von Politik und Verwaltung.  
1379 Der freie Informationsfluss vom Staat an die Bürger\*innen stärkt und belebt die  
1380 Demokratie, weil er Partizipation möglich macht. Ob Umweltauswirkungen von  
1381 Bauvorhaben, Lärmmessungen, CO2-Daten, Gutachten zum öffentlichen Nahverkehr

1382 oder Ergebnisse von Hygienekontrollen – auf der Grundlage des  
1383 Informationsfreiheitsgesetz muss die Stadt auf Antrag Informationen und auch  
1384 Protokolle zur Verfügung stellen. Dabei sollte die Stadt proaktiv vorgehen und  
1385 Informationen auf dem Open Data Portal der Stadt zur Verfügung stellen (siehe  
1386 auch Kapitel Verwaltung). Wir stehen für eine offene und transparente Verwaltung  
1387 und setzen uns dafür ein, dass alle Bürger\*innen in Dortmund auf der Grundlage  
1388 des Gesetzes problemlos freien Zugang zu städtischen Informationen bekommen.

1389 Ehrenamt und Freiwilligkeit stärken  
1390 Das ehrenamtliche Engagement vieler Dortmunder\*innen in ganz unterschiedlichen  
1391 Bereichen von sozialen Projekten bis hin zum Umweltschutz trägt viel dazu bei,  
1392 unsere Stadtgesellschaft zusammenzuhalten und zu einem offenen und  
1393 demokratischen Miteinander zu entwickeln. Das gilt insbesondere auch für das  
1394 große Engagement der vielen Ehrenamtlichen bei der Integration der zu uns  
1395 Geflüchteten und Zugewanderten. Wir unterstützen und fördern weiterhin das  
1396 Ehrenamt als wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen und politischen  
1397 Gemeinwohl und zur Integration. Deshalb haben wir der Einführung der  
1398 Ehrenamtskarte des Landes in Dortmund zugestimmt. Die damit möglichen  
1399 Vergünstigungen wollen wir erweitern. Gleichzeitig ist uns eine Unterstützung  
1400 derjenigen Ehrenamtlichen wichtig, die nicht die Voraussetzungen für die  
1401 Ehrenamtskarte erfüllen. Gerade diesen Bereich wollen wir in der kommenden  
1402 Wahlperiode ausbauen. Durch Online-Plattformen wollen wir die Vernetzung unter  
1403 den Ehrenamtlichen als auch den Austausch mit professionell helfenden fördern.  
1404 Gleichzeitig werden wir darauf achten, dass keine Aufgaben aus bezahlten  
1405 Bereichen ins Ehrenamt ausgegliedert werden, um Kosten zu sparen.



## A8 NEU: Junge Menschen zum Bleiben bewegen

Antragsteller\*in: Hannah

### Text

#### 1 JUNGE MENSCHEN ZUM BLEIBEN BEWEGEN

2 Die große Gruppe junger Erwachsene in Dortmund unterscheidet sich mit ihren  
3 Bedürfnissen klar von den älteren. Junge Menschen befinden sich meist noch in  
4 ihrer Berufsausbildung oder am Anfang ihrer beruflichen Karriere. Ihre  
5 zukünftige Entwicklung hängt wesentlich von den jetzigen Gegebenheiten ab. Wir  
6 wollen, dass Dortmund ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort für Junge Menschen  
7 wird, dazu gehören neben entsprechenden Arbeitsmarktchancen insbesondere auch  
8 Kultur- und Freizeitangebote. Kinder des Ruhrpotts und Menschen, die für Ihre  
9 Ausbildung zu uns kommen, sollen Dortmund als Heimatstadt erleben und gestalten.  
10 Junge Menschen werden die Geschicke Dortmunds zukünftig mitbestimmen.

#### 11 Strukturwandel vorantreiben und berufliche Perspektiven schaffen

12 Der Strukturwandel im Ruhrgebiet ist noch nicht abgeschlossen. Es gilt dabei  
13 insbesondere junge Menschen mit ihrem technischen Know-How und neuen  
14 Denkansätzen in die Realisierung des Strukturwandels mit einzubeziehen, um die  
15 Zukunftsfähigkeit Dortmunds zu sichern. Ausgebildeten Fachkräfte aus den  
16 Hochschulen, Berufsschulen und Universitäten sollen im Ruhrgebiet Berufschancen  
17 geboten werden, damit sie die Zukunft Dortmunds gestalten und nicht abwandern.

#### 18 Wohnraum für Junge Menschen

19 Am Wohnungsmarkt konkurrieren junge Menschen mit älteren erwerbstätigen Menschen  
20 um Wohnraum. Insbesondere bei knappen Mengen werden Menschen mit geringem  
21 Einkommen verdrängt. Dem gilt es politisch etwas entgegenzusetzen. Für  
22 Studierende, Menschen in Ausbildung und junge Berufsanfänger sollen ausreichende  
23 Mengen bedarfsgerechten Wohnraums bereitgestellt werden. Falls entsprechende  
24 Räume nicht verkehrsgünstig liegen, sollen sie mit neuen ÖPNV-Angeboten  
25 erschlossen werden. Dies gilt auch insbesondere für Nachtbusverbindungen.

#### 26 Kultur und Nachtleben fördern

27 Junge Menschen legen Wert auf eine vielseitige Freizeitmöglichkeiten. Nicht nur  
28 der BVB ist ein wesentliches Stück Kultur, auch die Kunstszene, verschiedenste  
29 Sportarten und das industrielle Erbe prägen die Stadt. Die Stadt sollte sich  
30 verstärkt selbst als Akteurin der freien Kunst und Kulturszene einbringen und  
31 demonstrieren, wie wichtig der Erhalt dieser Kultur für ihre jungen  
32 Mitbürger\*innen ist. Dazu gehört auch der Schutz der Kneipenkultur, insbesondere  
33 in der aktuellen Coronapandemie. Die Einrichtung einer Nachtbürgermeisterin oder  
34 eines Nachtbürgermeister, zur Vernetzung der verschiedenen Akteure des  
35 Dortmunder Nachtlebens, gilt es dafür zu prüfen.